Nr. 140 Donnerstag, 22. Juli 1920 27. Jahrgang

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postscheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorschrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelzeile 7.50 Mk — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721 Schluß der Inseraten-Annahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Bela Khun in Stettin verhaftet!

Swinemünde, 21. Juli. Die Vossische Zeitung meldet: Der Transportdampfer Lisboa, der heute vormittag Stettin mit etwa 1000 Austauschgefangenen an Bord zu einer Fahrt nach Rußland verlassen hat, ist auf der Reede von mehreren Torpedobooten angehalten worden. An Bord des Schiffes befanden sich auch Bela Khun, Levien-München und mehrere andre Kommunisten. Das Schiff wurde in der Hafenstraße verankert und von Torpedobooten bewacht. Es wird soeben vom Schiff aus gefunkt, daß an Bord eine Meuterei auszubrechen drohe, wenn die Lisboa an der Weiterfahrt verhindert werde. Es verlautet, daß die übrigen Schiffsinsassen in den hiesigen Durchgangslagern interniert werden sollen. Ein Bewachungskommando der Reichswehr soll bereits für die Bewachung zur Verfügung gestellt sein.

Im Laufe des Nachmittags wurden an Bord der Lisboa Bela Khun, der sich Grünberg nannte, Levien-München und mehrere andre Kommunisten verhaftet. Die Verhafteten wurden auf ein Torpedoboot gebracht und mit diesem nach Stettin transportiert.

Die Richtigkeit der Tatsache, daß Bela Khun und mehrere seiner Genossen von dem Schiff heruntergeholt und in einem Torpedoboot nach Stettin transportiert worden sind, wird von der Kommandostelle des Durchgangslagers in Swinemünde bestätigt. Man bestreitet, daß es sich um eine Verhaftung handelt (?), man weiß aber nicht, aus welchem Grunde das Schiff angehalten worden ist und weshalb Bela Khun nach Stettin zurücktransportiert worden ist. Dagegen ist dort nichts davon bekannt, daß die übrigen Passagiere der Lisboa in dem Durchgangslager interniert werden sollen.

Sofortige Aufklärung und sofortige Freilassung der Verhafteten muß energisch gefordert werden.

Die ungarische Blutgier.

Wien, 22. Juli. Die ungarische Regierung hat durch ihren Geschäftsträger in Wien gegen das Vorgehen der österreichischen Regierung in der Angelegenheit Bela Khuns protestiert, das heißt gegen seine Ueberführung nach Rußland. Der Staatssekretär Dr. Renner antwortete darauf, die österreichische Regierung befinde sich in einer Zwangslage; anders wäre es nicht gelungen, die österreichischen Kriegsgefangenen aus der russischen Kriegsgefangenschaft zu befreien.

Wir halten es für selbstverständlich, daß einem von Bluthunden vergewaltigten Lande wie Ungarn keine politischen Flüchtlinge ausgeliefert werden dürfen.

Unruhen in Rom.

Die Druckerei des Avanti von Nationalisten zerstört.

Berlin, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) In Rom dauerten bis in die späten Nachtstunden am 20. Juli die Zusammenstöße zwischen Bürgerschaft und Nationalisten und einzelnen Haufen von Arbeitern an. Zu sehr ernsten Vorfällen kam es in der Druckerei des sozialistischen Avanti. Während der Sitz der Sozialdemokratischen Parteileitung und die Redaktion des Avanti durch die Polizei geschützt wurden, wurde die Druckerei des Blattes von den Nationalisten gestürmt, die Druckmaschinen zerstört, die Linotype unbrauchbar gemacht und die Postauflage verbrannt. Die Arbeiterkammer proklamierte einen 24stündigen Generalstreik. Die Geister sind auf beiden Seiten sehr erhitzt. Im Parlament traten sozialdemokratische Abgeordnete als Verteidiger der Schaffner der Straßenbahn auf, die mit roten Fahnen an die Straßenbahnen zurückkehrten und dadurch die Zwischenfälle verursachten. Sie kündigten dabei an, daß der Tag des sozialistischen Gerichts gekommen sei. Gemäßigte Führer aber, wie Turati, erklärten, daß sie solche Vorkommnisse, gleichgültig von welcher Seite sie kämen, nicht billigen.

Kundgebung in Mailand.

Mailand, 21. Juli. Secolo meldet, daß die Arbeiterkammer von Mailand im Hinblick auf die Ereignisse in Rom heute vormittag auf dem Platz vor der Skala eine Versammlung einberufen hat. Die Arbeiter sind aufgefordert worden, ihre Arbeitsstätten um 4 Uhr zu verlassen und an der Versammlung teilzunehmen.

Lloyd George über Polen und Rußland

Berlin, 22. Juli. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Lokalanzeiger berichtet ausführlich aus Amsterdam über die Rede Lloyd Georges im Unterhaus. Danach erklärte er, daß Polen den Alliierten große Besorgnis bereite. Er habe an die Polen offene Worte gerichtet und bedaure, daß sich seine Befürchtungen als berechtigt erwiesen hätten. Die Unabhängigkeit Polens sei eine Notwendigkeit für das ganze Friedensgewebe. Ohne ein unabhängiges Polen würden die großen aggressiven militärischen Nachbarstaaten, die nach Gebieten anderer Rassen trachten, bis an die deutschen Grenzen reichen. Der polnische Premiermeister habe es unternommen, die polnische Armee bis innerhalb der legitimen polnischen Grenze zurückzuziehen. Millerand habe die Antwort der Sowjet-Regierung als unverschämt bezeichnet. Er, Lloyd George, würde es vorziehen, sie als unkorrekt zu bezeichnen. Die Sowjet-Regierung sei bereit, einen Waffenstillstand mit Polen im versöhnlichen Sinne zu prüfen, doch seien Anzeichen vorhanden, daß die Sowjet-Regierung nur bereit sei, in dieser Angelegenheit mit einer proletarischen Regierung zu verhandeln. „Das ist," fuhr der Redner fort, „eine unerträgliche Position. Der Standpunkt der Alliierten Rußland gegenüber ist, daß es ihm freibleibt, sich seine eigene Regierung zu wählen. Die Sowjet-Regierung ist nicht von Rußland gewählt worden, sie ist genau so autokratisch wie ihre Vorgängerin. Um die bona fides Sowjet-Rußlands zu prüfen, haben die Alliierten Polen geraten, um Waffenstillstand zu bitten. Wenn Rußland sich weigert, und wenn die russischen Truppen in Polen einmarschieren, werden die Alliierten den Polen alle Unterstützungen zuführen, die sie geben können. Innerhalb der letzten paar Tage haben die Polen eine Freiwillige Armee von 300 000 Mann gebracht." Es liegt im Interesse Großbritanniens und Europas, daß Polen nicht ausgetilgt wird. Der britische Botschafter in Berlin hat sich nach Polen begeben und es ist leicht möglich, daß auch Marschall Foch später nach Polen geht.

Die reußische Regierung gegen die Agrariermästungspolitik des Reiches.

Gera, 21. Juli. Die Landesregierung Reuß hat mit den landwirtschaftlichen Vereinigungen verhandelt und von ihnen die Zusicherung erhalten, daß sie entgegen den vom Reichswirtschaftsministerium festgesetzten hohen Preisen für Kartoffeln den Zentner Kartoffeln aus der diesjährigen Ernte für 18 Mark liefern werden. Der Vorort Gera wird auch im übrigen die Preisprüfungsstellen ersuchen, in dieser Hinsicht mit den Landwirten zu unterhandeln. Er hat den nachdrücklichsten und energischsten Protest an die Reichsregierung wegen der unerhört hohen Getreide- und Kartoffelpreise gerichtet und darin angeführt, daß sie damit die Ursache zu dauernden Unruhen und Tumulten geschafft habe.

Reichstag für Montag einberufen.

Berlin, 21. Juli. Nach einem Beschluß des Aeltestenausschusses tritt der Reichstag am Montag, dem 26. d. M., nachmittags 5 Uhr, zu einer Vollsitzung zusammen, um den Bericht der Regierung über die Verhandlungen in Spa entgegenzunehmen.

Haftentlassungsantrag abgelehnt.

München, 21. Juli. Im Landtag wurde ein Antrag des Unabhängigen Abg. Blumtritt, betreffend Haftentlassung der vier unabhängigen Landtagsmitglieder Rickisch, Sauber, Hagemeister und Schmidt, von sämtlichen bürgerlichen Parteien gegen die drei sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt.

Wo die Waffen wirklich stecken.

Hamburg, 22. Juli. In der Angelegenheit der angeblichen **Hamburger Roten Armee** erläßt die Polizeibehörde eine Bekanntmachung, wonach die Untersuchung **keine Spur eines Beweises** für die Richtigkeit der Sensationsmeldung erbracht hat. Dagegen wurde in der Nähe von Hamburg auf dem Gute **Bargteheide** ein **Waffenlager** entdeckt, wobei **600 Gewehre, 600 Stahlhelme** und **20 Maschinengewehre beschlagnahmt** und nach Hamburg in Sicherheit gebracht wurden.

Auf diesen „Erfolg" ihrer Schwindelmeldung waren die Reaktionäre sicherlich nicht gefaßt. Sie werden saure Gesichter dazu ziehen — ihre Blätter, voran die Leipziger Neuesten Nachrichten, werden die unbequeme Meldung indeß gesinnungstüchtig unterschlagen.

Der Vorfall zeigt, was an den Schwindelmeldungen vom Linksputsch ist und wie gut begründet die Meldungen von der Vorbereitung des Rechtsputsches sind!

Klärung?

Die Rote Fahne, das Zentralblatt der Kommunisten, das alltäglich seine Spalten zu einem guten Teil mit bissigen und hämischen Angriffen auf die Unabhängige Sozialdemokratie zu füllen pflegt, hat dieser Tage einige anerkennende Worte für unsre Partei, oder richtiger für einen Teil unsrer Partei gefunden. Schmunzelnd verzeichnete sie Anträge und Pressestimmen, die die „Reinigung" der U. S. P. von „rechten Führern" forderten (unter „rechten Führern" sind hier nicht etwa die berufenen, geeigneten Führer verstanden, sondern die rechts stehenden). In der Hamburger Volkszeitung und einigen andern Blättern hatte Genosse Walter Stoecker in einem Artikel über die 3. Internationale, worin er die Abreise der Kommission der Partei, der er selbst angehört, nach Moskau anzeigt und den guten Ausgang der Anschlußverhandlungen voraussagt, u. a. auch geschrieben: „Unsre Partei zu reinigen von den wenigen pazifistischen und „demokratischen" Elementen, die uns nicht mit Unrecht von rechts und links täglich um die Ohren geschlagen werden, ist unsre eigene Pflicht, denn wir sind schließlich nicht ein Diskutierklub aller möglichen schönen Ansichten, sondern eine revolutionäre Klassen- und Kampfpartei, deren erste Pflicht es ist, klare und eindeutige Parolen und Losungen in die kämpfenden Massen zu werfen." — Aehnliches stand in einem Artikel von Paul Böttcher, der gleichfalls in der Hamburger Volkszeitung erschien, und auch ein Artikel: Wir und die dritte Internationale von Bernhard Düwell, den der Zeitungsdienst unsrer Partei verbreitete, läßt denselben Gedanken, wenn auch etwas abgemildert, erkennen. Diese systematische Kampagne in einem Teil unsrer Presse hat dann eine praktische Konsequenz in einem Beschluß der Landeskonferenz der hessischen Organisation unsrer Partei gefunden. Sie hat den Antrag auf Ausschluß des Genossen Karl Kautsky gestellt und ferner erörtert, ob gegen den Genossen Dr. Rudolf Hilferding, den Chefredakteur der Freiheit, nicht dasselbe Verfahren in Anwendung zu bringen sei. Einen genaueren Bericht über diese Verhandlungen haben wir nicht entdecken können. Wir wissen deshalb nicht, welche Verbrechen dem Chefredakteur der Freiheit vorgeworfen wurden und weshalb man schließlich davon abgesehen hat, den Halsgerichtsprozeß gegen ihn zu fordern. Das Anklagematerial gegen den Genossen Kautsky ist bekannt; es sind die Schriften, worin er sich kritisch zum Bolschewismus stellt und die Demokratie gegen die Rätediktatur verficht.

Es soll also nach den Wünschen einer Reihe von Genossen eine große „Reinigung" der Partei vorgenommen werden. So ist auch ein Artikel betitelt, der in dieselbe Kerbe wie die oben erwähnten Stoeckerschen und Böttcherschen Ausführungen haut, der gleichfalls durch eine Reihe von Parteiblättern ging. Dieser Artikel ist deswegen interessant, weil er ausgerechnet eine Stelle aus Kautskys neuester Schrift über die Internationale zitiert, um also mit Kautsky zu beweisen, daß der Ausschluß Kautskys aus der Unabhängigen Sozialdemokratie durchaus gerechtfertigt sei. Genosse Kautsky sagt nämlich in dieser Schrift, daß eine Partei nur eine Vereinigung Gleichgesinnter sein kann, daß sie zu bestimmen hat, welche Anschauungen mit der Angehörigkeit zu ihr vereinbar sind, und welche nicht, daß es keinen prinzipiellen Anspruch auf Toleranz in bezug auf Parteimitgliedschaft gibt, sondern daß man Toleranz gegenüber allen Ueberzeugungen nur vom Staate verlangen darf und muß usw. Das alles versteht sich für jeden logisch denkenden Menschen von selbst. Eine Partei muß natürlich eine bestimmte Grenze ziehen, die ihre Mitglieder nicht überschreiten dürfen. Wie weit oder eng der Umkreis der Anschauungen gezogen wird, innerhalb dessen sie Freiheit der Meinung gewähren kann, hängt von ihren Grundsätzen und von Zweckmäßigkeitsfragen ab.

Darauf berufen sich nun jene Genossen, die den Ausschluß des Genossen Kautsky fordern. Und so hat die hessische Organisation ihren Beschluß damit begründet, daß er Klärung herbeiführen soll. Dieser Grund erscheint uns indes wenig einleuchtend. Daß Genosse Kautsky bei seiner Kritik unsres Aktionsprogramms in der Partei isoliert ist, darüber ist kein Mensch mehr im Zweifel; um das klarzustellen, bedarf es wahrhaftig des Ausschlusses eines um die sozialistische Arbeiterbewegung Deutschlands wie der Welt hochverdienten Mannes nicht. Es liegt uns fern, Personenkultus zu treiben und ein Vorrecht, ein Privilegium für führende Genossen zu fordern. Es ist kein Beugen vor der Person, wenn wir Kautskys gewaltigen Leistungen für die sozialistische Theorie hervorheben, die leider vielen jüngeren Genossen, die jetzt gleichmütig von dem Ausschluß Karl Kautskys sprechen, noch lange nicht genügend bekannt und noch viel weniger vertraut sind. Wir meinen, daß man um solcher Leistungen willen über eine gewisse Unbequemlichkeit, die die Kritik Kautskys jetzt einmal einem Agitator unsre

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200722/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Partei bereiten kann, hinwegsehen müßte. Die Partei darf eine wissenschaftliche Kraft wie Kautsky, und einen Mann, der durch 40 Jahre unermüdlicher Arbeit seine Hingebung an die Sache des Proletariats erwiesen hat, nicht ohne äußerste Not von sich stoßen. Im Interesse der Partei, nicht im Interesse Kautskys wenden wir uns dagegen. Genosse Kautsky hat sich eine solche Stellung in der sozialistischen Welt geschaffen, daß er im schlimmsten Falle auch auf sich allein stehen kann. Seine Arbeit, sein Werk, bildet das Postament, auf dem er sicher steht. Die Unabhängige Sozialdemokratie aber ist nicht so reich an wissenschaftlichen Kräften, daß sie leichten Herzens auf einen Kautsky verzichten könnte. Auf dem Gebiete der Theorie muß selbstverständlich der Spielraum der Meinungsfreiheit größer bemessen werden, als auf dem der Aktion. Die Partei kann freilich nicht den Grundsatz akzeptieren, der für den Staat zu gelten hat,, daß die Wissenschaft frei bis zum Mißbrauch sein muß, aber sie tut gut daran, ihren Wissenschaftlern soviel Freiheit in der Kritik ihrer Anschauungen zu lassen, wie nur eben mit den praktischen Erforderungen des Parteikampfes vereinbar ist. Denn eine sozialistische Partei braucht den Wegweiser der Theorie, ohne den sie bald in platteste, grundsatzlose Gelegenheitsmacherei verfallen müßte. Die Theorie aber kann nur lebendig in steter Verbindung mit dem Leben und also befruchtend für die Praxis erhalten bleiben, wenn sie sich am Leben selbst erprobt, wenn sie sich weiter entwickeln, wenn sie sich selbst beständig kritisieren kann. Deshalb wird eine sozialistische Partei damit die Theorie nicht verknöchern, einen Theoretiker solange nicht ausschließen dürfen, als er nicht direkt an die letzten Grundsätze der Partei greift. Das hat Genosse Kautsky nicht getan. Er ist einig mit uns im Ziel, er will den Sozialismus, er will die Sozialisierung. Die Meinungsverschiedenheit, die zwischen ihm und uns besteht, bezieht sich nur auf den Weg nach diesem Ziel. Er ist über die Form, in der sich die Diktatur des Proletariats vollziehen muß, andrer Ansicht, als die Partei in ihrem Aktionsprogramm sie niedergelegt hat. Diese Differenz soll gewiß von uns nicht vertuscht und nicht verkleistert werden, aber so groß, daß deswegen die Unabhängige Sozialdemokratie sich vom Genossen Kautsky scheiden müßte, ist sie sicherlich nicht.

Es kann freilich scheinen, als ob ein Teil unsrer Genossen von der Anschauung ausgeht, daß man den Genossen Kautsky ausschließen müsse, um ein Hindernis einer Vereinigung des revolutionären Proletariats in der dritten Internationale zu beseitigen. Darüber können wir ruhig reden — das dumme Geschrei der Rechtssozialisten über Liebedienerei und Kriecherei vor Moskau braucht uns dabei selbstverständlich nicht einen Augenblick zu irritieren. Die Sache hat uns immer über der Person zu stehen. Es fragt sich für uns nicht, ob wir den Genossen Kautsky der Internationale wegen opfern müssen, sondern es handelt sich darum, ob man den Eintritt in die dritte Internationale durch Nachgeben gegen sachlich unberechtigte Forderungen der Bolschewisten erkaufen darf, und da sagen wir: Nein. Die Spekulation wäre übrigens auch deswegen schon falsch, weil das Exekutiv-Komitee der dritten Internationale mit dem einen Opfer auch nicht zufrieden ist. Es fordert mit nicht minderem Nachdruck den Ausschluß des Genossen Hilferding, des „Erzrechten" —, wie ihn die Antwort des Komitees an unsre Partei nennt. Die hessischen Genossen haben denn anscheinend auch schon erörtert, ob man diesem Verlangen willfahren könne. Sie haben wohl einsehen müssen, daß man dafür aber doch etwas stichhaltigeres Material gegen den Verdächtigten haben müßte, als in diesem summarischen Verdammungsurteil der Moskauer vorliegt. Dem Genossen Hilferding ist weder eine theoretische Auslassung noch eine Handlung vorzuwerfen, die zum Ausschluß berechtigen würde. Was ihm gewisse Parteigenossen allerdings zum Vorwurf machen könnten, wäre dies, daß er in kritischen Situationen einen kühlen Kopf behalten und einer unberechtigten revolutionsromantischen Anwendung des Aktionsprogramms im praktischen politischen Kampf stets mit Entschiedenheit und mit stichhaltigen, aus sachkundigem politischen Urteil geschöpften Gründen entgegengetreten ist. Man mag den Genossen Hilferding zur Rechten zählen, wenn man schon zur Gruppeneinteilung in der Partei kommen will. Man soll sich aber überlegen, wohin wir kommen würden, wenn wir solche Verschiedenheiten der Auffassungen, wie sie etwa zwischen Hilferding und Ledebour oder zwischen Hilferding und Däumig bestehen mögen, zum Grund von Ausschließungen machen wollte. Die Partei müßte geistig verarmen, wenn man ihr diesen Springquell der geistigen Erneuerung, der in den Auseinandersetzungen der Richtungen liegt, verstopfen wollte. Man soll überlegen, zu welchen Konsequenzen eine solche Engherzigkeit führen würde, die „die Richtung Hilferding" mit dem großen Bannfluch belegen wollte. Wo ist hernach die Grenze der Rechtgläubigkeit? Müssen dann vielleicht auch jene Genossen, die nicht an die allein seeligmachende Betriebsräte-Zentrale in der Münzstraße zu Berlin glauben, aus der Unabhängigen Sozialdemokratie ausgeschlossen werden? Man bedenke, daß dazu die tüchtigsten Gewerkschaftler der USP. gehören, und man kann ermessen, wohin eine Taktik führen würde, wie sie von einigen Genossen jetzt anscheinend ohne besondere Skrupel vorgeschlagen wird

Dabei wollen gar nicht bestreiten, daß die Parteigenossen Grund zur Beschwerde haben über gewisse Artikel, die Genosse Ströbel in verschiedenen Zeitschriften veröffentlicht hat. Sie gehen in der Kritik der Partei, wenigstens in der Form, viel weiter, als das, was Genosse Kautsky geschrieben hat. Und mit großem Mißbehagen mußten wir jetzt sehen, daß Genosse Ströbel in der Zeitschrift „Der Firn" schreibt, die fast kein Heft ohne hämische und gehässige Angriffe auf unsere Partei herausbringen kann. Genosse Ströbel sollte sich jenes Beschlusses des Dresdner Parteitages der Deutschen Sozialdemokratie vom Jahre 1903 erinnern, der die Mitarbeit an solchen Organen mit den Pflichten eines Parteigenossen für unvereinbar erklärte. Wenn er das nicht tat, so verdient er sicherlich eine scharfe Rüge. Der Ausschluß aber ist das letzte Mittel, das nicht vorzeitig angewendet werden darf.

Der Unabhängigen Sozialdemokratie stehen große Aufgaben und harte Kämpfe bevor. Dafür braucht sie alle ihre gesammelte Kraft, dazu braucht sie die Mitarbeit aller ihrer Richtungen, und dazu braucht sie lebendiges geistiges Leben, das nicht gefördert wird, wenn sie die Meinungsfreiheit über das Maß der grundsätzlichen Begrenzung hinaus einschnüren wollte. Klärung in der Partei wird nicht durch Ausschließungen, sondern durch den Kampf der Geister geschaffen und bedenklich stünde es um die Partei, die sich innerlich nicht kräftig genug fühlte, um diesen Prozeß der Selbstkritik ertragen zu können.

2. Kongreß der 3. Internationale.

Auf der Tagesordnung des in diesen Tagen in Moskau stattfindenden Kongresses der 3. Internationale steht u. a. ein zusammenfassender Bericht von Sinowjew über die Entwicklung der kommunistischen Internationale seit ihrer Gründung im März 1919. Nach Auszügen in der Humanité, die direkt dem russischen Original entnommen sind, zählt Sinowjew zunächst die Parteien auf, die die „gelbe Internationale Huysmans", die durch die Namen Pilsudski, Branting und Noske symbolisiert werde, verlassen haben. Die Kommunistische Internationale sei ein wenig „Modesache" geworden. Zahlreiche Organisationen hätten ihren Beitritt zu ihr erklärt. Soweit es proletarische Organisationen seien und sie sich bereit erklärten, der Bourgeoisie die letzte Schlacht zu liefern. verdienten sie warm aufgenommen zu werden. Aber man müsse den Opportunisten mißtrauen, die an das Tor der Kommunistischen Internationale klopften. Diese müsse eine Internationale der Aktion bleiben.

Sinowjew präzisiert dann noch einmal die Stellung der 3. Internationale gegenüber den sogenannten Zentrumsparteien:

„Wir wissen, daß die diesen Parteien angehörenden Arbeiter für uns sind, und daß sie aufrichtig in unsern Reihen gegen die Bourgeoisie und die verräterischen Sozialisten kämpfen wollen. Aber wir sind überzeugt, daß sie viel schneller dem üblen Einfluß der schlechten Hirten entzogen werden müssen, die wir noch klarer demaskieren werden, alle diese Herren Kautsky, Hilferding, Hilquits und Co"

Während der 1. Moskauer Kongreß das Programm aufgestellt habe, müsse der zweite die Taktik der kommunistischen Bewegung in der ganzen Welt festlegen. Es sei unmöglich, überall nach dem gleichen Schema vorzugehen. Man müsse vier Kategorien von Ländern unterscheiden:

1. Rußland, wo die proletarische Revolution vollzogen ist.
2. Deutschland, Oesterreich und ein Teil der Balkanstaaten, wo die Revolution begonnen hat, und wo die proletarische Revolution unter besonders großen Schwierigkeiten entsteht.
3. England, Frankreich, Italien, die Länder der siegreichen Bourgeoisie mit sehr alten parlamentarischen Traditionen, wo sich augenblicklich in der Arbeiterklasse eine tiefe Umwandlung und eine Revision der Werte vollzieht.
4. Die unterdrückten Nationalitäten und die Kolonien, Irland, Indien, ein Teil der Türkei usw., wo die Befreiungsbewegung eine nationale Färbung annehmen muß und sich infolgedessen besondere Probleme für die Kommunisten ergeben."

Der zweite Kongreß müsse sich vor allem mit den taktischen Fragen beschäftigen, die sich in den wichtigsten europäischen Ländern ergeben.

Auch über den Parlamentarismus spricht Sinowjew. In den Ländern, in denen das Proletariat noch nicht die Macht übernommen habe, müßten sich die Kommunisten des Parlaments bedienen im Interesse des Kampfes für die Sowjets und die proletarische Diktatur. In diesem Punkte dürfe es keine Spaltung innerhalb der Kommunisten geben. Die Bolschewisten seien in die zaristische vierte Duma gegangen, nach der Revolution in die Munizipalräte von Petersburg, Moskau und andern Städten, sie hätten ihre Delegierten in der Konstituante gehabt, und es sei nicht zweifelhaft, daß die Anwesenheit einer ernsthaften kommunistischen Fraktion in dieser Versammlung im gegebenen Zeitpunkt ermöglicht habe, sie zu beseitigen.

In Bezug auf die Frage der Gewerkschaften rät Sinowjew den Kommunisten, nicht aus den Gewerkschaften auszutreten. Man müsse bedenken, daß diese Millionen von Arbeitern umfasse. In Deutschland umfassen sie 7 Millionen Mitglieder, während die Arbeiterunion der deutschen Kommunisten nur etwa 100 000 Mitglieder zähle. Man müsse im Schoß der Gewerkschaften kämpfen und dort kommunistische Herde bilden.

Zum Schluß sagt Sinowjew, daß der zweite Kommunistische Kongreß von allen Parteien, die sich der 3. Internationale anschließen, verlangen müsse, daß sie das **kommunistische Programm vollständig annehmen und ihren Namen ändern müßten.** Es ist nötig, daß eine klare Unterscheidung Platz greift zwischen den Kommunisten, den Anhängern der proletarischen Revolution und den Sozialdemokraten, die der Bourgeoisie helfen, die Arbeiterklasse zu ersticken.

Der zweite Kongreß werde der „Generalaufruf" der Elite der Weltarbeiterschaft vor den entscheidenden Schlachten sein. Die Kommunisten aller Länder müßten alles tun, was in ihrer Macht steht, damit der Kongreß in der Geschichte der Befreiungsbewegung des Proletariats das Blatt füllen könne, das er füllen müsse.

* * *

Die Eröffnung in Petersburg.

Ueber die Eröffnungssitzung wurde der Roten Fahne aus Stockholm gemeldet:

Am 18. Juli wurde in Petersburg der zweite Kongreß der dritten Internationale feierlich eröffnet. Um 12 Uhr mittags versammelten sich in dem feierlich geschmückten Saal des Palais Uritzki die Führer der revolutionären Arbeiter. Genosse Sinowjew schlägt in seiner Eröffnungsrede vor, der gefallenen Führer und der Genossen, die in den Gefängnissen schmachten, in die sie durch die Feinde des Proletariats geworfen worden sind, zu gedenken. Die Bourgeoisie hat sich als ohnmächtig erwiesen, die Erbschaft des Krieges zu liquidieren und die Wirtschaft Europas wieder herzustellen. Die Bourgeoisie hält sich in ihrer Verzweiflung an die halbtote zweite Internationale, die vor dem endgültigen Untergang steht. Der Untergang des Alten wird der internationalen Vereinigung der Arbeiter die Möglichkeit geben, eine neue Welt auf der Grundlage des Kommunismus zu bauen. Es ist eine Reihe von Fragen zu lösen, die verbunden sind mit der Hinzuziehung von Parteien, die noch keinen rein kommunistischen Charakter und ihre Taktik noch nicht ganz bestimmt haben. Einzelne Gruppen der Arbeiterklassen in manchen Ländern befinden sich auf dem Scheidewege. So die deutsche Unabhängige und die französische sozialistische Partei, so einige andre. Sie verlassen eine nach der andern die Zweite Internationale und versuchen, der Dritten beizutreten. Der Kongreß wird keine geistige Lüge zulassen. Wir werden den deutschen und französischen Arbeitern sagen, daß sie eine Reinigung in ihren Reihen vornehmen sollen, damit sie der internationalen Vereinigung der Arbeiter beitreten können. Stürmischer Beifall übertönt die letzten Worte Sinowjews. Dann wird einstimmig das Präsidium des Kongresses gewählt, dem angehören: Levi (Deutschland), Dosmer (?) (Frankreich), Serrati (Italien), Lenin und Sinowjew (Rußland).

Viele Organisationen wünschten den Kongreß zu begrüßen. Wegen der Kürze der Zeit wird das Wort nur dem Vorsitzenden des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees der Sowjets, Kalinin, erteilt, der mit einer Ovation empfangen wird. Im Namen der Arbeiter und Bauern begrüßt er den Kongreß und erinnert an die ungeheuren Opfer, die kolossale Energie, die in den letzten Jahren im Kampfe für das Wohl der Arbeiter gegen die ganze Weltbourgeoisie aufgebracht wurden. Darum wenden sie sich gen Westen und erwarten die Unterstützung des Weltproletariats. Kalinin drückt den Wunsch aus, daß der Kongreß ein Anfang zu dem unmittelbaren Kampf der Völker des Westens und des Ostens um die Befreiung des Weltproletariats werde.

Darauf hält der Genosse Lenin ein glänzendes Referat über die internationale Lage und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale. Auf Antrag wird vom Kongreß ein Aufruf an das Proletariat des roten Petersburg, die Rote Armee und die Arbeiter der ganzen Welt angenommen.

Alle Delegierten zum Kongreß begeben sich nach Schluß der Sitzung in einem grandiosen Zug auf das Marsfeld, wo ein Kranz auf das Massengrab gelegt wird.

Der Kongreß wird seine Arbeiten am 21. Juli in Moskau fortsetzen.

Bericht über Spa.

Wenn der offiziöse Bericht die Ausführungen Dr. Simons im Reichstagsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten richtig wiedergibt, so geht klar aus den Ausführungen des Außenministers hervor, daß er seine irreführende Berichterstattung fortsetzt. So behauptet er, die deutsche Regierung habe nach den Noten über die Abrüstung nicht annehmen können, daß noch mündliche Verhandlungen darüber stattfänden, weshalb sie erst ihre Sachverständigen Geßler und Seeckt habe nachkommen lassen. Dabei waren von ihr gerade Pläne verlangt worden, wie sie die Abrüstung vornehmen will. Statt diese Pläne zu unterbreiten, stand sie mit leeren Händen da, ließ dann ihre Sachverständigen kommen, die noch obendrein lange Reden über Dinge hielten, über die es keine Diskussion mehr gab. So kam es, daß sie sich zurechtweisen lassen mußten. Erreicht wurden bei der Verhandlung mehrere Zugeständnisse in der Abrüstungsfrage. Statt diesen klaren Sachverhalt einfach mitzuteilen und die Abweichungen zwischen den Noten und dem Verhandlungsergebnis mitzuteilen, so daß sich jeder selbst ein Urteil bilden kann, stellt Simons den Sachverhalt schief und falsch dar. Ueber die Notwendigkeit, das Protokoll zu unterschreiben, sagt er:

„Bei den Gefahren, die ein Einmarsch in das Ruhrgebiet bedeutet hätte, konnte der Abbruch der Verhandlungen wegen der militärischen Frage nicht verantwortet werden. Aus diesem Gesichtspunkte heraus ist die Unterzeichnung des Protokolls erfolgt. Bei der Behandlung der Kohlenfrage wurde zunächst die Beratung zwischen den Sachverständigen abgelehnt, dann aber nach Anhörung der Vertreter der Bergarbeiter und der Bergwerksunternehmer eine Verhandlungsbasis geschaffen." Dann folgt die Behauptung, die bei den deutschen „Staatsmännern" seit Kriegsausbruch stereotyp ist, daß am Krieg wie am Elend Deutschlands immer die andern schuld sind. „Unsre augenblicklich so ernste Situation in der Kohlenfrage ist erst durch das Eingreifen des Generals Le Rond in der Verteilung der oberschlesischen Kohle herbeigeführt worden, das eine Verminderung der bisherigen Lieferungen an die Entente und den Obersten Rat zur Folge hatte. Die Forderung der Alliierten, denen nach dem Friedensvertrag 39½ Millionen Tonnen jährlich zustanden, ging zunächst auf Lieferung von monatlich 2,4 Millionen Tonnen, deren Wert einfach auf das Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben werden sollte. Die Annahme dieser Forderung hätte die Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens zur Folge gehabt. Unser Angebot der sukzessiven Steigerung, anfangend mit 1,1 Millionen Tonnen monatlich und endigend mit 1,8 Millionen Tonnen, wurde abgelehnt. Notwendig war aber vor allem, eine Besserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter im Zusammenhang mit der Kohlenfrage herbeizuführen. Die Alliierten gingen dann von 2,4 Millionen auf 2 Millionen Tonnen zurück. Es wurde schließlich ein Protokoll unterzeichnet, wonach Deutschland zur Lieferung von 2 Millionen Tonnen verpflichtet ist. Der Inlandspreis der Kohle, die auf dem Landwege geht, wird auf Wiedergutmachungskonto gutgeschrieben. Deutschland erhält eine Prämie von 5 Goldmark pro Tonne und die Differenz zwischen dem Inlands- und dem Weltmarktspreis wird Deutschland als Vorschuß gegeben. Das in der Kohlenfrage verfügbare Zahlenmaterial konnte nicht als in allen Punkten stichhaltig angesehen werden, weil eine größere Ausnutzung der Braunkohle möglich erscheint und außerdem ein Teil der Steinkohlen durch Verschiebung dem eigentlichen Zweck entzogen wurde. Wozu hatte denn die Regierung den — wie sie sagte — Hauptkohlensachverständigen Stinnes da? Der mußte die Zahlen doch genau kennen, er mußte auch den großen und noch steigerungsfähigen Umfang der Braunkohlenförderung kennen; vor allem aber mußte er über die umfangreichen Verschiebungen der Ruhrkohlen unterrichtet sein, die plötzlich in allen Gegenden Deutschlands gefunden wurden.

Nicht die Drohung der Gegner durch das Erscheinen Fochs und Wilsons hätten ihn eingeschüchtert, vielmehr habe ihn die Ueberzeugung geleitet, daß der Einmarsch schon vor der Konferenz von Spa definitiv beschlossen war."

Alle Redner, die nun zu Worte kamen, hätten die schweren wirtschaftlichen Folgen des Kohlenabkommens betont, das sie teilweise als undurchführbar bezeichneten. Auch die Frage des Ostens kam zur Sprache. Frau Sender teilte mit, in Ludwigshafen seien große Waffentransporte der Entente zur Durchfuhr nach Polen eingetroffen, deren Beförderung die Arbeiter abgelehnt hätten. Reichsminister Dr. Simons erklärte, das, was die Delegation heimgebracht habe, sei eine schwere Belastung unsrer Bevölkerung und Wirtschaft. Auch er habe große Zweifel, ob wir die Leistungen erfüllen könnten. Die Unterzeichnung des Abkommens habe schwere Kämpfe gekostet. Wir müßten bestrebt sein, dahin zu arbeiten, daß die Gegner unsre Situation und die Grenzen unsres Vermögens erkennten; nur so würden sie einsehen, daß auch sie ein gewisses Interesse an der Sprengung unsrer Fesseln haben. In der Entwaffnungsfrage trat der Minister falschen Auslegungen seiner Aeußerungen in der Preskonferenz entgegen. Er habe dabei etwa an die kanadischen Konstabler gedacht und gemeint, daß man vielleicht jemanden, der mit dieser Organisation vertraut sei, bitte, uns Rat zu erteilen. Selbstverständlich habe er nicht einen Augenblick an die Durchführung der Entwaffnung durch fremde Polizei gedacht. Durch unsre Neutralitätserklärung werde betont, daß wir mit Polen und Rußland in Frieden leben, daß wir aber unsre Grenzen gegen die Truppen beider Länder schützen und eventuell übertretende fremde Truppenteile entwaffnen müßten. Wenn etwa von der Entente beabsichtigt sei, Deutschland als Etappe und Durchmarschgebiet nach Rußland für den Fall einer Unterstützung der Polen zu betrachten, so dürfe kein Deutscher sich einer solchen Absicht schweigend beugen oder zu ihrer Durchführung helfen. Für Genf sei uns durch den Präsidenten der Konferenz von Spa ausdrücklich zugesichert, daß die deutschen Vorschläge zur Basis der Verhandlungen genommen würden. Der Minister bat, daß alle Kräfte angespannt werden, durch die Annahme der Protokolle größere Ruhe im Innern und Vertrauen bei den andern herbeizuführen.

*

Die Landesregierungen über Spa.

Am Mittwochvormittag fand unter der Leitung des Reichskanzlers eine Sitzung der Ministerpräsidenten der Länder statt, die der Aussprache über die Beschlüsse von Spa galt. Der Reichskanzler eröffnete die Besprechung und erteilte dem Reichsminister des Auswärtigen das Wort zur Berichterstattung. An den Vortrag des Ministers des Auswärtigen schlossen sich Darlegungen des Reichswehrministers Geßler über die militärischen Fragen und des Reichsministers des Innern Koch über die technischen Fragen der Entwaffnung. Es wurde anerkannt, daß die Delegation in Spa nicht in der Lage war, andre Ergebnisse zu erzielen, und es wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß alles daran gesetzt werden müsse, den Verpflichtungen des Abkommens gerecht zu werden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200722/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Vorgänge im Osten.

Die „unkorrekte“ Antwort Tschitscherins.

Aus London wird über den Inhalt der russischen Antwortnote folgendes bekanntgegeben:

Die Sowjetregierung sei immer bemüht gewesen, im Osten Europas den Frieden wiederherzustellen. Indessen sei die polnische Regierung noch in keiner Weise mit dem Wunsche nach einem Friedensschluß an die Regierung in Moskau herangetreten. Es sei aber notwendig, daß auch zwischen Rußland und Polen direkte Beziehungen angebahnt würden, wie zwischen England und Rußland. Die englische Regierung sei für eine Vermittlung kaum geeignet. Die Sowjetregierung habe bereits mit drei Nachbarstaaten ohne die Einmischung einer fremden Macht Friedensverhandlungen abgeschlossen. Die englische Regierung scheine nicht zu wissen, daß gegenwärtig aussichtsreiche Verhandlungen im Gange seien.

Die Sowjetregierung stellt ferner fest, daß ihr offiziell die Konstituierung des Völkerbundes, auf den die belgisch-englische Note vom 12. Juli hinweist, nicht angezeigt worden ist. Sie läßt wissen, daß sie Einladungen zu Friedensverhandlungen seitens Polens nicht ablehnen werde und daß sie die Grenzregulierungsfrage prüfen würde, die auf diese Weise für Polen günstiger ausfallen könnte als die von den Alliierten vorgeschlagene Regelung.

Was die Armee des Rebellen-Generals Wrangel anbetrifft, so liefere die Tatsache der Unterstützung des Generals Wrangel durch gewisse Ententemächte den Beweis, daß er den Befehlen Englands und seiner Alliierten zur Verfügung stehe. Die Moskauer Regierung glaube großzügig zu sein, wenn sie dem General und seinen Truppen für den Fall der Kapitulation freien Abzug gewähren würde.

Weiterer Rückzug der Polen.

Kopenhagen, 21. Juli. Nach einer Meldung aus Warschau besagt der polnische Heeresbericht: Nördlich von Grodno dauern die Kämpfe auf der Linie Skrzy-Bovice an. In der Gegend von Nowogrodek haben die Polen den Befehl erhalten, nach Westen den Rückzug anzutreten, der unter dem Druck des Feindes erfolgt. Bolschewistische Angriffe in Poljesje und am Styr-Fluß sind abgeschlagen worden. In der Gegend von Dubno dauern die Kämpfe an. Der Feind hat ernste Verluste erlitten.

Warschau, 21. Juli. (TU.) Der polnische Heeresbericht vom 20. d. M. besagt u. a., daß östlich von Grodno heftige Kämpfe stattfanden. Wir lösten uns ohne Verlust vom Feinde. Es fanden erbitterte Angriffe des Feindes auf der ganzen Front statt. Nach erbitterten Kämpfen drangen die Russen auf das westliche Styr-Ufer vor. Die Kämpfe um Dubno nehmen einen immer erbitterten Charakter an. Einer feindlichen Kavallerie-Division gelang es, in unseren Rücken durchzubrechen. Gestern griff der Feind auch bei Woloczyska und Frydrychowka an. Auf beiden Seiten sind die Verluste sehr schwer.

Warschau, 21. Juli. In der letzten Sitzung des Landesverteidigungsrates wurde die Frage der Einberufung der Jahrgänge 1890—94, sowie die Frage eines Gesetzes, auf Grund dessen dem Staatsbürger, der sich der Dienstpflicht entzieht, die Bürgerrechte entzogen werden sollen, erörtert.

Wien, 21. Juli. Der ukrainische Pressedienst meldet: Die Städte im äußersten Osten von Galizien, insbesondere Tarnopol und Brody, wurden wegen Gefährdung durch die Sowjettruppen von den Polen geräumt. Lemberg und die Städte westlich vom Sanfluß sind mit Flüchtlingen überfüllt.

Finnland, Lettland und Litauen lehnen ab.

Amsterdam, 21. Juli. Der Unterstaatssekretär des Aeußeren Harmsworth antwortete auf Anfragen im Unterhaus, daß die Regierungen von Finnland, Litauen und Lettland die Einladung zur Teilnahme an der Friedenskonferenz in London abgelehnt hätten. Die englische Regierung habe bisher mit dem General Wrangel über den Waffenstillstand keine Besprechungen gehabt. Die russische Räteregierung habe auf die Einladung geantwortet, da aber noch Verhandlungen im Gange seien, werde es nicht für wünschenswert erachtet, die Antwort von Moskau sofort zu veröffentlichen. Die englische Regierung beabsichtige, die ganze Korrespondenz über diese Frage sobald als möglich bekanntzugeben.

London, 21. Juli. Wie Reuter erfährt, sollte die englische Antwort an Rußland am Dienstagabend abgesandt werden. Die Antwort Tschitscherins wird als sehr zweideutig angesehen. Man wünscht jetzt endgültige Erklärungen zu erhalten. Wenn die Bolschewisten in Polen eindringen, werden die Verhandlungen über die Aufnahme der Handelsbeziehungen abgebrochen werden.

Die Bolschewisten rücken in Bessarabien ein.

Basel, 22. Juli. (TU.) Einem Telegramm aus Belgrad zufolge haben die bolschewistischen Truppen die rumänische Grenze nach Bessarabien überschritten und rücken nach dem Innern des Landes vor.

* * *

Die Nachricht verdient großtes Mißtrauen. Wir können nicht glauben, daß die russische Regierung ohne Not einen Konflikt mit Rumänien suchen würde. Die Meldung ist wahrscheinlich ein antibolschewistisches Manöver.

„Ostschutz“ durch Ortswehren verstärkt.

Berlin, 21. Juli. In der deutschen Note wegen das Vormarsches der Bolschewisten, über die der Reichsminister Dr. Simons in der gestrigen Sitzung des Reichstagsausschusses berichtete, wird, wie der Vorwärts erfährt, der Entente mitgeteilt, der militärische Schutz in Ostpreußen sei durch Ortswehren verstärkt worden. Zugleich betont die Note die Notwendigkeit, die äußern Grenzen der Abstimmungsgebiete durch deutsche Truppen schützen zu lassen, da diese neutral seien, während die Franzosen, die im Kriege mit Rußland stehen, die russischen Truppen angreifen und damit den Krieg auf deutschen Boden tragen würden.

Die „Verfolgung“ der hochverräterischen Militärs.

Die Regierung teilt über das Ergebnis der gegen die hochverräterischen Militärs betriebene Untersuchung das Folgende mit:

„Der unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Stock arbeitende und paritätisch zusammengesetzte Untersuchungsausschuß im Reichswehrministerium für die Prüfung des Verhaltens der Offiziere während der Märzvorgänge hat die Untersuchung gegen die Marineoffiziere abgeschlossen. Insgesamt wurden 230 Offiziere beschuldigt. Der Ausschuß hat die Fälle folgendermaßen abgeschlossen:

1. Bei 5 Fällen ist Verabschiedung,
2. Bei 13 Fällen Dienstenthebung,
3. Bei 41 Fällen Beurlaubung,
4. Bei 11 Fällen Versetzung,
5. Bei 23 Fällen Umkommandierung,
6. Bei 12 Fällen Disziplinaruntersuchung.
7. Bei 120 Fällen ist beantragt worden, nichts zu unternehmen.

Bei den unter 1. bis 4. genannten Fällen sind die Akten sämtlich dem Oberreichsanwalt zur gerichtlichen Klarstellung und evtl. Aburteilung übergeben. Außerdem wurden in weiteren 30 Fällen der Anträge 5. bis 7. die Akten aus den gleichen Gründen dem Oberreichsanwalt überwiesen.

Die Referate für die Beamten und das Unterpersonal der Marine werden in den nächsten Tagen ihre Arbeit abgeschlossen haben.

An Beschuldigungen gegen Offiziere aus der Reichswehr sind insgesamt 509 eingelaufen, von denen z. Zt. mehr als 360 erledigt worden sind.

Als Revisionsinstanz für angeblich wegen ihres Verhaltens in den Märztagen entlassene Unteroffiziere und Mannschaften in der Reichswehr ist ein Referat eingerichtet, das mitten in seiner Arbeit steht.“

Mit dem „Vorgehen“ gegen die Offiziere vergleiche man das Vorgehen gegen die Arbeiterschaft, die den Streich der Hochverräter zunichte gemacht hat. Von einem einzigen Gericht sind gegen 40 Arbeiter 133 Jahre Zuchthaus- und Gefängnisstrafe ausgesprochen worden, tausend andere sind schon verurteilt oder harren noch der Aburteilung. Noch nicht ein hochverräterischer Offizier ist abgeurteilt, fünf sind lediglich verabschiedet worden und 13 des Dienstes enthoben.

Danach ist es kein Wunder, wenn sich die Hochverräter als Herren der Lage fühlen und die republikanisch gesinnten Elemente samt und sonders aus dem Heere ausmerzen.

Abgestufte Behandlung.

Der in Essen „wegen Fluchtverdachts“ nach seiner Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis sofort verhaftete Genosse Siemsen hat gleich danach wieder entlassen werden müssen, weil der Spezialarzt ein schweres Lungenleiden bei ihm festgestellt hat. Ein Zeichen dafür, wie „begründet“ der vom Gericht angenommene Fluchtverdacht war.

Wie rücksichtslos ist man dagegen verfahren gegenüber dem Herrn Grafen Arco-Valley, dem Mörder Eisners, dessen Verfahren Ewigkeiten verzögert wurde, weil der Herr sich leidend fühlte. Wie vorsichtig geht man um mit Herrn von Kessel, gegen den eine Anklage auf Meineid schwebt, über die nicht verhandelt werden kann, weil Herr von Kessel eine „langwierige“ Grippe hat, die sich nur vorübergehend während der Kappzeit, die dem Herrn wie eine Badekur bekommen ist, besserte, so daß er plötzlich Kraft genug bekam, um Vertrauensleute der Arbeiter zu drangsalieren. Der Zusammenbruch der kappistischen Episode vernichtete auch Kessels Gesundheit wieder, so daß ihm bis heute noch nicht der Prozeß gemacht werden kann.

Ja, es gibt eben Unterschiede vor der deutschen Justiz!

Die Wiedergutmachung 130 Milliarden Goldmark.

Basel, 21. Juli. (TU.) Der Temps meldet: In der Wiedergutmachungsfrage gehe die in Spa beschlossene Stellungnahme der Alliierten dahin, daß Deutschland 130 Milliarden Goldmark zuzüglich der Zinsen vom 1. August d. J. zahlen soll. Durch die Verzögerung der Kohlenfrage sei dieser Punkt in Spa abgesetzt worden. Man sei der Auffassung gewesen, daß auch in der Frage der Wiedergutmachung die Deutschen sich nur einem endgültigen Ultimatum mit der Drohung des Einmarsches gefügt hätten.

Deutschland.

Vorsicht im besetzten Gebiet. Die Berliner Blätter berichten Einzelheiten über die brutale Behandlung einer Studentin Dethleffsen, die in Ludwigshafen wegen eines Berichts über die Abstimmungstage in Flensburg von den Franzosen verhaftet worden war. Als Grund der Verhaftung wurde der Ausdruck: „Nieder mit der französischen Fahne!“ angegeben, der aber in dem rein sachlichen Vortrage nicht gebraucht worden war, wie später auch der vernehmende französische Offizier zugab. Fräulein Dethleffsen wurde unter Bewachung eines Schwarzen in einen schmutzigen Raum eingesperrt. Für ihr Lager erhielt sie zwei Decken des schwarzen Wächters. Sie erkrankte dadurch an Krätze und wurde endlich, als die Vereiterung ihres Körpers zu weit vorgeschritten war, in das Krankenhaus Ludwigshafen übergeführt. Von dort gelang es ihr, zu entfliehen und über den Rhein zu entkommen.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Mainz: Der Zeichenlehrer Rackow aus Buckow-Berlin wurde hier von französischen Geheimagenten wegen eines politischen Vergehens verhaftet. Es steht fest, daß die französische geheime Polizei in Mainz und Wiesbaden „deutsche“ Elsaß-Lothringer gegen hohe Bezahlung angeworben hat, die sich in den Wirtschaften an das deutsche Publikum drängen und den Franzosen Spitzeldienst leisten. Eine unvorsichtige Redensart genügt, um Ahnungslose zu verraten.

Der Geschäftsführer der Freien Presse in Höchst a. M., Kallenbach, wurde vom französischen Polizeigericht in Mainz zu sechs Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Bestrafung erfolgte wegen angeblicher Verhöhnung der Besatzungstruppen durch Aushang der im besetzten Gebiete verbotenen illustrierten Zeitschrift Der wahre Jakob im Schaufenster der Freien Presse.

Ein polnischer Einbruch in Oberschlesien. Eine aus Polen herübergekommene Bande ist in das preußische Zollamt in Jastrzemb (Oberschlesien) eingebrochen, hat sämtliche Waffen und Munition geraubt und ist wieder über die Grenze zurückgegangen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Russenausweisung aus Frankreich.

Paris, 21. Juli. Gestern wurden hier 51 Russen ausgewiesen, die im Verdacht kommunistischer Umtriebe stehen.

*

Beteiligung von Stinnes an dänischen Steinkohlengruben? Aus London wird gemeldet: Die Times vernimmt, daß der deutsche Großindustrielle Hugo Stinnes Versuche mache, um sich mit 20 Millionen Kronen, das sind 850000 Pfund Sterling, an dänischen Steinkohlenhandlungen zu beteiligen.

Gegen die flämischen Aktivisten. Nach der Nation Belge hat Kardinal Erzbischof Mercier von Mecheln sämtlichen Priestern seiner Diözese unter Androhung strengster priesterlicher Strafen die Lektüre des flämisch-aktivistischen Blattes Ons Vaterland verboten. — In dem Prozeß gegen die ehemaligen Professoren der flämischen Universität Gent ist das Urteil gesprochen worden. Dossel, ein Gelehrter von großen Fähigkeiten erhielt 10 Jahre Gefängnis, de Jaegher 2 Jahre, de Brunyker 5 Jahre und Mees 2 Jahre Gefängnis.

Jubiläumsfeier der französischen Republik. Der französischen Kammer sind zwei Gesetzentwürfe zugegangen. Der erste verlangt einen Kredit von 3½ Millionen Franken zur Feier des 50jährigen Jubiläums der französischen Republik, der zweite die Ueberführung des Herzens Leon Gambettas nach dem Pantheon.

Irlands Kampf. In der Stadt Tuam in der Grafschaft Connaught wurden zwei Polizisten erschossen. Während des darauf folgenden Straßenkampfes wurde eine große Anzahl von Häusern zerstört und niedergebrannt, darunter das Rathaus. Es gab Verluste auf beiden Seiten.

Reuter meldet aus London vom 20. Juli: Eine Bande von 40 bis 50 Mann griff in der vergangenen Nacht eine Patrouille von vier Polizisten an, die aus Galway kamen. In dem sich entwickelnden Gefecht wurden zwei Polizisten erschossen, die beiden anderen wurden nach Erschöpfung ihrer Munition überwältigt und mit verbundenen Augen nach Tuam zurückgeschickt. Dort brachen unter den Soldaten und Polizisten Unruhen aus. Es wird behauptet, daß Polizisten die Stadt geplündert und in Häuser und Kaufläden gefeuert hätten. Das Rathaus wurde niedergebrannt. Verluste an Menschenleben sind nicht zu verzeichnen.

Die Lage in Syrien. Die Times meldet aus Kairo: Die Araber sind entschlossen, sich den Forderungen der Franzosen zu widersetzen. In Damaskus herrscht große Begeisterung. Die Zahl der syrischen Regierungstruppen beträgt 22000 bis 40000 Mann. Das Heer besitzt einen Stab von tüchtigen, in Europa ausgebildeten Offizieren, die im Weltkrieg Erfahrungen gesammelt haben. Der Nachrichtendienst des Heeres ist gut, dagegen hat er keine Flugzeuge. An Feldlazaretten und Ambulanzen herrscht Mangel.

Daily Mail berichtet aus Kairo: Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der Emir Feissal in Erwiderung des französischen Ultimatums sich bereit erklärt habe, das Mandat Frankreichs über Syrien anzuerkennen, wenn die Bedingungen desselben vom Völkerbund festgesetzt seien. General Gouraud erklärte indessen diese Antwort für ungenügend und forderte die bedingungslose Annahme des Ultimatums.

Kämpfe in Indien. Das Amt für Indien teilt mit: Eine englische Streitmacht beschoß am 10. Juli den feindlichen Stützpunkt Madsud. Das Eindringen in Nasiristan traf nur auf geringen Widerstand, aber die Eingeborenen folgten der englischen Streitmacht bei ihrem Rückzug zum Lager nach, töteten 27 und verwundeten 29 Mann. Die feindlichen Verluste sind unbekannt.

Aus der Partei.

11 000 USP.-Mitglieder in Bremen.

In der belebten Generalversammlung der USP. Bremens konnte die erfreuliche Mitteilung gemacht werden, daß unsre Partei in Bremen-Stadt am 30. Juni mehr als 11 000 Mitglieder zählte. Die Partei hatte im Laufe des verflossenen Geschäftsjahres über 6000 Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Gewerkschaftsbewegung.

Seelenverkäufer!

Aus Königsberg (Ostpreußen) wird uns geschrieben:

Ein größerer Trupp Arbeitsloser wurde vor einigen Tagen von Hohenstein-Ernstthal i. S. nach Lyck (Ostpreußen) transportiert und sollte dort in der Landwirtschaft untergebracht werden. Als die Leute aber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse kennen lernten, verzichteten die meisten auf die Arbeit. In Pferdeställen wollten die einen nicht schlafen, die andern fürchteten infolge der guten Ernährung zu fettleibig zu werden und den meisten war der Lohn zu hoch. Das einzige, was in wirklich hinreichendem Maße vorhanden war, das war Arbeit — Arbeit in Hülle und Fülle.

Der Transporteur aber erhält pro Seele 40 Mk., bei 150 Stück also 6000 Mk. für einen Transport. Daß mit den staatlichen Mitteln der Erwerbslosen-Fürsorge und mit den Arbeitslosen Schindluder getrieben wird, ist klar. Das Schlimmste bei der Sache ist, daß nun die 150 Arbeitslosen in Ostpreußen bleiben müssen; denn sie sind zwar auf der Hinfahrt durch den Korridor gekommen, jetzt aber können sie nicht zurück, denn sie haben keine Pässe, kein Visum und kein Geld. Sie irren von Ort zu Ort, von Behörde zu Behörde und kein Mensch kümmert sich um diese Verschleppten. Sie sind verraten und verkauft und müssen noch froh sein, wenn sie nicht als Landstreicher behandelt werden.

In Ostpreußen sind Tausende Arbeitslose. Was beabsichtigt wird mit der Seelenverkäuferei kann sich jeder denken. Wir warnen deshalb alle Arbeitslosen: seid auf der Hut, laßt Euch nicht auf blauen Dunst hin verschachern. Wendet Euch wegen Auskunft immer erst an Eure Arbeitslosenvertreter oder an den Genossen Max Rudat, Königsberg i. Pr., Vorder Roßgarten 51/52, I.

Die Verhandlungen im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau sind, wie W. T. B. meldet, am Dienstag unter dem Vorsitz des Regierungsrats Dr. Bodenstein vom Reichsarbeitsministerium in Halle in später Stunde beendet worden. Die Unternehmer haben sich nach langen Verhandlungen bereit erklärt, für Juni und Juli eine Schichtzulage von einer Mark für alle Arbeiter zu gewähren. Die Vertreter der Arbeiter erklärten, den Belegschaften die Stellungnahme überlassen zu wollen. Bis Sonnabendabend soll das Ergebnis der Stellungnahme der Belegschaften den Organisationsvertretern mitgeteilt werden.

*

Ende des Streiks in Golpa-Zschornewitz. Die Arbeiterschaft der Grube Golpa, des Kraftwerks Zschornewitz und der dazu gehörenden Betriebe hat nach einer W. T. B.-Meldung beschlossen, am Mittwoch die Arbeit wieder aufzunehmen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Georg Rast in Leipzig.
Verantwortlich für den Inseratenteil:
Friedrich Piller, Vorsdorf-Leipzig.
Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Damen-Halbschuhe 85⁰⁰
elegante Form, mit und ohne Lackkappe, Größe 36—42 . . . . . .

Damen-Spangenschuhe 125⁰⁰
braun, elegante Formen . . . . .

Damen-Halbschuhe 145⁰⁰
in hell-, mittel- u. dunkelbraun Mahagoni, Größe 36—42 . . . . . .

Herren-Stiefel 165⁰⁰
Rindbox, elegante Form, Gr. 40—47
Erstklassige Qualitäten.

Schuhhaus Mannheimer
Johannisplatz 1-2 (Hotel Sachsenhof).

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200722/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Amtliche Bekanntmachungen.

Reichskleiderlager Nr. 33, Yorkplatz 3/4.

Mittwoch, den 28. Juli, in der Zeit von 9 bis 1 Uhr, für die bezugsberechtigten Geschäfte der Kommunalverbände Leipzig-Stadt und Leipzig-Land.

Angebot in:

Kinder-Sweater,
Strickwesten für Männer,
Strickwolle.

Eintritt nur gegen Ausweis. (Verkaufsbedingungen mit Kundennummer.) Waren-Ausgabe findet während dieser Zeit nicht statt.

Bezugsscheine für diese Waren werden ab Montag, den 2. August, auf der Bezugsscheinstelle, Neues Rathaus, Zimmer 263, ausgegeben.

In der Strafsache gegen
1. den Obermüller Joseph Schuh in Knautkleeberg,
2. den Bäckereiinhaber Karl Schuh in Leipzig, Bayerische Straße 81,
3. den Maurer und Rohproduktenhändler Otto Reck in Gautzsch,

hat das Wuchergericht des Landgerichts zu Leipzig am 23. Juni 1920 für Recht erkannt:

„Es werden verurteilt:

Der Bäckereiinhaber Karl Schuh wegen Schleichhandels zu

zwei Monaten Gefängnis und fünftausend Mark Geldstrafe,

der Obermüller Joseph Schuh wegen Beihilfe zum Schleichhandel zu

einem Monat Gefängnis und dreitausend Mark Geldstrafe,

der Angeklagte Reck wegen Beihilfe zum Schleichhandel zu

zwei Wochen Gefängnis und sechshundert Mark Geldstrafe."

Leipzig, 20. Juli 1920. [St.-A. IX. W. 8/20.]

Die Staatsanwaltschaft beim Landgerichte.

2000 Mark Belohnung!

In der Nacht zum 21. d. Mts. sind durch Einbruch aus einem Geschäftslokal im Tröndlinring gestohlen worden:

131,70 Meter schwarze baumwollene Serge in Posten zu 42,20, 44 und 45,50 Meter; 41,70 Meter olivfarbene baumwollene Serge; 21,20 Meter schwarze halbwollene Cimbria-Serge; 23,80 Meter graue halbwollene Serge; 22,70 Meter braune halbwollene Serge; 39,20 Meter covercoat Satinella; 50,30 Meter graues halbseidenes Damenjackettfutter; 41 Meter gelb-lila changeant Damenjackettfutter; 6,60 Meter blauer Cheviot; 1 silberne Damenhandtasche, etwa 12×22 Zentimeter. Gesamtwert 20 000 Mark.

Auf Wiedererlangung der gestohlenen Waren werden 10 Prozent vom Werte des Wiedererlangten von der geschädigten Firma als Belohnung ausgesetzt.

Sachdienliche Mitteilungen werden schnellstens erbeten an die Kriminalabteilung zu Kr.-V.-A. III. 2301/20.

Leipzig, den 21. Juli 1920.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.

Böhlitz-Ehrenberg.

Wegen Reinigung bleiben Montag, den 26., und Dienstag, den 27. Juli, die Gemeindeamtsräume geschlossen.

Dringende Sachen, sowie Spar- und Girokassen-Angelegenheiten werden an beiden Tagen vormittags 10—11 Uhr erledigt.

Böhlitz-Ehrenberg, am 20. Juli 1920.

Der Gemeindevorstand.

Sparkasse Wahren.
Geschäftszeit von 8 bis ½2 Uhr.

Sparkasse Borsdorf. Tägl. Verzinsung 3½ Prozent. Teleph. Nr. 10. Geschäftsstelle im Gemeindeamt in der Schule. Geschäftszeit wochentags 8—2 Uhr. Postscheckkonto: 83254

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Vereine

Bezirk. **Spiel- und Sport-Kursus.** Treffpunkt der Teilnehmer Sonnabend, nachmittags ¼4 Uhr, im Restaurant Friedenfels, Südstr. 22. Näheres siehe Rasenspiele Nr. 29.

Bezirksturnfest. Ein Portemonnaie gefunden. Abzuholen bei Becker. — Startgeld vom Turnfest gegen Einsendung der Startnummern sofort abholen bei Friedrich.

Kreisvorturnerturnen. Vereinsturnwarte und Vorturner! Das Kreisvorturnerturnen am 1. August in Dresden rückt immer näher. Es muß Ehrenpflicht eines jeden sein, sich daran zu beteiligen, da es der erste Auftakt für unser Kreisturnfest 1921 ist. Betreffs Quartiere wende man sich an Turngenossen Hermann Graf, Dresden, Wachsbleichstraße 49, I. Abfahrt der Leipziger Turngenossen wird nächsten Donnerstag bekannt gegeben.

Ostgruppe. Sonnabend, den 24. Juli, abends Punkt ½8 Uhr, **wichtige Vereinsvorstände-Konferenz** im Alten Gasthof zu Paunsdorf. **Die Gruppenleitung.**

Turner und Sportler! Freitag, 30. Juli, abends 7½ Uhr, auf dem Sportplatz, **Hauptprobe für die allgemeinen Freiübungen zum Gewerkschaftsfest.** Alle Teilnehmer müssen zur Stelle sein.

Das Sportkartell.

Leipzig-Ostvorstadt. **Turnverein.** Sonnabend, den 24. Juli, abends 7 Uhr, **Halbjahrs-Generalversammlung** im Restaurant Goldenes Schiffchen, L.-Volkmarsdorf. Wichtige Tagesordnung. Die Mitglieder werden dringend ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. **Der Turnrat.**

L.-Süd. **Turnverein Vorwärts E. V.** Donnerstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr, **Funktionär-Sitzung** in Stadt Borna.

Freitag, den 23. Juli, **Halbjahrs-Versammlung** im Gambrinus. **Der Turnrat.**

L.-Möckern. **Freie Turnerschaft.** Sonnabend, den 24. Juli, **großer Fest-Kommers** im Goldnen Anker.

Sonntag, den 25. Juli, **Turn-, Spiel- und Sportfest** im Viktoria-Sportpark. Es ladet freundlichst ein **Die Vorturnerschaft. Der Vorstand.**

Wahren. **Turnverein.** Heute Donnerstag, abends 8 Uhr, **Sitzung des Turnrates und der Vorturnerschaft.**

Freitag, den 23. Juli, abends ½9 Uhr, **Generalversammlung** bei Trabitzsch. — Tagesordnung: Berichte, Schauturnen, Verschiedenes.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt notwendig. **Der Turnrat.**

Markranstädt. **Freie Turnerschaft.** Sonntag, den 25. Juli, **Schauturnen sämtlicher Abteilungen.** Vormittags 8 Uhr, auf dem städtischen Spielplatz, Fußball- und Faustballwettspiele sowie volkstümliches Turnen. Nachmittags 2 Uhr, auf dem Turnplatz, Freiübungen, Geräteturnen und Gesellschaftsspiele.

Dienstag, den 27. Juli, abends 8 Uhr, **Hauptversammlung.** — Tagesordnung: Beitragserhöhung. Freundlichst ladet ein **Der Turnrat.**

Radfahrer-Bund Solidarität

Abt. West. Sonntag früh, 6 Uhr, **Tagestour nach Borna** (Fürstenholz). Proviant mitnehmen.

Ortsgruppe Markranstädt. Sonntag, den 25. Juli 1920, **20. Stiftungsfest** bestehend in Korsofahrt, Konzert, Preisschießen, Preiskegeln, Reigenfahren u. Ball. Von 1 Uhr ab Empfang auswärtiger Bundesgenossen, 3 Uhr Korsofahrt. Um zahlreichen Besuch bittet **D. V.**

Samariter-Vereine

Arbeiter-Samariter-Bund. Kolonne Leipzig. Freitag, den 30. Juli 1920, abends ½8 Uhr, findet in Lindenau, Stadt Lützen, Lützner Straße, **Gründung der Abteil. Westen des Arbeiter-Samariter-Bundes** statt. Interessenten sind herzlich willkommen. Die alte Mannschaft des Westens trifft sich dort.

Schach-Verein

Schachverein. Sonnabend, den 24. Juli, abends 6 Uhr, **wichtige Mitgliederversammlung** im Volkshaus, Billardzimmer. Alles erscheinen.

Sonntag, den 25. Juli, ab 4 Uhr nachmittags, **freier Schachverkehr** im Restaurant Marienhof, Hohe Straße.

Arbeiter-Turn- und Sport-Bund

1. Bezirk — Leipzig — Ostgruppe

Sonntag, den 25. Juli

Propaganda-Spiele

im Sportvereinigungspark L.-Schönefeld (an der Wollkämmerei), Linie 1.

5 Uhr: Paunsdorf I — Kleinzschocher I
3 Uhr: Fortuna (Taucha) I — Sparta I

Die Gruppenspielleitung.

Ortsverein Plagwitz-Lindenau-Schleußig

(U. S. P. D.)

Für die Kinder der Mitglieder findet am **Dienstag, dem 27. Juli,** und am **Donnerstag, dem 29. Juli, nachmittags 3 Uhr,** eine

Puppentheater-Vorstellung

im **Auguste-Schmidt-Haus,** Dresdner Straße 7, statt. — Da uns nur je 500 Karten zur Verfügung stehen, wolle man sofort die Karten im Preise von 30 Pfg. in den Filialen der Leipziger Volkszeitung, Lindenau, Odermannstraße 1, und Plagwitz, Weißenfelser Straße 30, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches in Empfang nehmen. Die Kinder, die gewillt sind, zu Fuß nach der Dresdner Straße zu gehen, sammeln sich an beiden Tagen um 1 Uhr auf dem Schmuckplatz Karl-Heine-Straße. Abmarsch Punkt ½2 Uhr. Bei genügender Beteiligung finden weitere Veranstaltungen statt. **D. V.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Zahlstelle Leipzig.

Bureau: Gerberstr. 1 (Hotel Viktoria), I. Stock Zimmer 3—6. Tel. 12780.

Bureaustunden: Vorm. 9—½1, nachm. 5—½7 Uhr. Sonnab. nur v. 9—½11 Uhr.

Freitag, den 23. Juli, abends 7 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Volkshaus, großer Saal.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstage
2. Kassenbericht vom zweiten Quartal.
3. Verschiedenes.

Achtung, Bezirks-Versammlungen:

Sonnabend, den 24. Juli

Rötha abends 7 Uhr in **Stadt Leipzig**
Eythra „ 7 „ im **Reichsadler.**

Sonntag, den 25. Juli

Brandis . . . . . vorm. 10 Uhr im **Parkschlößchen**
Taucha . . . . . „ 10 „ „ **Deutschen Haus**
Lieberwolkwitz „ 9 „ „ **Schwarzen Roß**
Zwenkau . . . . „ 9 „ in **Stenglers Restaurant.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Bericht vom Verbandstag.

Mittwoch, den 28. Juli, Kinder-Ferienausflug.

Näheres wird noch bekanntgegeben. **Die Ortsverwaltung.** *

Metallarbeiter-Verband

Geschäftsstelle: **Volkshaus,** Reiper Str. 20, I. r. Bureauzeit: vormittags 8-10, mittags 12-1, abds. 4-6, Sonnabends nur 8-1 Uhr. Tel. 8784

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Bureauzeit entliehen werden

Krankmeldungen müssen gegen Einreichung des Verbandsbuchs innerhalb drei Tagen erfolgen.

Schleifer und Galvaniseure.

Freitag, den 23. Juli, abends 7 Uhr, im **Volkshaus: Versammlung.** Die Kollegen werden ersucht, alle zu erscheinen.

Die Schleiferkommission.

Feinstes Oliven-Öl
Tel. 974 Pfund Mk. 18.—, empfiehlt Tel. 974
Emil Peters Nachfl. Gerberstrasse 19—27 Wichenbergs Grundstück.

Leder!
Durch günstigen Einkauf das Pfund **Mk. 25.—.**
Sämtliche Schuhbedarfsartikel sowie **prima Kornleder,** im Ganzen und im Ausschnitt, stets **preiswert** zu haben bei
C. Migdin, Leipzig, Tauchaer Strasse 46.

Arbeiter-Schwimm-Verein Leipzig E. V.

Wasser-Ball-Spiele

im Freien finden am 24., 28. und 31. Juli sowie 4. August, abends 6 Uhr, im **Flutkanal — Nähe Sachsenbrücke** statt.

Sonntag, den 25. Juli, nachmittags 3 Uhr

Flutkanal-Schwimmen

3000 Meter

Start: Wehr am Schleußiger Weg.

In der Stube kann jeder
meine selbstgemachten
Zigarren
rauchen, trotzdem sie nur
75
und 80 Pfennige kosten
Gust. Schmidt, Leutzsch
Hauptstraße 87.

Hemden für Damen 25 für Herren 25
Hemdentuch . . . . . m 12
Hemdenbarch., wß. u. bf. m 16
Wäschestoff, wß. u. bunt m 20
Bettücher . . . . . Stück 80
Küchenhandtücher . Stück 6
Kohlgartenstr. 29, I. links. [*

Soeben ist in unserm Verlage erschienen:
Gerhart Seger
Kunst und histor. Materialismus
Ein Beispiel neuer Kunstbetrachtung.
Preis 2 Mk.
Bestellungen nehmen Austräger und Filialen der Volkszeitung entgegen.
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilg. Buchhandlung Tauchaer Straße 19/21.

U. S. P. D. Gross-Leipzig.

Alt-Leipzig, Bezirk Westen II. Freitag, den 23. Juli 1920, abends ½8 Uhr, findet im Restaurant Rosental, Waldstraße 62, eine **Mitgliederversammlung** statt.

Die Wichtigkeit der Versammlung macht es allen Genossinnen und Genossen zur Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen. **Die Vertrauensleute.** *

Dölitz-Dösen. Freitag, den 23. Juli 1920, abends 8 Uhr, **Vereinsversammlung** im Gasthof zur Friedenseiche. Tagesordnung: 1. Schulspeisung betr. 2. Familienausflug. 3. Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Lößnig. Freitag, den 23. Juli 1920, abends ½8 Uhr, **Versammlung** im Stern. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Fr. Seger: Die politische Lage und die Verhandlungen in Spa.** 2. Diskussion. 3. Parteiangelegenheiten.

Obiges Thema erfordert einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung. **Der Vorstand.**

Heute Donnerstag, den 22. Juli, abends 7 Uhr, im **Schillerschlößchen,** Gohlis

Öffentliche Versammlung

Tagesordnung:

1. **Revolution ist keine Parteisache.** Referent: Genosse **Felden,** Berlin. 2. Freie Aussprache.

Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint in Massen!

Kommunistische Arbeiter-Partei.

Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungs-Akt.-Ges.
Rechnungsstelle 37, Leipzig.
Das **Bureau** ist von heute an im **Volkshaus,** Zeitzer Straße 32, Saalbau, Zimmer 14.

Uebersee-Tabak
Domingo-Java-Blätterschnitt, ohne Zusatz von Rippen, Ia-Qualit., für kurze u. lange Pfeife
50 Gramm 2.80 Mk., 100 Gramm 5.50 Mk.
½ Pfund 13.50 Mk., 5 Pfund 125.00 Mk.
Ausverkauf
in nachversteuerten Tabaken in selbst ausgewogenen ½-Pfd.-Tüten zu bedeutend ermäßigten Preisen.
Rein Uebersee-Blätter-Mittelschnitt
ohne Zusatz von Rippen
½ Pfund 12.50 Mk.
Ia reine Zigarren
über 10 cm lang, vorzüglich in Brand u. Geschmack
Stück 60 Pfg.
Kautabak von Reddersen u. Hanewacker
ständig frisch — **Rolle 2 Mk.**
Zigarren-Geschäft
Wilhelm Rode
Reitzenhainer Strasse 3. Fernruf 4867.

Familien-Nachrichten

Statt Karten.

Unsre liebe herzensgute

Käthe

weilt nun nicht mehr unter uns. Allen denen, die ihre herzliche Anteilnahme zu erkennen gaben und unsern Schmerz zu lindern suchten durch Worte und überaus großen Blumenschmuck sowie letztes Geleit zur Ruhestätte sagen wir hierdurch unsern **herzlichen Dank.**

L.-Kleinzschocher. **Familie Max Regel.**

Wie eine Blume, die der Sturm geknickt,
Wardst du uns entrissen, die uns einst beglückt.

Für die vielen Beweise ehrender Teilnahme an dem schmerzlichen Verluste meines guten Gatten und Vaters

Richard Hödel

sagen wir hierdurch allen unsern herzlichsten Dank, vor allem dem Sängerchor Thonberg für den erhebenden Gesang, den Herren Mayer und Schmidt sowie seinen Arbeitskollegen der Firma H. Schneider für die trostreichen Worte am Sarge. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan.

L.-Reudnitz, 20. 7. **Martha verw. Hödel u. Sohn.**

Für die liebevolle Teilnahme bei dem so frühen Heimgange meines heißgeliebten guten Gatten, unsres treusorgenden Vaters, Schwiegersohnes, Bruders, Schwagers und Onkel

Richard Kschiechow

sagen wir allen Freunden und Bekannten, die an dem schweren Verluste teilnahmen, unsern innigen Dank. Herzlichen Dank auch seinem hochverehrten Herrn Chef, seinen lieben Kollegen der Fa. Kofferfabrik Saxonia, Herrn Pastor Richter, dem Gesangverein Hoffnung sowie dem Sattlerverband.

L.-Schönefeld. In tiefstem Weh
Elisabeth Kschiechow geb. Döhler nebst Kindern.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200722/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 22. Juli.

Parteiangelegenheiten.

Ortsverein Leipzig-Ost. Morgen Freitag, abends ½8 Uhr, Zusammenkunft sämtlicher Beikassierer und Spielleiterinnen im Restaurant Grüne Aue, Anger, Bernhardstraße 26. — Der Gesamtvorstand trifft sich 6 Uhr im selben Lokal.

Anger. Ortsschutz. Alle Genossen, welche sich zum Ortsschutz gemeldet haben oder noch melden wollen, werden für Freitag den 23. Juli, abends 7 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung nach Restaurant Grüne Aue, Bernhardstraße 26, geladen. Mitgliedsbuch der U. S. P. und Militärpaß sind mitzubringen.

Möckern. Freitag, den 23. Juli, abends ½8 Uhr, Sitzung der Funktionäre und der Propagandakommission des Elternrats im Carolabad. Ausgabe des Agitationsmaterials.

Ortsverein Großzschocher. Donnerstag, den 22. Juli, abends 8 Uhr: Frauendiskussionsabend im Restaurant Froschburg.

Taucha. Freitag, abends 8 Uhr: Sitzung der Parteifunktionäre im Goldenen Löwen.

Die christlichen Arbeiter und der Sozialismus.

Zahlreiche christlich gesinnte Arbeiter sind Gegner des Sozialismus; sie stimmen bei den Wahlen meist für die rechtsstehenden Parteien. Wir sehen ganz ab vom Zentrum, dem viele katholische Arbeiter Gefolgschaft leisten; auch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei stützen sich auf hunderttausende christliche Arbeiterfamilien. Diese wählen ihre schärfsten Gegner; sie beauftragen mit der Wahl rechtsstehender Parteien Großgrundbesitzer, Kapitalisten und deren Söldlinge mit der Vertretung ihrer Interessen bei der Gesetzgebung.

Daß dadurch nicht das Wohl der christlichen Arbeiterfamilien gefördert wird, ist selbstverständlich. Die Großgrundbesitzer, die Industriellen, die Kapitalisten, ganz gleich welcher Konfession sie sind, sorgen zunächst für sich. Alle Gesetze der bürgerlich-kapitalistischen Mehrheit sind darauf zugeschnitten. Die Arbeiter versucht man mit Sozialpolitik zu beschwichtigen, die aber ihr Elend nicht beseitigt, ja nicht einmal wesentlich lindert.

Solange es in Deutschland eine Arbeiterbewegung gibt, ist sie gespalten. Die Besitzenden haben stets ein großes Interesse daran gehabt, zu verhindern, daß die Arbeiter aller Konfessionen sich in einer Bewegung zusammenfinden. Sie selbst denken nicht daran, katholische, evangelische, jüdische oder religionslose Unternehmerverbände zu gründen. Der jüdische Kapitalist sitzt zusammen mit dem atheistisch oder katholisch gesinnten Unternehmer, und sie beraten einträchtig, **wie sie am besten die Arbeiter (auch die christlichen) niederhalten und ausbeuten können!!** Gleichzeitig aber wissen sie und ihre Organe den Arbeitern einzureden, daß gelbe, christliche, nationale Verbände die Arbeiterinteressen am besten förderten. Vor allem aber warnt die Unternehmerpresse die Arbeiter vor dem „verderblichen Sozialismus", und es wird ihnen abgeraten, am Klassenkampf teilzunehmen. Besonders schlecht zu sprechen ist man auf die Diktatur des Proletariats. Daß die Besitzenden herrschen, hält man für ganz natürlich. Wenn aber die Besitzlosen die Herrschaft erstreben, wird das als Verbrechen hingestellt, obwohl sie die große Mehrheit der Bevölkerung bilden und die produzierenden Schichten sind. Die Besitzenden haben auch verstanden, die Religion in ihren Dienst zu stellen und sie zur Trennung der Arbeitre zu benutzen, was besonders skrupellos ist. Ein großer Teil der Geistlichkeit hat ihnen dabei Hilfe geleistet. Dabei hat die Religion mit den Fragen der Wirtschaftssysteme, der Verbesserung der Lage der Arbeiter nichts zu tun. Die Unternehmer beweisen ja das durch ihr Verhalten. Der evangelische oder katholische Arbeiter aber soll sich nicht mit dem religionslosen oder jüdischen Arbeiter zusammenfinden. Logisch ist das nicht. Trotzdem haben wir die konfessionellen Arbeiterverbände; trotzdem wählen die christlichen Arbeiter die kapitalistischen Parteien Wir müssen ihnen sachlich und ruhig auseinandersetzen, wie unrichtig das ist. Wir können dabei gute Gründe anführen.

Die christliche Arbeiterbewegung war bis zum Kriege eine Stütze des Privateigentums und der Monarchie. In den Grundanschauungen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hieß es, die **Erstrebung einer völlig neuen Staats- und Gesellschaftsordnung sei verfehlt und überflüssig;** ein erträgliches Verhältnis für den Arbeiter sei auch im Gegenwartsstaat durch gesetzliche Sozialreform zu schaffen. Tief verankert in deutscher Geschichtsentwicklung und Sinnesart halte die christlich-nationale Arbeiterbewegung in **unverbrüchlicher Treue fest an der unzertrennbaren Gemeinschaft zwischen Fürst und Volk.** In einer starken Monarchie erkenne sie die bewährten Grundlagen staatlicher Ordnung. Im Privateigentum erblicke sie eine untilgbar begründete Einrichtung.

Die christliche Arbeiterbewegung wird eine Revision dieser Grundsätze vornehmen müssen; die „starke Monarchie" ist nicht mehr, und eine neue Staats- und Gesellschaftsordnung, die als überflüssig bezeichnet wurde, ist im Werden, ringt sich durch. Das Privateigentum unterliegt wie alles andre dem Naturgesetz der Entwicklung. Es ist keine „untilgbar begründete Einrichtung". Den christlichen Trbeitern wurde erklärt, eine sozialistische Gesinnung sei Sünde; das Streben nach Sozialismus sei wider die Gebote der christlichen Kirche. Das wurde natürlich von Vertretern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gelehrt. Dabei ist das Christentum als eine Religion der Armen und Unterdrückten entstanden, und das Urchristentum war bis zu einem gewissen Sinne kommunistisch. Alle Kirchenväter, Bischöfe ,die heute als Heilige verehrt werden, wie der heilige Clemens, der heil. Cyprian, Bischof Basilius, der heil. Ambrosius, Gregor von Nyssa, der heilige Chrysostemus, Papst Gregor der Große haben gelehrt, daß **die Erde das gemeinsame Gut aller sei, daß die Natur alle Güter allen Menschen gemeinsam gebe.**

Später wurde die christliche Kirche eine gewaltige Macht; sie brachte große Ländereien an sich, herrschte als Feudalherrin und hatte nunmehr für kommunistische Ideen und Bestrebungen keinen Sinn. Als der Kapitalismus aufkam, fand sie sich mit ihm ab und erklärte ihn als „göttliche Einrichtung". Und man soll sich keiner Täuschung hingeben: ist der Sozialismus die maßgebende Wirtschaftsform, hat er den Kapitalismus überwunden, so wird die christliche Kirche sich der neuen Situation anzupassen wissen. Die Religionsgesellschaften sind auch in keiner Weise gefährdet. Nur die Trennung von Staat und Kirche wird durchgeführt; die Unterstützung der Kirche durch den Staat hört auf; es bleibt jedem unbenommen, zu glauben, was er will, sich mit seinen Glaubensgenossen zusammenzufinden, Geistliche zu besolden. So werden die Religionsgesellschaften ihre Unabhängigkeit bekommen. Der Sozialismus will nicht die Religion unterdrücken oder ausrotten. Er hat wichtigere Dinge zu tun, als sich um das persönliche Glaubensbekenntnis der einzelnen Mitglieder der Gesellschaft zu kümmern.

Dann ist — wiederum von christlichen Anhängern des Kapitalismus — der Klassenkampf als sündhaft bezeichnet worden. Die Versöhnung und der Ausgleich der Klassengegensätze werden gepredigt. Der Klassenkampf ist keine Erfindung des Sozialismus; er war immer da, solange es Klassen gegeben hat; und diese sind vorhanden seit dem Aufkommen des Privateigentums an Produktionsmitteln. Und auch das Christentum ist auf dem Boden des Klassenkampfes emporgewachsen. Das jüdische Proletariat zur Zeit der Entstehung des Christentums war rebellisch; aus seinen Schichten stammen die ersten Christen, und der Rebellengeist des Urchristentums kommt auch in den Evangelien zum Ausdruck, wobei zu beachten ist, daß die „gefährlichsten" Stellen längst ausgemerzt oder überarbeitet sind. Aus der Bewegung der Armen war ein Staatschristentum geworden, das zuerst den Feudalismus, dann den Kapitalismus verteidigte und deshalb die Korrekturen an den alten schriftlichen Ueberlieferungen vornahm.

Hätte das Urchristentum nur einen duldenden, passiven Charakter gehabt und seine Anhänger lediglich auf das Jenseits verwiesen, so hätten es die Herrschenden Roms sicherlich nicht verfolgt.

Im Verlaufe der vielen Klassenkämpfe hat die Staatskirche stets zu den Herrschenden gestanden. Die katholische Kirche trat für den Feudalismus ein, als er vom aufstrebenden Bürgertum befehdet wurde. Die junge protestantische Bewegung war wohl eine bürgerliche, aber sie wahrte doch das Interesse der Besitzenden, was in ihrer Stellung zum Bauernkrieg deutlich zum Ausdruck kam. Und heute sehen wir, wie das gesamte Staatschristentum für den Kapitalismus ist.

Gegen den Klassenkampf, der gegen die Besitzlosen geführt wird, hat das Staatschristentum nichts einzuwenden! Den billigt es. Aber wenn die Besitzlosen den Klassenkampf gegen die Besitzenden führen, um zur Herrschaft zu gelangen und um eine neue Wirtschaftsordnung zu begründen, dann verwirft die Staatskirche den Klassenkampf als Sünde, als Verstoß gegen die Gebote Gottes.

Die christlichen Arbeiter müssen erkennen, daß die **Staatskirche nur eine Dienerin der besitzenden, der herrschenden Mächte** ist. Der Sozialismus will ihnen nicht ihren Glauben nehmen; er will ihnen eine bessere wirtschaftliche Lage erkämpfen. Deshalb ist es falsch, wenn die christlichen Arbeiter Anhänger der bürgerlich-kapitalistischen Parteien sind. Sie gehören zu uns, in die Reihen des revolutionären Proletariats.

Ausflüge in die Leipziger Umgebung.

Während in den touren Badeorten sich Schieber und Wucherer, Schleichhändler und Kriegsgewinnler von ihren Strapazen erholen, bleibt für den kleinen Mann, für den Arbeiter und Beamten, nur ein Ausflug in die Leipziger Umgebung. Und wer das Schöne zu finden weiß, kommt auch hier auf seine Rechnung. Viele junge Leute ziehen des Sonntags in der Frühe hinaus in die Natur und fühlen sich hier wohler als auf dem Tanzboden oder im Kino. Auch mancher Familienvater überwindet alle finanziellen Bedenken, die Mutter besorgt die Rationierung mit Lebensmitteln — denn an eine Beköstigung im Gasthause ist nicht zu denken — und die Familie läßt die Stadt hinter sich.

Auf Wegen und Stegen, wo früher oft den ganzen Tag kein Mensch zu treffen war, tummelt sich jetzt fröhliche Geselligkeit. Meint es die Sonne gar zu gut, dann findet sich wohl auch ein Teich oder ein andres Gewässer, das zu einem erfrischenden Bade einladet. Finden sich bei einer derartigen Gelegenheit Leute mit einer gleichgearteten sittlichen und geistigen Einstellung zusammen und gehen an einer verschwiegenen Stelle ohne das vorschriftsmäßige Badekostüm ins Wasser, so wird gewiß kein Mensch daran Anstoß nehmen. Anders liegen die Dinge, wenn die Hüllenlosigkeit zum System erhoben wird, wenn an vielbesuchten Orten Leuten mit den verschiedensten Auffassungen die Ideen über Nacktkultur durch praktische Vorführung beigebracht werden sollen. Hier werden Beschwerden erhoben, und es ist kein unbilliges Verlangen, die Geschlechtsteile in der üblichen Weise zu bedecken. Gefühle und Empfindungen haben sich durch Gewöhnung und Erziehung über Generationen hinweg herausgebildet und lassen sich nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen. Daran ändert auch nichts, daß in andern Ländern andre Sitten und Gewohnheiten herrschen. Praktisch würde die Propaganda für die Nacktkultur durch die Tat dahin führen, daß Elemente mit ganz andern Gefühlen, mit ganz andrer sittlicher Einstellung an solche Orte angelockt würden. Die Sache hat aber auch noch eine andre Seite. Ueber seine Eindrücke bei den Naturvölkern Zentral-Brasiliens berichtet Karl von den Steinen u. a.:

„Vom ästhetischen Standpunkte hat die Hüllenlosigkeit ihr Für und Wider, wie alle Wahrheit. Jugend und Kraft sehen in ihren zwanglosen Bewegungen oft entzückend. Greisentum und Krankheit in ihrem Verfall oft schauderhaft aus."

Dem kann noch hinzugefügt werden, daß der Ausspruch nicht nur für Naturvölker Geltung besitzt, und daß sich zwischen Jugend und Greisentum viele Abstufungen eingliedern.

„Die Leipziger Volkszeitung freut sich", weil das Fleisch in Leipzig um 40 Pfennig für das Kilo verteuert worden ist. Diesen Blödsinn behauptet die Freie Presse in ihrer Mittwochnummer. Vielleicht erklärt sich diese Leistung der Fr. Pr. aus der Hundstagshitze, deshalb wäre dem Schmierfinken, der siegeschrieben hat, ein Eisbeutel zu empfehlen. Die Kommunalpolitiker der Rechtssozialisten suchen ihre Schuld an der Fleischverteuerung immer wieder als „einen bedauerlichen Irrtum" hinzustellen. Demgegenüber muß aber doch mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß irrtümlicherweise nur Kressin und Pollender für die Fleischverteuerung gestimmt haben können, während die anderen drei rechtssozialistischen Stadtverordneten überhaupt nicht gestimmt haben, wodurch erst die Annahme der Fleischverteuerung möglich wurde. Es war also nicht die Schuld der falschen Fragestellung durch den Vorsteher (der nach dieser Behauptung im Handumdrehen zum Mitschuldigen der Rechtssozialisten gestempelt werden soll), sondern es war die übliche Verwirrung der Rechtssozialisten, die die Verteurung verschuldete.

Interessant ist, wie die Freie Presse die Verteurung des Fleisches zu beschönigen sucht; sie schreibt: „Die Einnahmen kommen dem Gemeinwesen wieder zugute. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet, ist die ganze Sache kein Unglück."

Diese Einnahmen wirken als Kopfsteuer und treffen die ärmsten und kinderreichen Familien am härtesten, das ist nach der Freien Presse kein Unglück. Echt rechtssozialistisch!

Im Uebrigen haben wir weder Lust noch Zeit auf jeden Schwatz der Freien Presse einzugehen, deshalb schenken wir uns auch eine Antwort auf die Stilübung der Freien Presse vom vergangenen Sonnabend, Als gewissenhafte Berichterstatter wollen wir aber noch nachtragen, daß Kressin es war, der gegen den Antrag selbst gestimmt hat.

Elternratswahl der 47. Volksschule am 11. Juli 1920. Die Wahlbeteiligung betrug 39 Prozent. Die Liste der U. S. P. erhielt 522 Stimmen (6 Sitze), die unpolitische Liste 243 Stimmen (3 Sitze).

Erwerbslose. Freitag, den 23. Juli, abends 7 Uhr, im großen Saale des Auguste-Schmidt-Hauses: Lichtbildervortrag des Herrn Freytag über: Ein Spaziergang in Madrid. Erwerbslose haben freien Zutritt gegen Vorzeigung ihrer Stempelkarte.

Unsre Ernährungsbureaukratie. Man schreibt uns: Im Oktober 1919 verlor mein Mädchen 3 Zuckerkarten auf je 4 Pfund Zucker. Ich bat damals um Ersatz, da ich den Verlust glaubhaft gemacht hatte. Ich erhielt ablehnenden Bescheid. Im Mai 1920 wollte es der Zufall, daß ich eine verlegte Zuckerkarte Reihe 16 in meinem Kochbuch wiederfand. Nun erbat ich mir von der Kartenverteilung Leipzig Umtausch dieser Karte in eine neue, die Gültigkeit vom Juni 1920 hatte, da die wiedergefundene auf Zuckerbelieferung nicht mehr angemeldet werden konnte, obwohl die Belieferung noch möglich war. Die Kartenverteilung schrieb aber am 8. Juni, sie bedaure ihre Ablehnung betreffs Ersatz der Zuckerkarten Reihe 16 aufrechterhalten zu müssen, da auch verfallene Marken in keinem Falle ersetzt werden dürften.

Teure Butter. In einer Zuschrift wird uns mitgeteilt, daß von einer Dame Butter zu 34 Mk. das Pfund in jeder Menge angeboten wird. Ebenso sind in den Lebensmittelgeschäften gegen schweres Geld alle Herrlichkeiten zu haben. Für die Zuteilung an die Bevölkerung aber ist nichts vorhanden, so will es die bestehende Gesellschaftsordnung.

Die kommunistischen Uebungsmärsche in Leipzig. Wir schrieben bei Erörterung der Bekanntmachung des Polizeiamtes gegen die „Uebungsmärsche der verfassungsfeindlichen Elemente", die Klassenjustiz könnte die Zuchthausverordnung gegen die Arbeiter in Anwendung bringen. Schmock ist schnell dabei, sie auf diese Bahn zu führen. Er teilt der Magdeburgischen Zeitung mit, in Leipzig seien die kommunistischen Uebungsmärsche verboten und die Verfügung meine die Uebungsmärsche kommunistischer Arbeitergruppen. Na also! Es fehlt nur noch die Empfehlung, ein frisch-fröhliches Kesseltreiben gegen die Arbeiter zu beginnen und sie ins Zuchthaus zu stecken.

ha. **Die Aufhebung der Gebührenfreiheit in Reichsdienstangelegenheiten** hat eine sehr wesentliche Entlastung des Telegrammverkehrs gebracht. Die Neuerung ist auch weniger im geldlichen als vielmehr im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse erfolgt. Trotz zahlreicher Verfügungen war es nicht gelungen, die Behörden und Beamten zu einer sparsameren Inanspruchnahme des Telegraphen anzuhalten. Dazu kamen sehr zahlreiche Fälle, in denen überhaupt die Gebührenfreiheit zu Unrecht in Anspruch genommen und ein überflüssiger Schriftwechsel verursacht worden ist. **Seit der Beseitigung der Gebührenfreiheit telegraphieren die Behörden weniger,** weil sie für übermäßige Aufwendungen in dieser Beziehung zur Verantwortung gezogen werden können. Das Wirtschaftsleben hat gerade unter der Ueberlastung der Telegraphenlinien mit bevorzugten Diensttelegrammen besonders zu leiden. Nach wie vor können die Behörden vom Stundungsverfahren Gebrauch machen und Barzahlung vermeiden.

In den 17 städtischen Speiseanstalten belief sich in der Woche vom 12. bis 17. Juli die Speisenabgabe auf 38 408 Mahlzeiten gegenüber 39 032 in der Woche zuvor.

Die Leipziger Straßenhändler hielten am Dienstag im Pantheon eine Versammlung ab, in der die Wünsche und Forderungen der Arbeitsgemeinschaft der drei Leipziger Straßenhändlervereine bekanntgegeben wurden. Sie wiesen auf die Unentbehrlichkeit des Straßenhandels besonders für Obst und Gemüse hin und wandten sich gegen die verschärften Strafen wegen Uebertretung der Straßenverkehrsordnung. Auch Herr Aufschlager, der Leiter des städtischen Großmarktes, sprach sich gegen die Ausschaltung des Straßenhandels aus. Stadtverordneter Jonack, der dem Verkehrsausschuß angehört, trat für die berechtigten Wünsche der Straßenhändler ein, doch müßten die Auswüchse unterbleiben. Es wurde folgende Entschließung angenommen: „Die am 20. Juli in der Gastwirtschaft Pantheon tagende öffentliche Versammlung der Straßenhändler fordert vom Rat der Stadt 1. das Ausrufen der Waren und 2. alle Straßen und Plätze außerhalb der Promenade für den Straßenhandel freizugeben; 3. die bestehenden Sonderbestimmungen in der Straßenverkehrsordnung den jetzigen Verhältnissen anzupassen; 4. die Beamten anzuweisen, daß sie nicht provozierend auf den Straßenhandel einwirken und 5., daß das Dezernat den Inhaber wechselt, da der jetzige Dezernent, Polizeidirektor Dr. Kubitz, zugleich zwei verschiedene Instruktionen befolgen muß."

Licht'sche Männer- und gemischte Chöre treffen sich Donnerstag, den 22. Juli, abends 6½ Uhr im großen Saal des Zoologischen Gartens zur Probe. Der Vorstand.

Polizeinachrichten.

Einbruch. 2000 Mk. Belohnung sind von einer Firma für Schneiderbedarfsartikel ausgesetzt worden für Wiedererlangung gestohlener Waren. Nähere Angaben enthält die amtliche Bekanntmachung im Inseratenteil.

Lebensmittelkalender für Freitag, den 23. Juli.

Für Haushaltungen.

Anmeldung. Schweinefett: abzugeben Landesfettmarke Y (250 Gramm); Fettmarke 18 für Kriegsgefangene (50 Gramm).

Süßstoff: abzugeben 13 E und K der Lebensmittelkarte Reihe P (eine Packung).

Ausgabe. Kunsthonig: Letzter Tag — bestellt mit 12 E und K der Lebensmittelkarte Reihe P (ein halbes Pfund).

Für Händler.

Fleisch: Markenabgabe.

Schlachthof, Schauamt II. Täglich von 9 bis 12 Uhr auf Haushaltkarte Ausgabe von einer Dose Rindergulasch 7.40 Mk. und einer Dose Leberpaste 4.50 Mk. sowie dänischer Fleischbrühwürfel.

Knochen- und Kleinfleischverkauf. Hädrich-Plagwitz von 2 bis 6 Uhr Fleisch und Wurst zum Höchstpreis; Hoffmann, Wächterstraße, von 1 Uhr an auf alle Nummern Knoblauchswurst und Gehacktes; Müller-Connewitz von 2 Uhr an auf alle Nummern Wurst.

Veranstaltungen der Arbeiterturn- und Sportvereine.

Turner, Bezirk. Sonnabend, ½4 Uhr, Sonntag, ab ½8 Uhr: Sport- und Spielkursus auf den Bauernwiesen (am Germaniabad, Linie 10, 13, 18). — Sonntag, den 1. August: Kreisvorturnerturnen in Dresden. — Leipzig-Gohlis. Freitag, nach dem Turnen: Turnratssitzung im Rickauausschank. — Leipzig-Süd. Turnverein Vorwärts: Donnerstag, 22. Juli, in Stadt Borna: Funktionärsitzung; Freitag, 23. Juli: Halbjahrsgeneralversammlung im Sambrinus. — Turnverein Eiche. Donnerstag, 22. Juli, abends 6 Uhr: Vorturnerturnen, abends 8 Uhr: Vorturnersitzung in Friedenfels. — Ostgruppe. Sonntag, den 25. Juli, früh 8 Uhr: Serienspiele der II. Klasse in Engelsdorf (Faustball); Donnerstag, den 29. Juli, abends 7 Uhr: Jugendschlagball Osten—Thonberg, abends 8 Uhr: Osten—Sellerhausen, Riebeckteich: Sonntag, den 1. August, früh 8—½10 Uhr: Serienspiele der III. Klasse in Engelsdorf (Faustball). Gruppenmeister: in Faustball Schönefeld, in Schlagball Ostvorstadt, in Barlauf Thonberg.

Arbeiter-Schwimmverein. Sonntag, den 25. Juli, nachmittags 3 Uhr: Flutkanalschwimmen, Teilnehmer sind pünktlich ½2 Uhr in der Schwimmanstalt, Schreberstraße. Unterstützung von nichtstartenden Mitgliedern dringend erwünscht. — Wasserballspiele im Freien. Am 24., 28. und 31. Juli sowie am 4. August veranstaltet der Arbeiter-Schwimmverein im Flutkanal (Nähe Sachsendrücke) Propagandawasserballspiele, Beginn abends 6 Uhr. Wir verweisen nochmals auf das Schwimmfest am Sonntag, dem 25. Juli, nachmittags 3 Uhr, im Flutkanal. Start: Mehr am Schleußiger Weg.

Athleten. Sonntag, den 25. Juli, nachmittags 3 Uhr: Adler-Wahren—Adler-Holzweißig, Luna-park; Obmann: Damin, Kampfrichter: Beuche, Bernhardt. Paunsdorf—Othello-Lindenau, Restaurant Concordia; Obmann: Schmidt, Kampfrichter: Dames, Blume. Vormittags ½10 Uhr: Teutonia—Eiche-Nord, Rote Schule, Gohlis; Obmann: Selle, Kampfrichter: Stutzbach, Stamm.

Fußballer. Leipzig-Connewitz: Sonnabend, den 24. Juli, nachmittags 6 Uhr, Sommernachtsball im Eiskeller. Sonntag, den 25. Juli, Gesellschaftsspiele: Connewitz I—Wurzen I 4 Uhr Streitteich; Connewitz II—Stötteritz III ½10 Uhr Streitteich; Connewitz III—Dölitz I 10 Uhr in Dölitz; Connewitz I (Jugend)—Stötteritz II (Jugend) ½9 Uhr Streitteich; Connewitz II (Jugend)—Kleinzschocher (Jugend) ½8 Uhr Streitteich. — Schiedsrichterprüfung. Sonnabend, den 7. August, abends 7 Uhr, im Restaurant Carolabad, Leipzig-Möckern, Mecklenburgstraße (Näheres siehe Sportzeitungen). Nächste Schiedsrichtersitzung am 4. August 1920 bei Meyer, Knauthleeberg: 23. Juli Fußballerversammlung (Ergänzungswahlen). F.-C. Hertha, Leipzig-Thonberg: 24. Juli, abends 7 Uhr, Halbjahrsgeneralversammlung, Gasthof Neureudnitz. — Propagandaspiele: Montag, den 26. Juli, im Sportvereinigungspark Leipzig-Schönefeld an der Wollkämmerei, 3 Uhr: Fortuna (Taucha) 1—Sparta I; 5 Uhr: Paunsdorf 1—Kleinzschocher I. Von 1 Uhr an Spielverbot für die Ostgruppenvereine. — Anläßlich des Turn- und Sportfestes spielt Leipzig-Möckern 1—Favorit 1 (Chemnitzer Bezirksmeister) am 26. Juli, abends 6 Uhr. — Leipzig-Eutritzsch spielt am 25. Juli in Berlin-Weißensee gegen Germania I mit folgender Mannschaft: Meier, Hänsel, Richter, Winkler, Gumprecht, Weck, Schütze, Hummel, Krause, Zirner, E. Heinze; Ersatz: Büchner, Zirner, M. Abfahrt vom Hauptbahnhof: Sonnabend, den 24 Juli, 1.52 Uhr. Treffpunkt: 1 Uhr Blumenhalle, preußische Seite. — Paßangelegenheiten sowie (für die nächsten vier Wochen) sämtliche Sachen, die bisher Sportgenosse Schmidt erledigte, sind nur an Sportgenossen A. Junghans, Leipzig-Kleinzschocher, Siemensstraße 38, oder Arbeiter-Turnverlag, Leipzig, Eichestraße 56, zu richten. Rückporto beifügen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200722/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Aus der Umgebung Leipzigs.

Oetzsch-Markkleeberg. Aus dem Gemeinderat. Ohne Debatte wird die Geschäftsordnung für den Gemeinderat angenommen. Die Lustbarkeitssteuer wurde für Vereine mit gemeinnützigen Bestrebungen herabgesetzt, dergestalt, daß jedem Verein drei Veranstaltungen im Jahre zu ermäßigten Sätzen berechnet werden. Die betreffenden Vereine sind namentlich aufgeführt. Für die Kirchensteuererhebung im Ortsteil Oetzsch wurden 5 Prozent zugunsten der Gemeindekasse in Abzug gebracht. Ein Vorschuß an die Kirchenkasse wurde abgelehnt. Der Amtshauptmannschaft ist mitzuteilen, daß an den Bau einer Kläranlage jetzt nicht gedacht werden kann. Die in früheren Jahren vom Grundstücksbesitzer Kees gebaute Kläranlage funktioniert nicht. Die trotzdem in gutem Zustande der Pleiße zugeführten Abfallwasser können von der Stadtgemeinde Leipzig schwerlich beanstandet werden. Die Bausache Sinsel & Co. wurde von den Bürgerlichen wieder zu verschleppen versucht. In nichtöffentlicher Sitzung wurde das Bauvorhaben weiterberaten mit dem Resultat, daß der Fabrikaufbau mit gewissen Vorbehalten befürwortet werden soll. Die Trinkwasserversorgung des Gartenvereins Eintracht wurde für ein Jahr zurückgestellt. Von der Erhöhung der Gemeindearbeiterlöhne wurde Kenntnis genommen. Die Aussprache über den Ortsschutz wurde zurückgestellt, bis die Verhandlungen in Spa ein klares Bild ergeben. Die vom Erwerbslosenausschuß abgelehnten Familienzuschläge für Bergarbeiter sind ausgezahlt worden laut Gemeinderatsbeschluß.

Böhlen. In der letzten Gemeinderatssitzung wurde zunächst über die Birnenverpachtung gesprochen. Bereits am 19. Juni wurde über diesen Punkt in einer außerordentlichen Sitzung verhandelt und einstimmig beschlossen, das Obst in eigene Regie zu übernehmen, um dadurch den Einwohnern billiges und gutes Obst zukommen zu lassen und den trüben Erfahrungen, wie sie voriges Jahr mit dem Obstpächter gemacht wurden, aus dem Wege zu gehen. In der letzten Sitzung sollte nun nur noch über die Ausführung beraten werden. Umso erstaunlicher war es, daß der Gemeindevorstand zu Beginn der Sitzung erklärte, der Beschluß vom 19. Juni sei hinfällig, da die betreffende Sitzung nur als Vorbesprechung gegolten habe. Und aus diesem Grunde habe er noch einmal die Obstverpachtung auf die Tagesordnung gesetzt. In Wirklichkeit liegen die Dinge ganz anders. Kaum war in der Oeffentlichkeit bekannt, daß das Obst in eigener Bewirtschaftung genommen werden sollte, so setzte eine systematische Hetze von seiten gewisser Interessenten ein, der der Gemeindevorstand wahrscheinlich unterlegen ist. Alle möglichen Einwände wurden vorgebracht, um den Beschluß vom 19. Juni wieder rückgängig zu machen. Ein Interessent kam sogar selber mit, um dem Gemeinderat seine Vorschläge zu unterbreiten. Er schlug vor, doch das ganze Obst ihm zu überlassen. Er wolle seine Schuldigkeit den Einwohnern gegenüber schon erfüllen, auf Ehrenwort. Aber alle Lockungen und Einwände konnten unsre Genossen nicht umstimmen. Sie beharrten auf dem Beschluß vom 19. Juni. Auch versäumten sie nicht, den Gemeindevorstand auf sein Verhalten hinzuweisen, der ja, nebenbei gesagt, ein besonderes Talent dazu hat, die Beschlüsse des Gemeinderats zu sabotieren. Wundern kann einen das freilich nicht. Der Herr glaubt immer noch, die Revolution sei an den heutigen Verhältnissen schuld. Zu den Ausführungsbestimmungen wurden folgende Richtlinien aufgestellt: Die Aufsicht üben Genosse Müller und Herr Birnbaum. Das Pflücken besorgen Genosse Müller, der Gemeindediener und vorhandene Arbeitslose, den Verkauf Herr Dietrich. Zum Schätzen und Bestimmen der zu pflückenden Sorten erbot sich Herr Pflanz. Der Verkaufspreis beträgt im Durchschnitt 60 Pfg. pro Pfund. Die Geräte zum Pflücken, wie Körbe und Leitern, werden der Gemeinde von den Einwohnern zur Verfügung gestellt. Für Schaden haftet die Gemeinde. Hoffen wir, daß Gemeinde und Einwohner mit dem Resultat zufrieden sind und beim Abschluß ein erfreuliches Resultat herauskommt. — Eine längere Debatte entspann sich noch über die Erhebung eines 5. Steuertermins zur Deckung der Schullasten vom 1. Jan. bis 30. April 1920. Gebraucht werden etwa 3000 Mk. Wurden bei der letzten Steuererhebung 80 Prozent Gemeindesteuern erhoben, so sollen diesmal 60 Prozent zugrunde gelegt werden. Hiervon wäre ein Viertel noch zu bezahlen. — Ein Schreiben der Gasanstalt besagt, daß der Gaspreis im Durchschnitt um 10 Pfg. erhöht worden ist.

Verbandstag des Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter-Verbandes.

3. Verhandlungstag.

Pucher (Verbandsvorstand). Bedauerlich sei, daß man nicht auf beiden Seiten den Kampf mit sachlichen Mitteln führte. Der Aufruf zur Demonstration am 13. Januar gegen das Betriebsrätegesetz ist vom Buchdruckereihilfsarbeiterverband unterzeichnet. Diese Unterschrift war gefälscht. Mich hat man aber dieserhalb der Denunziation bezichtet, weil ich auf eine entsprechende Anfrage wahrheitsgemäß erklärt habe, „der V.-V. und die Berliner Ortsverwaltung haben diesen Aufruf nicht unterzeichnet". Die Propagandakommission ist eine geschlossene Organisation mit eigenen Statuten, die mir hier vorliegen. Sie treibt ohne Rücksicht auf die wirklichen Verhältnisse des Berufes Parteipolitik in unsern Reihen.

Weiter verbreitet er sich über die Berliner Tarifverhandlungen und reklamiert auch für den V.-V. das Verdienst, an dem günstigen Abschluß beteiligt zu sein. Es gibt Leute im Verband, die imstande wären, in ebenso viel Wochen zu zerstören, was wir in Jahren aufgebaut haben. Eine Einigung ist nur möglich, wenn die Gegenseite ihre Sonderorganisation aufgibt. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.)

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen wird eine Vertrauenskundgebung für die leitenden Personen im Hauptvorstand in namentlicher Abstimmung mit 69 gegen 29 Stimmen angenommen. Die Delegierten von Berlin, Leipzig und Dresden stimmen geschlossen dagegen. Die Opposition gibt eine Erklärung ab, daß sie nach Ablehnung ihres Geschäftsordnungsantrages auf namentliche Abstimmung gegen den ganzen Antrag stimmen müßte, trotzdem sich ihre Opposition in der Hauptsache nur gegen die Person Puchers richte. Eine Resolution, die sich mit der Gründung des Graphischen Bundes, dessen Satzungen und bisherigen Tätigkeit einverstanden erklärt, wird per Akklamation ungefähr mit der gleichen Stimmenzahl angenommen. (Die Opposition macht uns darauf aufmerksam, daß in dem Stimmverhältnis der Delegierten das Kraftverhältnis nicht richtig zum Ausdruck kommt. Die 29 Delegierten der Opposition vertreten 19 000 Mitglieder, während die 69 Delegierten der Verbandstagsmehrheit 22 000 Mitglieder vertreten.)

4. Verhandlungstag.

Es wird in die Statutenberatung eingetreten. Allgemein wird der Schaffung eines Beirates zugestimmt

5. Verhandlungstag.

Ueber Tarif- und Lohnbewegungen referiert der Verbandsvorsitzende Pucher. Ueber alle örtlichen Abmachungen hinaus trat immer wieder das Bestreben zutage, zu zentralen Vereinbarungen zu kommen. Die schlechten Verhältnisse in den verschiedenen Provinzorten wurden zum Hindernis für die weitere Verbesserung in den fortgeschrittenen Orten, was befürchten ließ, daß durch einen Reichstarif die zurückgebliebenen Orte den andern hindernd im Wege stehen bei den weiteren Verbesserungen ihrer Arbeitsverhältnisse. Ein Ausgleich aus diesen widersprechenden Zuständen muß gefunden werden und läßt sich finden. Den Abschluß eines Manteltarifes für das graphische Gewerbe hält er zur Zeit nicht für möglich. In den Berufszweigen, die mit einer hochentwickelten Maschinerie zu rechnen haben, ist es viel schwieriger eine Arbeitszeitverkürzung zu erreichen als in andern Berufszweigen. Da aber gerade in dieser Hinsicht noch zu große Unterschiede bestehen, dürfte ein Manteltarif zur Zeit nicht möglich sein. Er erhofft eine Förderung von den tariflichen Einrichtungen der Buchdrucker. Die Lehrzeit für Hilfskräfte darf über ein Jahr nicht ausgedehnt werden. Die Spannung zwischen den Lohnsätzen der Gehilfen und Hilfsarbeiter muß möglichst gering gestaltet werden. Die letzte Entscheidung über den Abschluß eines Reichstarifes muß der Gesamtkollegenschaft in Form einer Urabstimmung überlassen werden. Der Redner bittet zum Schluß um praktische Mitarbeit bei der anschließenden Diskussion. Die Kollegenschaft hat kein Interesse an theoretischen Diskussionen.

Kraas-Berlin: Wir sind nicht gegen die ganze Tarifpolitik, weil uns der Namen nicht gefällt oder weil uns die Lohnsätze um einige Mark zu niedrig waren, sondern weil alle diesbezüglichen Anstrengungen nicht verhindern konnten, daß die Lage der Arbeiterschaft eine immer traurigere wurde. Vor allem wenden wir uns gegen die ungerechte Bewertung der weiblichen Arbeitskräfte, das System der Teuerungszulagen in Form von Prozentzuschlägen, das den am schlechtesten entlohnten Arbeiterschichten am wenigsten gerecht wird, sowie die Spannung zwischen den Gehilfen- und Hilfsarbeiterlöhnen, die wiederum gerade bei den unteren Lohnklassen am größten ist. Zu bedauern ist, daß der Referent Pucher sich auf den engherzigen Berufsstandpunkt gestellt hat und Arbeitergruppen preisgeben will, die nicht direkt im technischen Betrieb unsres Berufes beschäftigt sind. Er wendet sich weiter gegen den Vorwurf, die Berliner nehmen auf die Verhältnisse in der Provinz keine Rücksicht. Wenn es uns Berlinern schon gelungen ist, einen Druck auf die Unternehmer der Provinz auszuüben, so müßte ein ähnliches Vorgehen der andern kräftigen Zahlstellen noch viel mehr Wirkung ausüben. Redner wendet sich weiter gegen die Verbindung mit der Tarifgemeinschaft der Buchdrucker, die nichts weiter ist, als eine andre Form der Arbeitsgemeinschaften, welche wir grundsätzlich ablehnen.

Lehmeyer-München: Kollege Kraas hat zwar den Gedanken des Reichstarifes abgelehnt, aber nicht gesagt, wie es besser gemacht werden soll. Wir haben unsre Münchner Kollegen gefragt, ob sie lieber in 10 Jahren das Rätesystem wünschen oder momentan eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage. Sie wünschten das letztere.

Wolter-Berlin wendet sich gegen Lehmeyer-München, der der Opposition Auffassungen unterstellt, mit denen sie nicht das Geringste zu tun hat. Er betont daß den Gewerkschaften gerade unter dem Rätesystem die wichtigsten Aufgaben zufallen. Wir wollen, daß sie sich über ihren jetzigen engstirnigen Standpunkt erheben und ihrer Aufgabe als Klassenkampforganisation gerecht werden.

Beyer-Leipzig bespricht die Vorkommnisse bei dem Streik in Leipzig und rechtfertigt das Vorgehen der Ortsverwaltung. Das Auftreten unsres Gauleiters hat uns an der besseren Ausnutzung der Lage gehindert.

Nupprecht-Würzburg wendet sich gegen Wolter-Berlin und dessen Darlegungen über das Rätesystem. Die USP. hat in verschiedenen Städten Bayerns die Mehrheit. Wer hindert sie dort, die städtischen Betriebe zu sozialisieren?

Rieger-Karlsruhe: Wir in Karlsruhe haben nicht die geistigen Kräfte, um das durchzuführen, was die Berliner Kollegen erstreben. Für den Reichstarif treten wir ein, da er für die Provinz Vorteile bringt.

Graßmann (Gewerkschaftsbund): Tarife sind Waffenstillstandsverträge zwischen den beiden Kontrahenten. Die Tatsache, daß die Unternehmer für diese Zeit ein gewisses Gefühl der Sicherheit hatten, hat sie für Tarife geneigt gemacht. Gewiß, die Kapitalistenklasse ist während dieser Zeit reicher geworden, aber ebenso sicher ist, daß sich die soziale Lage der Arbeiter gebessert hat. Die großen Städte können sich wohl eine Zeitlang Sondervorteile verschaffen, sie können sie aber auf die Dauer nicht halten, wenn nicht auch in andern Orten die Verhältnisse angepaßt werden. Diesen Zweck erfüllen die Tarifverträge. Wir können nicht bei jeder Gelegenheit mit dem Generalstreik drohen, sonst folgt uns niemand mehr. (Zustimmung, besonders bei der Opposition.) Die Opposition verurteilt die Tarifgemeinschaften und sagt uns nur, an deren Stelle müßte der Zusammenschluß aller Arbeiter erfolgen. Es entsteht dann die Frage „was dann?" Dann müssen wir uns wieder zusammensetzen und mit dem Unternehmertum verhandeln. Des weiteren bespricht Graßmann das Verhältnis zwischen den Gewerkschaften und den Betriebsräten. Die Gewerkschaften müssen es ablehnen, die Produktion zu übernehmen.

Moritz-Berlin: Ein Reichstarif ist bei der Verworrenheit der ganzen Arbeitsverhältnisse eine Unmöglichkeit. Die Berliner haben wiederholt in diesem Sinne beschlossen. Auf Grund dieser Entscheidung hat der Verbandsvorstand dann die Berliner von den Verhandlungen ausgeschlossen, nachher aber doch den Reichstarif auch für Berlin gültig abschließen wollen. Dagegen haben wir uns gewehrt. Nachher haben wir uns wohl oder übel mit den Verhältnissen abgefunden und dem Reichstarif auch für Berlin zugestimmt. Wenn der Reichstarif schließlich doch nicht zustande kam, so lag das an dem Widerstreben des Unternehmertums.

Bell-Köln: Die Berliner haben durch ihre Weigerung, an den Reichstarifverhandlungen teilzunehmen, erst den Widerstand der Unternehmer geweckt. Der graphische Bund hat uns schon manche Dienste erwiesen, wir müssen ihn natürlich noch ausbauen. Das Auftreten der Opposition hat meinen Erwartungen nicht entsprochen. Politik kann nicht von den Gewerkschaften ferngehalten werden, aber es wäre mir angst und bange, wenn ich mich in meinem Gau mit 26 verschiedenen Gruppen herumschlagen müßte. Die Lohnfrage ist heute die einzige Frage, die unsre Mitglieder interessiert. Wir wollen denselben nicht Theorien bieten, sondern praktische Arbeit leisten.

Hornke-Schlesien befaßt sich mit der Reichstariffrage und gibt den Berlinern Schuld an dem negativen Resultat. Sie haben sogar schon mit dem Austritt aus dem Verband gedroht, während umgekehrt Kollege Pucher mit Nachdruck gerade für Berlin eingetreten ist.

Behrendt-Leipzig (Gauleiter) befaßt sich mit den gegen ihn erhobenen Vorwürfen. Er habe, soweit ihm das möglich war, allen Wünschen der Zahlstellen entsprochen. Die Provinzkollegen interessieren sich meistens nur für die Leib- und Magenfrage, für theoretische Probleme haben sie kein Verständnis. Im einzelnen schildert er die Vorgänge, die man ihm zum Vorwurf macht. Insbesondere habe er keine Aeußerung getan, die so gedeutet werden könnte, als ob er die Kollegen, die sich an den Kämpfen während des Kapp-Putsches beteiligt haben, ins Gefängnis bringen wollte.

Graßmann (Gewerkschaftsbund): Die Gewerkschaftsführer haben die Kriegskredite nicht begeistert bewilligt, sondern nur unter dem Eindruck des Ueberfalles Deutschlands durch die Feinde. Diese wollten uns aber keinen anständigen Frieden gewähren, deshalb mußten auch in den späteren Kriegsjahren die Kredite weiterbewilligt werden. Der Vorwurf, die Gewerkschaften setzen sich mit den herrschenden Klassen an einen Tisch, ist deplaziert, da es unsre Aufgabe ist, tagtäglich mit deren Vertretern in den Ministerien usw. zu unterhandeln. Die sozialen Errungenschaften Deutschlands mußten wir verteidigen, die Gewerkschaften waren immer Klassenkampforganisationen, eine entgegengesetzte Behauptung ist falsch. Seit dem 9. November ist die Menschheit nicht mit einem Male anders geworden, deshalb ist es auch nicht möglich, in 24 Stunden zum Sozialismus zu gelangen. Daß wir dem Gedanken der Tarifgemeinschaften bei dem Scharfmachertum Geltung verschafften, ist ein Erfolg des Klassenkampfes der Gewerkschaften. Die Arbeitsgemeinschaften, die vor Kriegsende gegründet wurden, haben uns Erfolge verschafft, die wir vordem vergeblich erstrebt haben. Das Ziel der Ueberführung der Produktionsmittel in den Gemeinbesitz ist auf Grund der vollständigen Erschöpfung unsrer Volkswirtschaft zur Zeit nicht möglich. Unser Wirtschaftsleben kann nur wieder in Gang kommen, wenn es durch ungeheure Mengen Kapital befruchtet wird, das aus dem Auslande kommen muß. Graßmann appelliert an die gegenseitige Einsicht und plädiert für eine Verständigung der streitenden Richtungen. (Lebhafter Beifall.)

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

Ein Landesverrats- und Spionageprozeß fand vor dem vereinigten 2. und 3. Strafsenat des Reichsgerichts statt. Angeklagt waren vier Personen, die seit einem Jahre in Untersuchungshaft gesessen haben, nämlich 1. der 33 Jahre alte Bäcker Karl Gerhardt aus Hamburg, geboren in Hannover, zuletzt Freiwilliger bei der Polizeikompanie in Mitau; 2. der 22 Jahre alte Student und spätere Kaufmann Paul Gericke aus Hamburg, zuletzt Freiwilliger bei der Polizeikompanie in Mitau; 3. der 21 Jahre alte Schreiber Heinrich Pauser aus Hamburg; 4. der 25 Jahre alte Schachtmeister Heinrich Dovermann aus Düsseldorf, geboren in Aachen. Nach dem vom 1. Strafsenat am 31. Mai 1920 erlassenen Eröffnungbeschluß waren die Angeklagten hinreichend verdächtig, sich des teils vollendeten, teils versuchten Hochverrats schuldig gemacht zu haben, indem Gerhardt, Gericke und Pauser von Januar bis Juli 1919 während des noch nicht abgeschlossenen Krieges, im Inlande zwei Spionen einer feindlichen Macht, den Brüdern Stefan und Franz Dovermann, Beistand leisteten. Heinrich Dovermann endlich war des versuchten Landesverrats beschuldigt, den er dadurch begangen haben soll, daß er seinen Brüdern, die, wie er wußte, Agenten einer feindlichen Macht waren, Beistand leistete. Die Oeffentlichkeit war für die ganze Dauer der Verhandlung ausgeschlossen. Es wurden verurteilt: Heinrich Dovermann wegen versuchten Landesverrats nach §§ 89 und 90, Abs. 5, zu 2 Jahren 6 Monaten Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust unter Anrechnung von 8 Monaten Untersuchungshaft; Gerhardt wegen versuchten Vergehens gegen § 2 des Spionagegesetzes vom 3. Juni 1914 zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft; Gericke wegen versuchten Vergehens gegen § 2 des Spionagegesetzes in Tateinheit mit Vergehen gegen § 4 der Bundesratsverordnung vom 3. Mai 1917 (Bestechung) zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 10 Monaten Untersuchungshaft; Pauser wegen Vergehens gegen § 4 der Bundesratsverordnung vom 3. Mai 1917 (passive Bestechung) zu 3 Monaten Gefängnis, durch die Untersuchungshaft verbüßt.

Landgericht.

Eine Diebesgesellschaft. Um die Jahreswende wurden in der weiteren Umgebung von Leipzig eine Reihe von Einbruchsdiebstählen verübt. Dabei wurden in Zöpen, Pomßen, Lützen, Rötha, Gröbamühle und andern Orten Schweine, Schafe, Gänse, Enten, Kaninchen, ein Posten Felle und zwei Posten Kleidungsstücke gestohlen. Wegen der Diebstähle, Beihilfe und Hehlerei hatten sich vor der Ferienstrafkammer fünfzehn Angeklagte zu verantworten. Drei davon waren nicht erschienen, deshalb mußten auch noch zwei weitere Fälle abgetrennt werden, so daß gegen zehn Angeklagte verhandelt wurde. In den meisten Fällen wurde der Einbruch durch den russischen Kriegsgefangenen Osig Krasowski ausgeführt, dem der Händler Karl Huke versprochen hatte, alles gestohlene Gut zur Veräußerung abzunehmen. Die Angeklagten gaben im allgemeinen die ihnen zur Last gelegten Straftaten zu. Nur ein Kraftwagenführer konnte durch einen als Zeugen vernommenen Kriminalwachtmeister seine Unschuld beweisen; er wurde denn auch freigesprochen. Krasowski machte durch den Dolmetscher zu seiner Verteidigung geltend, daß er nicht in die Heimat befördert werde, keine Nahrung und Wohnung gehabt habe und darum aufs Stehlen angewiesen sei. Ein weiterer russischer Kriegsgefangener, Wasili Witnow, der sich an dem Felddiebstahl beteiligt hatte, beteuerte, daß er in den sechs Jahren seiner Gefangenschaft sich nichts habe zuschulden kommen lassen, nun aber nach Hause wollte.

Das Gericht verurteilte nach eingehender Beratung die Angeklagten Osig Krasowski zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Walli Witnow zu zehn Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, Ernst Koschke zu einem Jahr zwei Monaten Gefängnis, Karl Huke zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust, Max Huke zu sieben Monaten Gefängnis, Kurt Huke zu zehn Monaten Gefängnis, Elsa Huke zu zwei Wochen Gefängnis, Gustav Otto Hanke zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und Willi Walter Günther zu zwei Monaten Gefängnis.

Schöffengericht.

Die kleinen Sünder hängt man. Ein Gang durch die Stadt, eine Besichtigung der Lebensmittelgeschäfte wird jedermann darüber belehren, in welchem Maßstabe die Schwarzschlachtungen betrieben werden. Die Strafbestimmungen haben auf den Betrieb für den Schleichhandel keinen merklichen Einfluß ausgeübt, die kleinen Leute aber werden hart getroffen. — Der Bauarbeiter M. in Knautkleeberg hatte im März ein Ferkel gekauft, um es sich großzufüttern. Im Mai wollte aber das Tier nicht mehr fressen und fiel trotz redlicher Bemühungen bei der Fütterung eines Tages am Trog um. Der hinzugerufene M. tötete daraufhin das Tier, das etwa 20 Pfund wog, ließ es ausschlachten und zu Wurst verarbeiten. Die Sache wurde angezeigt, die Wurst beschlagnahmt und M. erhielt einen Strafbefehl über 500 Mark (!!), gegen den er Einspruch erhob. In der Verhandlung vor dem Schöffengericht mußte M. zugeben, daß er das Ferkel ohne Schein gekauft, die Schlachtung nicht gemeldet und das Fleisch dem Kommunalverband nicht angeboten hat. Mit Rücksicht auf den geringen Wert setzte das Gericht die Strafe auf 50 Mk. herab; die Beschlagnahme wird aufrechterhalten. Nach den Angaben des Angeklagten ist die beschlagnahmte Wurst dem Verderben preisgegeben.

Doppelt gestraft. Am 4. März fand in der Kleinen Fleischergasse ein Stubenbrand statt, der von der herbeigerufenen Feuerwehr unterdrückt wurde. Die Händlerin N. hatte in dem Zimmer Fläschchen in Holzwolle verpackt und zum Versand fertiggemacht. Am frühen Morgen hatte sie den Kehricht in den Tonofen gesteckt und angezündet. Während die Händlerin auf kurze Zeit das Zimmer verließ, war ein Funke nach dem nahestehenden Packtisch übergesprungen und hatte die Holzwolle entfacht. Trotz der hinzukommenden Hilfe ist das Zimmer ausgebrannt; außer der Zimmereinrichtung wurde die Ware und über 500 Mk. Bargeld vernichtet. Die Händlerin war nicht gegen Feuer versichert. Zu dem Schreck und dem Schaden erhielt die N. noch einen Strafbefehl über 60 Mk. wegen fahrlässiger Brandstiftung. Sie hätte den Tisch nicht so nahe an den Ofen stellen dürfen, kein Feuer anzünden sollen oder doch dabeibleiben müssen, bis es abgebrannt war. Nach diesen Feststellungen kam auch das angerufene Schöffengericht zu einer Verurteilung, setzte aber die Strafe auf 30 Mk. herab.

Von Nah und Fern.

Ein großer Schmuggelversuch des Münchner Bonifaziusklosters.

Der Ueberwachungsstelle für Kapitalabwanderung in Berlin war zur Kenntnis gelangt, daß durch Vermittlung eines Berliner Kommerzienrats mit der Uebersiedlung eines bayrischen Klosters nach der Schweiz hohe Werte verschoben werden sollten. Die Kriminaloberwachtmeister Pusch und Faber begaben sich daraufhin sofort nach München, wo sie feststellten, daß das dortige Bonifaziuskloster den Antrag gestellt und auch die Erlaubnis erhalten hatte, nach der Schweiz auszuwandern. Das Kloster wurde beobachtet und bald stellte sich heraus, daß sein Leiter, der Pater Gabriel, mit zwei Kunsthändlern in München, dem im Bamberger Hof wohnhaften Kunsthändler Brand und dem im Hotel Stadt Wien abgestiegenen Kunsthändler Daun in sehr reger Verbindung stand. Als der Umzugstag dann gekommen war, fuhren große Plattenwagen aus dem Kloster nach dem Zollhof. Sie waren mit Umzugsgut aller Art, Matratzen, Sofas und andern Möbelstücken hochbeladen. Pater Gabriel fand sich selbst auf dem Zollhof ein, um die Deklarierung des Gutes vorzunehmen. Von den Zollbeamten wurde das Gut nach ober-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200722/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

flüchtiger Besichtigung freigegeben und dann in Eisenbahnwagen untergebracht. Der Transport ging zunächst nach Lindau am Bodensee. Als das Gut dort ankam, hielten es die Berliner Beamten für angebracht, die Ladung einmal genauer zu untersuchen. In den Kisten, die der Kunsthändler Brand dem Kloster übergeben hatte, fanden die Beamten außer andern wertvollen Kunstgegenständen **kostbare Gemälde**, darunter einen Raffael, „Die Madonna mit dem Jesuskind und Johannes dem Täufer.“ In den Matratzen eingenäht wurden weiter **viele Aktien mit Zinsscheinen sowie Schecks über 800 000 Mk.** vorgefunden. Eine Kiste, die nach der Zolldeklarierung Maschinenteile enthalten sollte, barg **wertvolles Kirchengerät**, das ebenfalls von den Kunsthändlern in Deutschland aufgekauft worden war. Den Raffael, der einen Wert von etwa 6 Mill. Mark hat, hatte Brand von Angehörigen der Fürstlich Puttbusschen Familie ohne Wissen des eigentlichen Besitzers gegen einen Schuldschein über 2 Mill. Mark erworben. Zwischen dem Kunsthändler und dem Pater Gabriel war das Abkommen getroffen worden, den Gewinn durch den Verkauf des Kunstwerks untereinander zu teilen. Man hoffte, daß das „Geschäft“ für jede Partei **mehr als eine Million** bringen würde. Alle Sachen wurden jedoch von den Beamten **beschlagnahmt** und der Pater sowie der Kunsthändler festgenommen. Wie weit der Berliner Kommerzienrat an dem großen Grenzschmuggel beteiligt ist, bedarf noch der Aufklärung. Der Pater Gabriel gab bei seiner Vernehmung zu seiner Entschuldigung an, daß er durch Einkäufe für ein Nonnenkloster große Verluste erlitten habe und daß er den erhofften Gewinn dazu benutzen wollte, diese Verluste für sein Kloster wieder zu decken.

Briefkasten der Redaktion.

S. S. 1. Ja. 2. und 3. Wenden Sie sich an das Arbeitersekretariat, Gerberstraße 1. — 1 Mk. für die Parteikasse.

H. G., Schön. Zentralverband der Handlungsgehilfen, Braustraße 17.

R. K., Zschornegosda. Wenn der Entlassungsanzug ⅔ seines Tragwertes besitzt, sind die Ansprüche erloschen.

Otto S. 44. Da wir den Wortlaut der Beschlüsse nicht kennen, ist es schwer, Ihre Frage zu entscheiden. Auf alle Fälle kommen aber nur die Verpflichtungen in Frage, die Sie bei Uebernahme des Landes eingegangen sind, oder denen Sie sich durch Zustimmung unterworfen haben. Weitergehende Ansprüche können Sie zurückweisen.

Bruno N., Leutzsch. Unseres Erachtens hat der Inhaber kein Recht, höhere Sätze zu fordern.

Z., Liebertwolkwitz. Wenden Sie sich um Auskunft an Ihre Gewerkschaft.

R. R., Taucha. Von einer derartigen Anfrage ist uns nichts bekannt.

A. Ba. Das ist eine Sache des Vormundschaftsgerichts, das sich aber schwerlich darauf einlassen dürfte.

M. F. Da Sie nicht ausgesteuert sind, muß die Unterstützung sofort bei Arbeitsunfähigkeit wieder eintreten.

B. 19. Sie müssen es auf eine Klage ankommen lassen.

K. K. 1. Für jede neue Klage muß das Armenrecht erneut angefordert werden. 2. Wenden Sie sich an die Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts. — 2 Mk. für die Parteikasse.

K. 245. 1. Die überschießenden Kosten müssen Sie selbst tragen. 2. Machen Sie die Forderung bei der Kasse geltend.

Steuern 141. 1. Ein Mahnzettel hat Gültigkeit. 2. Das Geld müssen Sie zurückerhalten. 3. Nachträglich kann der Anspruch nicht geltend gemacht werden.

R. B. Nein.

M. 102. 1. Ja. 2. Den Vormund bestimmt das Vormundschaftsgericht.

E. R. 15. 1., 2. und 3. richtet sich nach den Lebensverhältnissen der Mutter. 4. Nein. — 1 Mk. für die Parteikasse.

J. S., Lindenau. 1. und 2. Bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres.

A. S. 38. Wenden Sie sich an das Telegraphenamt. — 50 Pfennig für die Parteikasse.

L. M. Die Anstalt ist haftbar.

K. L., Neuschönefeld. Die Abfindung richtet sich nach den Familienverhältnissen. Wenden Sie sich ans Unterstützungsamt.

E. F., Naunhof. Das richtet sich nach den getroffenen Vereinbarungen.

Spichernstraße 1 b. Wenden Sie sich an die Polizeiwache Ihres Bezirks.

K. R. Sie können den Kauf rückgängig machen.

M. M. Die Karte darf nicht einbehalten werden.

K. D. 20. Wenden Sie sich an die Eisenbahnverwaltung in Leipzig. — 1 Mk. für die Parteikasse.

N. Z. Anonyme Zuschriften berücksichtigen wir nicht.

L. O. A. 12. Rufen Sie das Mieteinigungsamt an.

K. R., Plagwitz. Wenden Sie sich an das Mieteinigungsamt.

R. K. L. 4. 1. bis 4. Die Ansprüche werden nach den Lebensverhältnissen der Mutter festgesetzt. Wenden Sie sich an den Vormund des Kindes. 5. Nein. 6. Nein. — 2 Mk. haben wir überwiesen.

F. S. 19. Gewerbeamt der Stadt Leipzig.

R. L. Es wird nichts abgezogen.

E. 100. In Leipzig-Gohlis, Kaiser-Friedrich-Straße 34. Wegen Dresden müssen Sie sich nach dort wenden.

E. S. 35. Wenden Sie sich an die Hamburger Volkszeitung, Hamburg, Friedensstr. 2.

Erben. Ist im Nachlaß nicht mehr als das Hausinventar vorhanden, so erhält der überlebende Ehegatte den Nachlaß allein. Den übrigen Teil erhalten je zur Hälfte der Ehegatte und die Eltern und Geschwister des Verstorbenen, wenn kein Testament vorliegt.

L. S. 100. Nein. Nur wenn dem Lehrherrn schriftlich der Uebertritt zu einem andern Berufe erklärt wird.

E. H. 100. 1. Sie haben Anspruch auf die Unterstützung. 2. Parteisekretariat Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. 3. Wo Sie Ihre versicherungspflichtige Beschäftigung haben. — 50 Pfg. für die Parteikasse.

A. H., Leipzig. Die Kündigung ist nur für den Schluß des Kalendermonats zulässig. — 1 Mk. für die Parteikasse.

E. N., Großzschocher. Wenden Sie sich an eine größere Buchhandlung.

F. C. N. Wir bedauern, keinen Brief erhalten zu haben und können nicht empfehlen, Geld dem Briefe beizulegen, da die Auskunft unentgeltlich erfolgt. Wiederholen Sie Ihre Fragen.

A. B. C. 1. Soweit es sich um den Abschluß eines neuen Mietvertrages handelt, müssen Sie sich mit dem Mieteinigungsamt in Verbindung setzen. 2. Eine gütliche Auseinandersetzung ist vorzuziehen. Nach Ablauf der Kündigung, die sich nach der Zahlungsweise richtet, müßte die Zwangsvollstreckung beantragt werden. — 1 Mk. für die Parteikasse.

P. C. 15. Wenn Sie mehr als 50 Mk. wöchentlich verdienen, ist ein Abzug von 10 Prozent berechtigt.

M. E. Ihre Darstellung ist nicht erschöpfend. Wenden Sie sich am besten mündlich an das Arbeitersekretariat, Gerberstraße 1.

K. M., Gohlis. Darauf kann auf Zuchthausstrafe erkannt werden. — 1 Mk. für die Parteikasse.

E. H. 15. Im Ihrem Falle wird eine Anzeige, die sich auf eine Verordnung aus dem Jahre 1834 stützen müßte, wohl kaum von Erfolg sein.

Max S. 27. Wir können uns auf derartige Empfehlungen nicht einlassen. — 2 Mk. für die Parteikasse.

B. M. 38. Wenn die Gehaltszahlung nach dem 25. Juni erfolgte, besteht der Abzug zu Recht.

T. M. 4. Wenden Sie sich an den Verein Ansiedlung Ost, Tauchaer Nr. 24.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt

Zwecks Beobachtung in Ehesachen wird eine Person ges. Off. u. M. 10 a. d. Exp. d. Bl.

!! Für die Schweiz !!
Gesucht zum sofort. Eintritt tüchtigen, gewissenh., selbstd.
Rezitateur und Stimmer
für elektrische Pianos u. Orchestrions aller Systeme, hauptsächlich Philipps, der die Aufsicht über die Ateliers führen kann. Alter ca. 30 J., angenehme, dauernde Stelle. Ausführliche Offerten und Angaben bisher. Tätigkeit, Gehaltsansprüche, Referenz., Photographie sofort an
A. Emch, Pianohandlung, Montreux, Schweiz, Genfer See.

Fl. Zigarrenarbeiterin sucht sofort Besch. Steinstr. 43, IV.

Zum 1. Sept., auch früh.* **Köchin o. Stütze** perf. im Kochen, Back. etc. bei hohem Lohn gesucht Mit Zeugnissen z. meld. Windmühlenweg 22, p. l.

Per 1. August, evt. p. sofort suche ich eine **perfekte Köchin** welche etwas Hausarbeiten mit übernimmt. Guter Lohn u. gt. Behandlung zugesichert. Frau Schwarz, Weinhaus Naumbg. S. Dechantsgrund 2

Gr. ehrl. Schulmädchen ges. Reudnitz, Mühlstr. 21, III. l.

Verkäufe

Ia. geräuch. Speck Pfund 20 Mk. Albertstraße 7, Laden.

Rauchtabak in 50 u. 100 Gramm-Paketen pro Pfund **22 Mk.** Tabak-Großhandlung **Arthur Grützner, Leipzig, Dresdner Straße 41, II.** Telephon 61 193. *

Rauchtabak, Pfd. 23.— u. 27.50 Freiberg, Roßmarktstr. 12, II.

Rauchtabak * gar. rein, ca. **100 gr 5.00 Mk.** Elsterstr. 3 u. Gerberstr. 40

Tapeten à Rolle v. 1.50 an R. Körner, Ellsenstraße 54 Ecke Körnerstr. *

Schuhwaren solid u. elegant kauf. Sie bei **Christian Eichel,** Kleinzschocher, Dieslaustraße 11. Eigen. Reparaturwerkstatt. *

Für Händler und Hausierer! 1 Post. Macco-Schnürbänder 1 Post. Fiber-Schrubber und Wäscheklammern sehr billig abzugeb. Breitkopfstr. 14, pt. r.

Mehrere Jackettanzüge vk. Windmühlenstraße 33, I.*

3 Jackett- u. 2 Gehrock-Anzüge guterh., vk. Lange Str. 10, I.*

Gehrock- u. Frackanzüge verk. Windmühlenstr. 33, I.*

Anzug, g. Stoff, guterh., 220 ℳ, H.-Pelzkrag. 90 ℳ, w. Hut 24 ℳ Mahlmannstr. 11, H. II. r. 4-6 U.

Manchester-Hosen · Manchester-Sporthosen auch für starke Figur verkft. L.-R., Frommannstr. 12, Lad.

Billig Mod. Kostümröcke 65 Mk., Kostüme, Schuhe, * Ranstädter Steinweg 26, I. l.

H.-Strickjacke, Mil.-Mantel u. klein. Hund (Fuchspitz) zu verk. Hildegardstr. 39, II. lks.

Cloth Aermelfutter, Berliner Str. 18*

Gr. Auswahl Ia. Macco-Trikot-**Hemden** 38.—, 43.—, 44.—, 47.—, m. elg. Einsatz 42.—, 54.—, 55.— **Hopfe, Hohe Str. 36, III.**

1 Posten umgepreßte **Herrenhüte** fast wie neu Stück für 30 Mk. zu verkauf. Hutpresserei Grimmaischer Steinweg 8, Hof rechts. *

Velourhut, schwarz, Gr. 54, bill. z. vk. Dreilindenstr. 24, pt. l

Kürschner! Verkaufe Watte, Felle usw. auch Bank mit Eisen. Connewitz, Döltzer Straße 24, II.

Bettwäsche, weiß u. bunt, neu u. gebraucht, Bettlich., Handtüch., Wischtüch. bill. Lt., Odermannstr. 4, p. *

2 × Bettwäsche, neu, 400 ℳ, Bettlich., Handtüch., bill. Frau Leuschner, Bayersche St. 42, II. l.

Neue lein. Bettbezüge, bunt, m. Kiss. 190 ℳ, rein lein. Bettlich. 100 ℳ, Stoff f. Oberh. u. Blus., gestreift, m. 25 ℳ, H.-Unterhos., Köper, St. 29 ℳ, u. Wischtücher verk. Reudn., Lilienstr. 19, p. l.

2 × b. Bettzeug, 1 gebr. Inlett Pl., Lauchstädter Str. 31, III. l.

Nußb.-Schrk. u. Vert. 750, Bttst. m. M. 140, Chais., versch. Möb. Weiser, Berliner Str. 60, I.*

Kleiderschrank in Form eines Vertiko verk. Plag., Naumburger St. 35, I. l.

Schrk., Bettst. m. M., Waschtt., gr. Spiegl., Fdb. Apostelstr. 13.

Wegzugshalber kompl. Küche, Sofa, 1tür. Kleiderschrank zu verkaufen Lind., Klopstockstraße 12, p. r.

6 gute Stühle, Kommode verkauft Körnerstraße 14, part.

Gbr. Plüschsofa, Bettst. m. M., Tisch, Federb., 2fl. Gas., Gaslampeb. z. vk. Zeitzer St. 38, II. l.

Chaiselong. m. echt. Bez. 160 ℳ, □ Tisch, nußb. Vertiko 250 ℳ verkauft Turnerstraße 12, p. l.

Plüschsofa, Schrk., Bttst. m. M. Kommode vk. Ewaldstr. 17, p.

Plüschsofa, guterh., z. verk. Kirchstr. 20, l. r.

Reiner Uebersee-Blätter-Tabak!
Grobschnitt 100 Gramm Mk. 5.50
Mittelschnitt 100 Gramm Mk. 4.70
Gratisprobe jedes neuen Kunden ist gestattet ohne Kaufzwang. Zwecks Sohlenersparnis meiner werten Kundschaft im Osten ab heute neue Verkaufsstelle: Eisenbahnstraße 3.
Beyers Tabakhaus, Nürnberger Strasse 40.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt!

Fahrräder 1. Mark an neu u. wie neu vorgericht., für Herren, Dam. u. Kinder **Decken u. Schläuche** Riesenausw., allerbill. Pr. **Beyer** Ranstädter Steinweg 33.

GEBRÜDER Goske
Windmühlenstraße 4—12 :: Johannisplatz

Brasil-Bruchreis	Pfund	**4.30**
Rangoon-Vollreis	Pfund	**5.75**
Rangoon-Bohnen	Pfund	**1.25**
Gelbe Erbsen	Pfund	**1.55**
Grüne Erbsen	Pfund	**1.90**
Geschälte gelbe Erbsen	Pfund	**1.60**
Haferflocken	Pfund	**2.25**
Hafermehl	Pfund	**3.25**
Vollfetter holländischer Käse	Pfund	**14.50**
Einlege-Gurken (eintreffend)	Mandel	**2.90**
Röthaer Apfelmus	in ¹/₁ Pfund-Dosen	**2.85**

Wieder frisch eingetroffen:

Kakao garantiert rein	Pfund	**16.00**
Schokolade Block 100 gr **4.20**	Pfund	**20.00**

Deutsche Feinseife 500, 3.75 | Deutsche Kernseife Dopp.-Riegel 9.00

Reisegepäck-Versicherung
gegen Diebstahl, Einbruch, Feuer usw., sofort in Kraft tretend, je 1000 Mk. nur 5 Mk. Prämie.

Sofa, Komm., Wascht., Stühle Tisch Vo., Natalienstr. 19, p. l.

Sofa billig zu verkaufen. Plaßendorfer Straße 10, 5. l.

Küchensofa, guterhlt., 200 ℳ, Lind., Odermannstraße 4, pt.

2 Bettstellen m. M., Auszugtisch verkauft Turnerstr. 7, I.*

2 gew. Eisenbett. m. Aufl.-M., sehr billig Crusiusstr. 2, pt. r.

2 Bettstell. m. Matr., à 250 ℳ z. vk. Neuschö., Konradst. 23b, l.

Engl. einf. Bettstell. m. M. 160, Schrank, Vertiko, Regulator, rot. Plüsch-Sofa, hochfein, vk. bill. Sternwartenstr. 48, I. l.

Kind.-Reformb. m. saub. M., 160 ℳ, gr. Bettstell. m. Matr. 170 ℳ verk. Turnerstr. 12, p. l.

Gr. Kinderbettstll. m. M. z. vk. Anger, Spichernstr. 2a, III. M.

Nachlaß-Restverkauf. 2 Bettst. m. M., Sofa, Vertiko, Spiegel m. Schrank, Tische u. versch. Freitag, d. 23. v. 1-5 U. nachm. Dimpfelstraße 40, II. l.

Bettstelle m. Matratze 180 ℳ, Federdeckbett 180 ℳ, fast neue Rundschiff-Nähmasch. 600 ℳ verk. Bayersche Str. 42, II. lks.

Grammophon m. Platten vk. Leutzsch, Grenzstraße 14, II. l.

Nähmaschine, f. neu, verk. bill. Kappe, Nürnberger Str. 11.*

Nähm. vk. Sidonienstr. 47, III. l.

Rundschiffsch.-Nähm., guterh., f. neu, Grammoph. m. 20 Platt. vk. Plag., Merseburg. St. 2, II. r

Herren-Rad, neu, leicht und dauerh., verk. v. abds. 7 U. an Möck., Landwehrstr. 4, pt. M.

Herr.-Rad, f. neu, b. z. vk. Kohlgartenst. 67, Schokolad.-Gesch.

Herr.-Rad, guter Gummi, bill. z. verk. Marlannenstr. 52, I. r.

Herren-Rad, fast neu, billig zu verk. Lutherstr. 18, III. lks.

Herr.-Rad, Freilf., Gu., Ku.-Rad o. Gu. bill. Burgstr. 9, IV.

Rad, f. neu, pa. Gu. u. Freilauf l. bill. vk. Nostitzstr. 27, III. M.

2 feine Fahrräder verkft. Trödl. Markt 2, IV. *

Dam.-Rad m. Gummi z. vrk. Paunsdorf, Albertstr. 18, pt.

Decken u. Schläuche verk. bill. Nonnenstr. 56, II. l. *

Decken u. Schläuche Decke 100 ℳ, Schlauch 28 ℳ, Gr. Fleischergasse 22, Laden. *

Felle-Einkauf. Trotz rückgängiger Konjunktur bin ich nach wie vor Käufer sämtlicher Sorten roher Häute und Felle zu Tagespreisen. **Albin Wagner,** Querstraße 27. *

Kinderwagen, 430 Mk., verk. Möckern, Laubestraße 10, p. l.

Kinderwag., hell, bill. z. verk. Plagw., Nonnenstr. 22, H. l.

Kdrwg. billig Bergstr. 11, l. r.

Korbkinderwag., elg., gelb, u. Klappsportw., Kinderstühlch. Kinderkorb m. Gestell b. z. vk. Plagw., Merseburg. St. 2, II. r.

Kindersportwg. m. Gu.-Reif. 50 ℳ. Lind., Odermannstr. 4, p.

2 Klappwagen m. u. o. Verd., 2 P. guterh. Schuhe, Küchenregal z. vrk. Moltkestr. 32, l. r.

Sitz- u. Liegew., gth., z. vk. v. 9-1 Hantzgesch. Otto-Schill-St. 1.

Kinderklappstuhl, guterh., z. vk. Neustadt. Meißner Str. 2, p.

2rädr. u. 4rädr. Federhandw., f. n., vk. b. Lt., Reuterstr. 18, I. l.

2- u. 4rädriger Handwagen billig Lind., Burgauenstr. 15.

Waschwannen, Waschbretter bill. Körnerstr. 2, Böttcherei.

3-flamm. Gasuhr, 2-flamm. Kocher vk. Kochstraße 27, I. l.

Foxterrier, sch., geä., 8 Wch., u. Schäferhund, 10 Wch., l. billig z. vk. Plgw., Merseb. Str. 2, II. r.

Kaufgesuche

Schrebergt. in L.-Anger zu kaufen gesucht. Off. O. 12 Exped. d. Bl., Tauchaer Str.

Sämtliche Herrengarderobe, getragene u. neue, Militärsachen, Leihhausscheine kauft Hahn, Lange Straße 10, I.*

Sämtliche Herren-**Garderobe,** Militärsachen, Wäsche kft. **Wadewitz,** Windmühlenst. 33, 1 neben Astoria *

Herren-Garderobe, Militär-Sachen, Schuhwerk, Wäsche, Leihhausscheine kft. Klink, Rankische Gasse 6, part. *

Guterhaltene Herren-**Garderobe** Militär-Sachen, Schuhe, Leihhausscheine, Wäsche kauft **Fritzsche,** L.-Reudn., Frommannstr. 12, Laden.*

Alle Art. **Wäsche** neu und gebraucht Herren- u. Damengarderobe, Leihhausscheine, Gold- und Silbersachen z. kaufen gesucht **Glaser** Ranstädter Steinweg 46. Tel. 1312.*

Bettwäsche, neu u. alt, Wäsche aller Art kauft reell Kummer, Mittelstr. 13, I. *

Kriegsgetraute kauf. besseres **Schlaf-Zimmer.** Ang. unter G. V. Filiale d. Bl., Zeitzer Str. 32.

Bettstelle m. M., Kldschrank Bettw. f. Bayersche Str. 42, II. l.

Bettstelle mit Matratze Spiegel, Wäsche u. Kldschrank Kommode, Tisch u. Stühle k. **Berger** Bayersche Str. 24, Telephon 15475. *

Klappsportwagen mit und ohne Verdeck zu kauf. gesucht Zahle höchste Preise. Plag., Merseburger Straße 2, II. r.

Tafelwage, gebr., zu kaufen gesucht Lt., Queckstr. 23, III. l.

Vermischte Anzeigen

Verl. 17. 7. Fochstr., E.-Manst., Hltst. 5, Nürnb. St., Windmw. g. Brosche, g. Bel. abz. Fochstr. 8

Verl. d. a. 20. 7. ½3 U. nachm. a. Kstlhaus d. Fahrr. mitnahm. w. geb. das. g. Bel. v. 100 Mk. das. wd. abzugb. Strafrechtl. Verf. ehrenwörtl. ausgeschl.

Ausschneiden! Stets erfolgreicher **Rechtsbeistand** Alim.-, Ehe-, Erb-, Straf-, Steuers., Ges., Testam. usw. **Friedr. Pfefferkorn** Go., Landsberger Str. 24 Linie 6. — Sprechz. 1—6.*

Rechtsbureau Leipzig-West Prozeßvertret., Uebern. von Straff., Ehes. usw., Gnadengesuche, Testamente. * **O. Dimmroth, L.-Lind.,** Kulturmstr. 4 — Tel. 33487.

Kammerjäger Wagner wohnt Senefelderst. 11, S. I*

Möbeltransporte Hans Eitner Gegr. 1866. Leipzig, Roscherstr. 1113. **Stadt- und Fern-Transporte.** Nur gute Ausführung. Aufbewahrung. Fernruf 13500 u. 20310.

Wohnungen

Solider Arbeiter sucht einfache Schlafstelle, mögl. Osten. Off. u. N. 11 a. d. Geschäftsst. d. Z.

Aelterer Mann, Arbeiter sucht leere Stube. Off. unt A. B. Exp. Odermannstr. 1

2 leere Zimmer m. Kochgel. sucht Kaufm. m. Mutt., ruhige Mieter. Off. L. V. Exped. d. Bl

Dentist Erich Schmerel von der Reise zurück! Leipzig, Humboldtstraße 31. — Telephon 3172. *

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200722/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Leipziger Volkszeitung.

Feuilleton

Donnerstag, 22. Juli 1920

Die Steine.

21] Von Konrad Loele.

Bei diesem Gedanken wurde der nachdenkliche Unbehaun plötzlich von einem Grausen geschüttelt. Er sah seinen Sohn Hans, nur in der Vorstellung, aber deutlich genug. Dabei war ihm, als bestände sein Kopf aus einem Backsteinwerk, dessen Mörtel aufzuschwellen und die einzelnen Steine auseinanderzutreiben schien Aber er überwand den Schauder, indem er ihn sich zu erklären suchte.

„Wir können nicht tun und denken, wie wir wollen; alles hat seine Ursache in den umgebenden Massenteilchen des Lebens. Ich kam von den Erscheinungen des Okkultismus auf Hans, und das ist leichtbegreiflich. Wenn Hans auch nur aus grober Materie bestand, etwas von ihm ist doch noch in meiner Nähe. Daß ich mich gleich mit dem sogenannten Aberglauben befaßte, ist ebenso verständlich. Die Anschlagsäulen auf der Straße und die Zeitungen verkünden laut genug, daß man sich jetzt mehr als sonst mit ihm beschäftigt. Warum denn auf einmal diese Anteilnahme? Das große Ereignis Krieg hat die Grundmasse des europäischen Lebens verändert, die Millionen vorzeitig Aufgelöster haben diesen Glasfluß in ungewöhnlicher Weise mit neuer Schmelze angereichert, die Molekel der Toten, die ungetanen Gedanken und Taten der Toten, das heißt, die Molekel, die sich sonst an ihnen ausgewirkt haben würden, bedrücken uns, die Erhaltenen, und das Uebermaß, dem unser Kristallisationsprozeß nicht nachkommen kann, erfüllt uns mit Sehnsucht. Manche nennen diese Sehnsucht Gott, während sie doch nur ein Teil des Lebens ist. Sie bitten nichtswürdig und unklug diesen Gott sogar um Vorteile, aber nur die gesamte Erdschale des Lebens könnte zu einem Gotte beten, ja, noch nicht einmal sie. Mensch, woher nimmst du deinen Stolz und Hochmut! Hat nun nicht alles weitere Nachdenken ein Ende? Ist unser Streben nach dem Zukunftsstaat nicht unsinnig? Siehst du so aus, du Ei aus Quarz, in Idar-Oberstein geschliffen und in Indien verehrt?"

Er schüttelte den alten Kopf und wollte fast verzagen.

„Was ist der Wille? Er ist, wie ich las, aus Gefühlen aufgebaut. Die Gefühle sind körperliche Bestandteile des Lebens; der Wille besteht also aus einer gleichsinnig zu einer Kristallnadel gerichteten Reihe von Lebensmolekeln. Die Willen der Einzelnen starren einander entgegen wie Speere. Welche Kraft richtet diese Waffen? Wir wissen es ebensowenig, wie wir die Kristallisationskräfte in ihrem eigentlichen Wesen kennen. Warum sieht ein Kristall so und der andre anders aus? Wir sagen, die Gestalt der kleinsten Teile ist verschieden. Aber warum ist sie verschieden und was veranlaßt sie, sich so aneinanderzulegen, wie es geschieht? Sicher ist es eine einfache Eigenschaft der Teile, aber wir können hier nicht weiter. Wir brauchen uns von diesem Geheimnis freilich auch nicht verdrießen zu lassen. Die Kraft, die wir Willen nennen, ist die gleiche in Mensch und Stein. Der Wille muß sein, das genügt für uns, und es muß mit ihm die Einbildung der persönlichen Freiheit verbunden sein. Ohne Frage macht die Grundmasse des Lebens einen Selbstreinigungsprozeß durch, und der Stoff, das Ferment, das diese Reinigung bewirkt, kann nichts anderes sein als eben der Gedanke von der Einheit des Lebens; denn dieser Gedanke zeigt uns, wie hoch wir über den menschlichen Eitelkeiten, über dem Eigendünkel und dem Nationaldünkel, über der Geldgier und der Sünde, über Mord und Kriegen stehen könnten. Der erstarrte Aberwitz des alten Menschentums ist dieses Gedankens nicht fähig; und vielleicht ist das gut so; denn nun bleibt dieser Gedanke für das junge. Und da die Einbildung der Willensfreiheit eine dazugehörige, selbst körperliche Eigenschaft der Lebensmasse ist, müssen wir wollen, wir müssen die Ellbogen ausspreizen, wir müssen nach dem Zukunftsstaate streben."

Unbehaun war mit dem letzten Teil seiner Erwägungen nicht völlig zufrieden, aber er war erschöpft und sagte sich, daß er seine Gedanken feiner auszudrücken imstande sein würde, wenn er feiner organisiert wäre. Auf dem rechten Wege glaubte er wenigstens zu sein. „Das bist du!" sprach er laut vor sich hin, und der Spruch, den er für das Grundgesetz nur der Moral gehalten hatte, schien ihm jetzt wie ein goldner Ring um seine Biosphäre zu liegen. Einige Tage lief er mit einem feierlichen Gesicht umher.

„Jetzt habe ich es überstanden! Endlich wird das Schwere von mir abfallen. Der Wille ist da, er ist ein Bestandteil des Lebens, man muß wollen. Wenn der Gedanke von der Lebenseinheit die Menschheit durchdrungen hätte, könnten wir friedlich leben. Aber der Eigennutz ist auch da, er ist die niederste Stufe und der Anfang des Willens, nein, er ist der Wille selbst. Der Eigennutz widerstrebt notwendigerweise bis zu einem bestimmten Zeitpunkt dem Einheitsgedanken. Erst müssen die Einzelnen mit Hilfe des Eigennutzes sich ausgebildet haben, ehe sie reif für die Erkenntnis sind, daß der höchste, edelste Eigennutz in der Anwendung des Einheitsgedankens liegt. Wir müssen nun den Willen benutzen, um diese Erkenntnis in uns aufzunehmen und zu verbreiten. Aber man darf, wenn man das will, nicht für verrückt gelten. Ich bin nicht verrückt, nein, ich bin ganz gesund, aber nun muß ich kämpfen, um meine Gesundheit vor den Leuten durchzusetzen."

Er wäre sicher sofort zum Arzt gegangen; aber seine Frau hatte die Gewohnheit, ihm die Straßenstiefel und den Ueberzieher wegzuschließen. Das war ärgerlich; er mußte sich also gedulden. Diesmal nicht allzu lange; seine Frau schien selber seinem Plane förderlich zu sein.

„Christian," sagte sie, „ich habe für morgen die Scheuerfrau bestellt, das Wetter ist noch ganz schön und du solltest einmal ordentlich an die Luft. Mach also einen Ausflug, meinetwegen in deine albernen Steine, aber komme mir nicht vor Abend nach Hause."

„Gern!" freute sich Unbehaun. Sie packte ihm sogar einen Imbiß in seinen Ranzen, schrieb ihm seine Tagereise genau vor und er wunderte sich noch über die Mühe, die sie sich gegen ihre Gewohnheit mit ihm machte.

Nun stand seinem Plane nichts mehr im Wege. Am billigsten geschah die Untersuchung schließlich in der Klinik. Dann konnte er gleich noch einen Rechtsanwalt um Rat fragen.

Auf dem Anstaltshof blieb er stehen. Wenn er nur den alten Ranzen nicht mitgehabt hätte. In seiner Ausrüstung mußte man ihn ja von vornherein für mindestens wunderlich halten. Möglicherweise waren kindische Studenten da, die über ihn lachen würden. Er mußte allein mit dem Arzte sein. Keinesfalls war er hier am rechten Platze. Aber er kannte doch die Wohnung eines Privatarztes. Nur schnell, daß die Sprechstundenzeit nicht vorüber ging. Der Weg war nicht weit, ja, er war sogar viel zu kurz; es hätte ruhig weiter bis zu diesem Hause sein können, in dem er wieder zu bürgerlichen Ehren kommen wollte.

Immerhin öffnete Unbehaun ziemlich entschlossen die Haustür, stieg die Treppe hoch und klingelte hastig. Ein Mädchen wies ihn ins Wartezimmer, in dem bereits zwei Patienten saßen. Es war kühl in dem ungeheizten Raume und er fühlte, wie er zu zittern anfing. Der eine der beiden Patienten erzählte seine Beschwerden und schimpfte auf den Arzt: „Da sitzt er nun da drin an seinem elektrischen Apparat. Hören Sie, wie es summt; weiter kann er nichts. Er hält die Menschen für eine Glühlampe. Nur ein bißchen Strom durch das Gehirne geschickt, und es funktioniert wieder." Der andre sagte nichts als dann und wann ein langgezogenes, völlig ausdrucksloses Ja. Unbehaun verlor in dieser Umgebung den Mut. Das war offenbar auch noch nicht der richtige Mann für ihn. Es würde auch noch lange dauern, bis die zwei Kranken abgefertigt waren. Derweil konnte er sich draußen noch ein wenig warm laufen. Er konnte auch zusehen, ob er nicht schnell einen andern Arzt fände. Warum sollte es denn gerade dieser sein?

Und schon stand er wieder unten auf der Straße.

„Nur schnell weiter! Beim nächsten Arzt lasse ich mich bestimmt untersuchen." Der nächste wollte sich jedoch nicht gleich finden lassen. Ueberall hatte Unbehaun irgendein Bedenken, das ihn weiter trieb, bis die Sprechstundenzeit wirklich vorbei war. „Ich gehe also am Nachmittag. Es ist gut: so kann ich mir erst noch einmal überlegen, was ich alles sagen will." Sein Säumen schien ihm ein wahres Glück. Er konnte nun erst den Ausflug machen, die Oktobersonne kam wie gerufen durch den Nebel. Wohin wollte er nur gleich? Nein, das war zu weit. Es gab auch andre Fundorte. Er ging mit großen Schritten, schneller als seinen alten Beinen gut war, und sah bereits die letzten Häuser der Vorstadt. Da ekelte ihn plötzlich die weite Ebene an, die vor ihm lag, er beschloß, ein nahes Waldgebiet aufzusuchen und kehrte um. Aber sein neues Ziel entsprach seinen Wünschen auch noch nicht, und er sann auf etwas anderes. Das Hügelland seiner Heimat stand vor seiner Seele, eine mächtige, hoffnungslose Sehnsucht trieb ihn hin und her, die frische, ungewohnte Luft sog alle Kraft und Entschlossenheit aus ihm heraus, und nach ein paar Stunden stand er völlig zerschlagen und dem Weinen nahe zu Hause an der Korridortür seiner Wohnung. Die Tür war von innen abgeriegelt, er hörte ein undeutliches, aber lautes Gespräch und unterschied Männerstimmen. „Sollte Gottlieb zu allem Unglück gekommen sein?" Mit der Gleichgültigkeit der Erschöpfung drückte er auf die Klingel, endlich kam seine Frau, aber sie öffnete ihm nicht, denn sie feierte mit ihrer Freundin ein kleines, verschwiegenes Vergnügungsfest.

„Was willst du denn schon? Mach daß du fort kommst. Geh doch aus! Merkst du denn nicht, daß Ella," so hieß die Freundin, „Besuch hat? Wir brauchen dich nicht," schimpfte sie wenig erfreut über die Störung. Unbehaun entfernte sich gehorsam; er hätte seinen Spaziergang fortgesetzt oder auch den Arzt besuchen können, aber er war nun wirklich zu schwach dazu und schlich in sein Antiquariat. Die Fensterläden waren heruntergelassen und es war stockfinster, obgleich der Tag durch ein paar Ritzen der Läden hereinschien. Unbehaun drehte ganz erschrocken das Licht an. „Ich bin da! Ich bin von meiner Befreiungstat zurück. Ich bin heimgekehrt in meinen dunklen Käfig. Da liegen meine Steine. Haben sie mich denn betrogen? Nein, ich habe mich selbst betrogen."

Ein Schwindel ließ ihn nach einem Halt suchen, er fühlte Schweiß auf seiner Stirn und fröstelte gleichzeitig.

„Daß ich mich nur nicht auch noch erkälte!"

Er machte ein Feuer aus Kistenbrettern, die in dem eisernen Ofen nicht vorhielten. Da es ihm vorkam, als sei dieses Feuer eine Sache von höchster Wichtigkeit, suchte er neues Brennmaterial zusammen, Papiere, Pappkästen, alte Bilderrahmen, auch eine zerrissene Piskatorbibel, die nicht recht in Flammen geraten wollte. Am liebsten hätte er seinen ganzen Kram verbrannt. Die fröhliche Gesellschaft über ihm vergnügte sich unterdessen hörbar mit einem Tänzchen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Moorkuh.

Zu den unheimlichsten Erinnerungen aus meiner Jugendzeit zählt es, wie ich sie kennen lernte, die gespenstische Moorkuh. Nach einem schwülen Sommertag Ende Juni hatte ein Gewitter vergeblich versucht, Kühlung zu schaffen. Ueber dem Auenwalde, der in silbergrauen Schleiern am Horizont lag, kauerten noch die schweren Wolkenballen, die einen Teil ihres nassen Inhalts entladen hatten. Die Dämmerungsfarben leuchteten über ihnen und hoch im westlichen Himmelsgewölbe schimmerten rosig in zartem Lichte einzelne nächtliche Wolken. Der Mond stand im Südosten, und auch über sein leuchtendes Antlitz zogen langsam langgestreckte graue Wolken dahin. Ein eigenartiges Zwischending zwischen Hell und Dunkel breitete sich über die Landschaft. Weiden- und Pappelbüsche umsäumten als undeutliche Schattengestalten das schlammig-sumpfige Ufer des weitgestreckten Sees, dessen gegenüberliegendes höheres Ufer mit seinen frischgewaschenen gelben Sandböschungen gelegentlich im Mondlichte fast greifbar nahe schien. In dem hohen Buschwalde von Schilf und Rohrkolben raschelte leise der Nachtwind. Aus den fernen Wetterwolken flammte bisweilen ein fahler Lichtschein auf Sekundendauer auf. Dumpfes Grollen und Murren drang aus der Ferne an das lauschende Ohr. Hier und da hob sich in die drückend warme Luft ein silberner Nebelschwaden aus der Wiese und dem Röhricht. Ueber dem Wasserspiegel des Sees lag die silberne Nebeldecke hingestreckt, fast bewegungslos. In den höher hinauf liegenden Büschen flimmerte das lebendige Feuerwerk der Johanniskäfer. Um den Kopf tanzten mir Schwärme von Mücken, die nicht nur neugierig waren, sondern ihren Blutdurst zu befriedigen strebten. Kein Kulturlaut ließ sich vernehmen, wenn ich das leise Anstreichen des Rohrs und das kaum vernehmbare Seufzen der Planken des Kahnes ausnehme, in dem ich vor dem Rande des Schilfsaumes auf dem Wasser lag, die Ruder eingezogen und das Glas zur Beobachtung in der Hand.

Plötzlich knisterte es vor mir und ein paar Rohrspitzen bewegten sich leise schwankend. Das Schwanken lief über die Spitzen weiter und näherte sich einem kleinen Inselchen von niedrigen Binsen, die um einen alten Pappelstumpf herum wuchsen, der hier im Wasser ertrunken war. Lautlos strichen einige undeutliche Vogelgestalten über meinem Kopfe dahin. Aber meine Aufmerksamkeit galt dem Schilfkranze. Denn hier sollte nach der Erzählung des alten Dorfhirten die Moorkuh hausen, die vor Jahrhunderten auf Teufels Antrieb aus der Herde entlaufen war, weil der Hirte einen Pakt mit dem Teufel nicht gehalten hatte. Den unglücklichen Hirten hatte sie in den Sumpf und in den Tod gezogen. Und nach ihm hatte sie noch immer einmal um die Sonnenwende ihr Opfer geholt. Gesehen hatte sie noch keiner, nur ihr unheimliches Gebrüll hatte man von fern gehört, und keiner war so vorwitzig gewesen, den Tönen nachzugehen, denn dem Teufel und seinen Gesellen war doch nie zu trauen, und keiner fühlte sich so frei von Schuld und Fehl, daß er der bösen Macht zu trotzen gewagt hätte.

Unter der unwillkürlich auf die Gedanken einstürmenden Einwirkung dieser Erzählung saß ich einsam im Kahne, und das leise Frösteln, das mir über den Rücken lief, mag wohl nicht allein die Folge der nassen Kleider gewesen sein, als jetzt plötzlich aus dem Röhricht wie ein lautes Seufzen ein gepreßtes tiefes „ü" klang, dem bald ein zweites und drittes solche. Und dann setzte ein gewaltig die Luft erschütterndes „prumb" ein, als ob ein Riesenungeheuer seinem gedrückten Herzen Luft machte. Stille folgte dem Tone, die sich unendlich lang zu dehnen schien, aber doch nur wenig mehr als eine Viertelminute gedauert haben mag, während der ich lauschend den Atem anhielt. Und schon erklang aufs neue das „Ue—prumb" ebenso gewaltig wie vordem. Die Schilfstengel an der kleinen Sumpfinsel neigten sich und ein Schatten trat zwischen das niedrige Gestrüpp. Aber keine Riesenkuh war es, sondern, wie mich das Glas belehrte, ein ungestalter Vogel auf stämmigen Beinen von Entengröße und großem spitzigem Schnabel. Der Kopf saß auf plumpem Halse und mit dem Schnabel nickte der Vogel nach vorn nieder. Schon ertönte wieder das „Ue—prumb" laut durch die Nacht, wobei der Vogel den Schnabel hob und in die Luft stieß. Ein verstohlener Mondstrahl verlor sich über seinen Standort und ließ mich mit dem Glase das buntscheckige Federkleid erkennen. Graugelbbraun mit dunklen Pfeilflecken und Wellenlinien, die sich in Längszügen vom Kopfe nach dem Schwanzende erstreckten, war das Kleid des einsamen Vogels, in dem ich unschwer ein Männchen der großen Rohrdommel erkannte, das hier am Seerande sein Heim aufgeschlagen hatte. Ein Eulenruf vom Ufer her schien den Vogel aufmerksam zu machen, denn schnell reckte er sich empor und wurde unheimlich lang, der Hals streckte sich und wurde lang und schlank, der Kopf unter dem Schnabel fuhr empor, und wie ein halbmeter hoher spitzer Pfahl stand er jetzt da im Mondlichte, wohl fünf Minuten stocksteif und ohne jedes Lebenszeichen. Dann aber sank das Bild wieder in sich zusammen.

Aber so verschlafen der Vogel auch schien, aufmerksam war er doch auf seine Umgebung, denn mit plötzlichem Stoße fuhr der Schnabel jetzt in das seichte Wasser. Als er sich sofort wieder hob, zappelte ein fingerlanges, silberglänzendes Fischchen darin. Und nun wiederholte sich der Fischfang einige Male. Aber der offene Ort schien doch seinem Geschmack nicht ganz zu entsprechen, denn er breitete die Flügel und warf sich mit leisen Schlägen in die Luft, dicht hinstreichend über den Rohrspitzen. Aber nach kurzem Fluge schon fiel er wieder plump und schwer ein in das Schilfdickicht. Noch manchmal hörte ich das Knistern der Rohrhalme, aber seine Stimme ließ er nicht mehr hören.

So lernte ich die Moorkuh, die Rohrdommel kennen, einen der Vögel, die vielleicht manchem dem Namen nach bekannt sein mögen, die aber nur wenige gehört und noch viel weniger gesehen haben mögen. Und doch war sie gar nicht allzu selten, als es noch ausgedehntere Teiche und Seen gab und die sumpfigen schilfreichen Ufer der Flüsse noch nicht durch Regulierung die dem Sonderling zusagende landschaftliche Eigenheit eingebüßt hatten. Er gehört in die Verwandtschaft der Reiher, nur fehlen ihm die hohen Ständer, und er ist ein Fischfresser wie diese. Der lange schlanke Hals der Reiher ist durch die lose Federdecke mit weitem Kleide umhüllt, so daß er nicht zur Geltung kommt, so wenig wie die zierlichen Biegungen der Linien. Mit den langen, scharf bekrallten Zehen umfaßt er an seinem Aufenthalte immer einige Schilfhalme und schreitet so als Kletterkünstler oberhalb des Wasserspiegels durch sein Revier, wobei er emsig nach Fischen als Beute späht, die er mit sicherem Stoß seines Schnabels erhascht. Das Nest steht über dem Wasser meist so unnahbar, daß man ihm nicht beikommen kann. Es ist gewöhnlich ein wirres Geflecht aus Binsenhalmen und Schilfblättern, wohl auch mit einzelnen Zweigen durchzogen, auf dem 3—4 hühnereigroße, schmutzig grünlichbraungraue Eier liegen, die von dem Weibchen allein ausgebrütet werden, während dem Männchen außer der Nahrungssorge noch die Unterhaltung durch seinen schauerlichen „Gesang" obliegt.

Dieser Gesang ist ein vielumstrittenes Problem gewesen. Es hieß, der Vogel stecke dazu den Schnabel ins Wasser, um die weithin hörbare Tonstärke zu erzielen. Das ist nun freilich nicht so, aber trotzdem ist damit doch eine Sonderbarkeit verknüpft. Der Vogel singt nämlich nicht mit dem Kehlkopf, der ja bei den Vögeln überhaupt nichts Gesangliches leistet, auch nicht mit dem an der Teilung der Luftröhre gelegenen Stimmapparat wie die übrigen Vögel. Er hat vielmehr die Speiseröhre, den Kropf, in diesen Dienst genommen. Der zeigt nun eine höchst verwickelte Muskelanordnung, die es ermöglicht, daß er mit verschluckter Luft ballartig aufgeblasen und diese Luft stoßweise herausgepreßt wird. Dieses seltsame Musikinstrument mit seinen unheimlichen Tönen, deren Stärke in gar keinem Verhältnis zu dem kleinen Vogel steht, paßt so recht zu der seltsamen Vogelgestalt selbst, und es ist kein Wunder, daß der scheue Geselle, der selten einmal dem Beobachter vor Augen kommt, in dem Dichten und Denken des Volkes eine unheimliche Gespensterrolle spielt.

Dr. Popitz.

Kleine Chronik.

Städtische Theater. Im Operettentheater muß wegen Erkrankung von Emmy Navarra am Sonnabend anstatt des Vielgeliebten Schwarzwaldmädel eingeschoben werden. Die Partie des Hans singt erstmalig Kurt Wollram. Am Sonntag singt in der Nacht in Venedig die Partie der Annina erstmalig Meta Scheulen.

Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft. 2. Fach- und Fortbildungsschule Schillerstraße 10, Freitag, abends 7 Uhr, Vortrag von Herrn Härting über Grundlagen der Geologie. Gäste willkommen.

Volkskundliche Ausstellung. In Verbindung mit der Tagung des Vereins für Sächsische Volkskunde und Volkskunst am 11. und 12. September in Leipzig ist eine volkskundliche Ausstellung geplant, die unter besonderer Hervorhebung der Leipziger Gegend die volkskundlichen Verhältnisse in Mitteldeutschland zur Anschauung bringen soll. Es ist sicher, daß sich in unsrer Heimat, in der Stadt wie auf dem Lande, noch viel Unbekanntes nachweisen läßt, was auf tägliches und gewerbliches Leben, auf Volksbräuche und Feste, auf Trachten, auf Aberglauben usw. Bezug nimmt, und daß die zeitweilige Vereinigung solcher Gegenstände in einer Ausstellung von hohem erzieherischem und heimatlichem Werte ist. Es wird gebeten, dem Stadtgeschichtlichen Museum (Leipzig, Altes Rathaus) Mitteilungen darüber zuzusenden, ob und welche Gegenstände eingeschickt werden können.

Eingelaufene Schriften.

W. Kamper, Demokratie und Bolschewismus. Flugschriften der Frankfurter Zeitung. Preis 1.50 Mk.

Die kommunistische Schule. Schulprogramm der Freien sozialistischen Jugend Deutschlands (Entwurf). Mit einem Vorwort von Edwin Hoernle. Verlag Junge Garde, Berlin C 2. Preis 1.50 Mk.

Otto Flake, Die fünf Hefte. Das 1. Heft. Roland-Verlag, München-Pasing. Preis 3 Mk.

Karl Ballod, Der Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat. 3. Auflage. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart. Preis 12 Mk.

U. Lysses, Wie soll die Kriegsentschädigung aufgebracht werden? Ein Vorschlag für Spa. Heft 2 der Kolumbus-Eier. Verlag der Zeitungszentrale, Berlin SW. 19. Preis 1 Mk.

Herm. Ballhausen, Drei um Eine. Roman. Tenten-Verlag, Leipzig.

Arbeitsgemeinschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften in England (Uebersetzung der Whitley Reports). Mit einer Einleitung von Max Schippel. Heft 9 der Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft. Verlag von Zahn u. Jaensch, Dresden. Preis 5 Mk.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200722/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Aus der Volkskammer.

Die Volkskammer erledigte gestern zunächst einige kleine Regierungsvorlagen. Nach einem Gesetzentwurf über die Gewährung einer Teuerungszulage zu der Aufwandsentschädigung der Mitglieder der Volkskammer sollen die Abgeordneten, die bis Ende Juli 1920 gerechnet der Volkskammer länger als sechs Monate angehören, zu der ihnen zustehenden Aufwandsentschädigung eine einmalige Teuerungszulage von 1500 Mk. erhalten, die anderen Abgeordneten, bei denen die Zugehörigkeit von sechs Monaten noch nicht erfüllt ist, erhalten für jeden vollen Monat ihrer Zugehörigkeit 250 Mk., für jeden halben Monat 125 Mk. Teuerungszulage. Das nach der Vertagung den Mitgliedern der Ausschüsse zustehende Tagegeld wird auf 50 Mk. erhöht. Die Vorlage fand debattelose Annahme.

Ebenso debattelos wurden der Gesetzentwurf über Erhöhung der Gebühren für Amtshandlungen der Behörden des Ministeriums des Innern, des Arbeitsministeriums und des Wirtschaftsministeriums, sowie der Gesetzentwurf über die Befreiung von Lehrern und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen und Anstalten von der Krankenversicherungspflicht vom 6. April 1914 angenommen.

Bei Beratung über die Vorlage Nr. 94, die Uebernahme der Remontegüter durch das Wirtschaftsministerium, kam es zu einer längeren Auseinandersetzung. Das Wirtschaftsministerium beabsichtigt im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die ehemaligen Remontegüter als staatliche Beispielswirtschaften zu betreiben und legt Wert darauf, sämtliche Remontegüter dazu zu verwenden.

Die Deutschnationalen witterten hinter der Vorlage den „ersten Schritt zur Sozialisierung". Herr Schmidt beschwerte sich darüber, daß der Interessenvertretung der Landwirte, dem Landeskulturrat, einige Forderungen abgestrichen sind und meinte, die Remontegüter sollten lieber an Einzelpächter verpachtet werden.

Wirtschaftsminister Schwarz beruhigte Herrn Schmidt, daß die Unterstellung, die sächsische Regierung wolle sozialisieren, ganz irrig sei. Aber nach Verminderung der Heeresstärke müßten die Remontegüter anderen Zwecken zugeführt werden. Selbst angesehene Landwirte seien der Meinung, daß der Staat die freiwerdenden Güter nicht wieder verpachten, sondern in eigene Regie nehmen müsse. Man sagt doch sonst immer, der Staat möge den Privatleuten etwas vormachen. Um so unverständlicher sei der jetzige Widerstand seitens landwirtschaftlicher Kreise. Es könnten natürlich nicht alle Beamten der Güter dauernd als Staatsdiener betrachtet werden, sie müßten teilweise auf Dienstverhältnis angestellt werden. Das Wirtschaftsministerium wolle das Möglichste aus den Gütern herausholen und würde sich freuen, auch später der Volkskammer über günstige Ergebnisse berichten zu können.

Genosse Nussel legte unsre Stellung dar und betonte, daß Staatsgüter auf keinen Fall verpachtet werden dürften, sondern vom Staat selbst zu bewirtschaften seien.

Die Vorlage wurde nach weiterer unwesentlicher Debatte dem Ausschuß überwiesen.

Hierauf wurden noch die Kapitel Gewerbe- und Dampfkesselaufsicht des Haushaltplans genehmigt.

Die Steuerverteilung zwischen Staat und Gemeinden.

Der Rechtsausschuß der Volkskammer beschäftigte sich gestern mit dem am Dienstag im Plenum vorberatenen Entwurf eines Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz. Die Regierungsvorlage hat in wichtigen Punkten eine nicht unwesentliche Umgestaltung erfahren. Dabei wurden auch die unsozial wirkenden Bestimmungen beseitigt, die von unserm Redner in der Vorberatung kritisiert worden sind.

Der § 17 des Landessteuergesetzes bestimmt, daß die Länder und Gemeinden an dem Ertrage der vom Reiche erhobenen Einkommensteuer und der Körperschaftssteuer mit zwei Dritteln des Aufkommens beteiligt werden. Nach § 18 soll sich der Anspruch der Länder auf den Steueranteil nach dem örtlichen Aufkommen bemessen, das auch den Maßstab für die Beteiligung der Gemeinden an dem ihnen vom Lande überwiesenen Anteil bildet. Das Reich gewährleistet nach § 56 jedem Lande die Einnahme aus den durch die Einkommensteuer, Körperschaftssteuer, Kapitalertragssteuer und die Erbschaftssteuer ersetzten Steuern des Landes und seiner Gemeinden (Gemeindeverbände) in der bisherigen Höhe. Der Anteil an der Einkommensteuer muß mindestens das Aufkommen des Steuerjahres 1919 an den durch die Einkommensteuer, die Körperschaftssteuer und die Kapitalertragssteuer ersetzten Steuern des Landes und seiner Gemeinden (Gemeindeverbände) zuzüglich einer Steigerung von 25 vom Hundert erreichen. Diese Grundsätze sollen nach § 57 bis zum 1. April 1921 sinngemäß für die Landesgesetzgebung bei der Regelung des Verhältnisses zwischen Ländern und Gemeinden gelten.

Der sächsische Vollzugsgesetzentwurf wollte in § 1 den bürgerlichen Gemeinden die Hälfte des auf Staat und Gemeinde entfallenden Anteils am Ertrage der Einkommen- und Körperschaftssteuer überreichen und ihnen für das Rechnungsjahr 1920 mindestens den Betrag gewährleisten, der ihnen nach den Vorschriften der §§ 56, 59 und 59 Absatz 6 des L. St. G. unter Einrechnung des Aufkommens an Schulsteuer zukommt. Dabei bestand jedoch die Absicht, die Beträge, die eine von den Gemeinden nach § 30 des L. St. G. beschlossene Zuschlagssteuer auf die vom Reich freigelassenen Einkommen bringt, anzurechnen. Dieser Regelung wurde bereits im Plenum und auch im Ausschusse lebhaft widersprochen. Es wurde besonders darauf hingewiesen, daß die Anrechnung der Steuer auf die freigelassenen Mindesteinkommen nicht nur den Versprechungen des Finanzministers widerspreche, der diese Steuer als beweglichen Faktor für die Gemeinden bezeichnet hatte, sondern auch mit den §§ 30 und 56 des L. St. G. nicht vereinbar sei. Ferner wurde aber geltend gemacht, daß die finanziellen Ergebnisse der Steuern so unsicher und unübersichtlich seien, daß von einer Regelung, wie sie die Regierung vorsehe, bei der Notlage der Gemeinden, die viel größer sei als die des Staates, keine Rede sein könne. Der Ausschuß beschloß daher, die Regelung nur als vorläufig hinzunehmen und bestimmte, daß bei der vorläufigen Ueberweisung der Hälfte des auf Staat und Gemeinde entfallenden Betrages **die Zusatzsteuer vom Mindesteinkommen außer Betracht bleiben** soll. Die endgültige Verteilung zwischen Land und Gemeinden wird dem Gesetz vorbehalten, das nach § 55 des L. St. G. bis zum 1. April 1921 über den Lastenausgleich zwischen Staat und Gemeinden zu ergehen hat.

§ 2 der Vorlage, der von dem richtigen Grundsatz ausgeht, daß der Staat sich nur mit der bürgerlichen Gemeinde auseinanderzusetzen hat, die ihrerseits den Schulgemeinden die Mittel zuzuweisen hat, wurde angenommen. Ebenso § 3, der die den Gemeinden in § 29 des L. St. G. gegebene Erlaubnis, für das einzelne Steuerjahr zu beschließen, daß der ihnen zugewiesene Anteil an der Einkommensteuer ganz oder teilweise unerhoben bleibt ausschließt. Das ist notwendig, um Steuerungleichheiten und Ungerechtigkeiten zu verhüten.

Die Paragraphen 4 bis 14 des Entwurfs regeln das Verhältnis der Bezirksverbände und selbständigen Gutsbezirke. Die Bezirksverbände sollen kein Recht am Steueranteil haben, sondern bleiben auf die Bezirksumlagen angewiesen. Will der Bezirk höher gehen, als im Steuerjahr 1919/20, so muß er die Genehmigung des Kreisausschusses einholen. Die Regierungsvorlage hatte auch die Genehmigung der Kreishauptmannschaft vorgesehen; das ist überall im Gesetz gestrichen worden. Für seine eigenen Gutsbezirke hat sich der Staat Steuerfreiheit vorbehalten. Diesem Grundsatz kann man im allgemeinen zustimmen, denn eine gegenseitige Besteuerung von Staat und Gemeinde würde nur einer Verschiebung aus einer Tasche in die andre gleichkommen. Allerdings ist hier eine Einschränkung notwendig. Auf manche Gemeinden, die bisher in der Hauptsache auf die Steuererträgnisse staatlicher Betriebe angewiesen waren, könnte die konsequente Durchführung dieses Prinzips ruinös wirken. Es wurde deshalb gefordert und von den Regierungsvertretern zugesagt, daß in solchen Fällen eine Ersatzabgabe geleistet werden soll. Bei dieser Gelegenheit wurde vom Ministerium auch Aufklärung darüber verlangt, wie weit die Verordnung vom 30. Dezember 1918 durchgeführt sei, nach der mit Ende des laufenden Jahres die selbständigen Gutsbezirke aufgehoben sein sollten. Aus der Antwort war zu entnehmen daß von den zirka 1000 selbständigen Gutsbezirken bisher nur 30 verschwunden sind. Von dem Regierungsvertreter wurde bemerkt, trotz allen Drängens der Regierung sei nicht mehr zu erreichen gewesen, weil wegen der durch die Reichsfinanzpläne herbeigeführten Unsicherheit in den Gemeindeverhältnissen von den Gemeinden viel mehr Schwierigkeiten gemacht worden seien, als von den selbständigen Gutsbezirken.

Bei der im Gesetz vorgesehenen Verteilung des Steuerertrags sind die selbständigen Gutsbezirke wie die Gemeinden behandelt, nur mit dem Unterschiede, daß die innerhalb eines selbständigen Gutsbezirks aufgebrachten Teile der Einkommensteuer, der Körperschaftssteuer, der Grunderwerbsteuer und der Umsatzsteuer, die anderwärts in die Gemeindekasse fließen, dem Bezirksverbande überwiesen werden, dem der Gutsbezirk angehört. Erstreckt sich ein selbständiger Gutsbezirk auf das Gebiet mehrerer Bezirksverbände, so erfolgt eine Verteilung nach billigem Ermessen (§ 10).

Die Bezirksverbände entnehmen aus den ihnen nach § 10 zufließenden Anteilen den auf die selbständigen Gutsbezirke entfallenden Teil der Bezirksumlagen. Der Rest ist gesondert zu verwalten. In die aus dem Rest zu bildende Sonderkasse hat auch die nach § 7 von dem Bezirksverband innerhalb der selbständigen Gutsbezirke zu erhebende Grundsteuer zu fließen (§ 11).

Der angezogene § 7 bestimmt: Die Bezirksverbände sind verpflichtet, innerhalb der selbständigen Gutsbezirke unter Freilassung der dem Staate gehörenden Grundstücke eine Grundsteuer nach den für die Gemeinde geltenden Grundsätzen und unter Beachtung des § 13 des L. St. G. (—die Gemeinden sind nach § 12 des L. St. G. verpflichtet, eine Vergnügungssteuer zu erheben, falls nicht der Gemeindeverband oder das Land eine solche Steuer einführt —) eine Vergnügungssteuer zu erheben. Eine Vergnügungssteuer können sie auch für andre Teile des Bezirkes einführen. Die Bezirksverbände können noch andre Steuerarten einführen, soweit nicht Vorschriften des Reichs- oder Landesrechts entgegenstehen. Jedoch dürfen Ertragssteuern vom Grundvermögen einschließlich der Zuwachssteuern und vom Gewerbebetrieb außerhalb der selbständigen Gutsbezirke nicht erhoben werden.

Die Einführung der in § 7 genannten Bezirkssteuern und der Zuschläge zur Grunderwerbsteuer, die die Gemeinden nach § 22 erheben dürfen, erfolgt durch einen Beschluß der Bezirksversammlung, der der Genehmigung des Kreisausschusses bedarf (§ 8).

Belegen Bezirksverbände und Gemeinden nebeneinander dieselben Veranstaltungen mit Vergnügungssteuern, oder erheben sie sonst nebeneinander gleichartige Steuern, so kann der Kreisausschuß nach § 9 für beide Steuerberechtigten zur Vermeidung einer Ueberlastung der Steuerpflichtigen eine angemessene Grenze festsetzen.

Auf die nach § 11 zu bildenden Sonderkassen sind in erster Linie die Schul- und Armenlastenbeiträge, sowie die sonstigen sich aus § 81 der Landgemeindeordnung vom 11. Juli 1913 ergebenden öffentlich-rechtlichen Geldleistungen zu übernehmen, die die Gesetze, Gemeindeverbandssatzungen und Gemeindebeschlüsse den Besitzern und Bewohnern der zum Bezirksverbande gehörenden selbständigen Gutsbezirke auferlegen. Zur freiwilligen Uebernahme neuer öffentlich-rechtlicher Geldleistungen bedürfen die selbständigen Gutsbezirke der Zustimmung des Bezirksverbandes. Sind bei einem selbständigen Gutsbezirke die nach § 10 dem Bezirksverbande zufließenden Steueranteile nach Deckung des Bezirksumlageteils niedriger als die dem Besitzer und den Bewohnern des selbständigen Gutsbezirks obliegenden öffentlich-rechtlichen Geldleistungen, so hat der Besitzer den Fehlbetrag selbst zu tragen (§ 12).

Nach § 13 sind in zweiter Linie aus der Sonderkasse nach billigem Ermessen Beihilfen an solche selbständige Gutsbezirke zu gewähren, die durch die ihnen sonst obliegenden öffentlichen Pflichten und Leistungen, besonders durch die Kosten des Wegebaues und der Polizeiverwaltung wesentlich belastet sind. Bei ausreichenden Mitteln können solche Beihilfen aus der Sonderkasse auch an Gemeinden gewährt werden. Dabei sind solche Gemeinden besonders zu berücksichtigen, die durch die Vereinigung mit selbständigen Gutsbezirken Nachteile erlitten haben oder ihnen durch die Nachbarschaft selbständiger Gutsbezirke ein erhöhter Aufwand erwächst.

Und § 14 bestimmt: Uebernehmen Gemeinden ganz oder teilweise die in § 13 erwähnten öffentlichen Pflichten und Lasten benachbarter selbständiger Gutsbezirke, so sind sie diesen hinsichtlich der Beihilfen gleichzustellen.

In § 16 wird den Gemeinden entsprechend dem § 13 des L. St. G. zur Pflicht gemacht, eine Vergnügungssteuer zu erheben.

Den Religionsgesellschaften sollte das Recht eingeräumt werden, wie bisher auch vom Grundbesitz, und zwar auch von Nichtmitgliedern der Gesellschaft, Steuern zu erheben. Genosse Lipinski hatte schon im Plenum das durch den Staat garantierte Steuerrecht der Religionsgesellschaft bekämpft. Im Ausschuß wurde zu § 17, wo es sich nicht um die Art der Erhebung, sondern nur um die Befugnis der Steuererhebung überhaupt handelt, ein Antrag der Unabhängigen angenommen, der das **Recht der Steuererhebung auf die Mitglieder der Religionsgesellschaften beschränkt.**

Wichtig ist § 18, nach dem zum Zwecke des **Lastenausgleichs unter den Gemeinden und Bezirksverbänden ein Ausgleichstock**, in den der Staat zunächst 50 Millionen Mark und nach Ueberschreitung der einen vom Reich gewährleisteten Steuersumme von der überschießenden Summe einlegt. Weiter fließen in den Ausgleichsstock der dem Lande zugewiesene Anteil an der Umsatzsteuer und ein noch zu bestimmender Teilbetrag der nach dem L. St. G. zu erhebenden Steuer vom Gewerbebetrieb. Bei der ungeheueren finanziellen Not, in der sich fast alle Gemeinden befinden, ist dieser Ausgleich vorderhand freilich nur ein Tropfen auf den heißen Stein und höchstens ein Mittel, die Last der am stärksten leidenden Gemeinden etwas zu mildern.

Eine Reihe weiterer Paragraphen regelt das Steuerrecht der Gemeinden. Die bürgerlichen Gemeinden dürfen nach § 19 eine Ihrerseits sollen aber die Gemeinden die Hälfte der von ihnen ein ihrem Bezirke gelegenen Grundstücken Zuschläge zur Grunderwerbssteuer bis zur Höhe von 2 vom Hundert erheben. Von dem Anteil des Landes an der Grunderwerbssteuer erhalten sie die Hälfte. Ausgenommen sind die Grundstücke der toten Hand. Ihrerseits sollen aber die Gemeinden die Hälfte der von ihr erhobenen Zuschläge, jedoch nicht mehr als ½ vom Hundert des steuerpflichtigen Wertes, an den Staat abführen.

Zu einer langen Aussprache führte die Frage der Zusatzsteuer vom Mindesteinkommen. Diese Frage bedarf einer besonderen Erläuterung. Bisher war das Mindesteinkommen als Existenzminimum gedacht, dergestalt, daß ein gewisses kleines Einkommen steuerfrei blieb, bei höheren Einkommen aber das ganze restlos versteuert wurde. Die Reichsgesetzgebung hat aber ein ganz neues Prinzip eingeführt, indem es ein Mindesteinkommen für alle auch die reichsten Steuerzahler freiläßt. Danach kommen die Abzüge vom steuerpflichtigen Einkommen: 1500 Mk. für den Steuerzahler, 500 Mk. für die Frau und weiter 500 Mk. für jedes Kind (bei einem Einkommen von unter 10 000 Mk. für das erste Kind 500 Mk., für jedes weitere Kind 700 Mk.) nicht nur den Aermsten, sondern auch Leuten mit einem Einkommen von 50—100 000 Mk., ja auch den Millionären zugute. Bei dieser merkwürdigen Gestaltung bekommt die Frage der Zuschläge auf das Mindesteinkommen ein etwas anderes Gesicht. Es ist schlechterdings nicht einzusehen, daß die Freilassung von einem Mindesteinkommen, das bei kinderreichen Familien einige tausend Mark beträgt und sozial ausgleichend wirken sollte, auch für die tragfähigen Kreise in Abzug bringen soll. Es kommt hinzu, daß die Notlage alle Gemeinden zwingt, jede Steuermöglichkeit auszunutzen. Aufgabe des Ausschusses war es, zu verhüten, daß der soziale Ausgleich verhindert wurde. Nach dem sächsischen Entwurf bestand diese Gefahr, weil unter gewissen Voraussetzungen nur Beträge unter 400 Mk. freibleiben sollten. Es wurde unbeschadet der im Reichseinkommensteuergesetz für die unteren Einkommen festgesetzten Abzüge beschlossen, von den Zuschlägen auf das Mindesteinkommen **diejenigen auszunehmen, die im Wege der öffentlichen Armenpflege laufende Unterstützung erhalten, ohne Rücksicht auf die Höhe, sowie Personen, deren gesamtes steuerbares Einkommen 1500 Mk. nicht übersteigt.**

Im L. St. G. war vorgesehen, daß die Gemeinden, die von der Befugnis, Zuschläge zu erheben Gebrauch machen wollten, das bis zum 31. März 1920 anzuzeigen hätten. Das war ganz unmöglich, weil das L. St. G. erst am 30. März bekanntgemacht wurde. Durch eine Verordnung vom Oktober ist dann der Termin bis zum 31. Dezember verlängert worden, mit der Einschränkung, daß aber nur die Hälfte des steuerfreien Einkommens herangezogen werden darf. Nur bei Ledigen ist die Heranziehung der ganzen Summe nachgelassen. Der angenommene Antrag lautet:

§ 59b der Gemeinde-St.-G. erhält folgende Fassung:

„Für das Steuerjahr 1920 ist der in § 30 des Landessteuergesetzes vorgesehene Höchstsatz von der Hälfte des steuerfreien Einkommenteils zu erheben. Bei Steuerpflichtigen, bei deren Veranlagung ein steuerfreier Einkommenteil von nicht mehr als 1500 Mark berücksichtigt wird, kann der ganze steuerfreie Einkommenteil herangezogen werden.

Für spätere Steuerjahre bleibt die Regelung vorbehalten; bis zu dieser Regelung gelten die Vorschriften des ersten Absatzes weiter."

Im sächsischen Entwurf war ferner die Wiedereinführung der Kopfsteuer, die in Sachsen wegen ihrer unsozialen Wirkung endgültig abgeschafft war, vorgesehen. Der Ausschuß strich diese Bestimmung. Es ist also keine Gemeinde berechtigt, Kopfsteuern zu erheben.

Die weiteren Paragraphen des Gesetzes beziehen sich zumeist auf formelle Aenderungen und Abänderungen der bisherigen sächsischen Steuergesetze, die durch die Neuregelung notwendig geworden sind. Zu bemerken ist die Aufhebung des Schulsteuergesetzes, das überflüssig geworden ist, weil die bürgerlichen Gemeinden für die Lasten der Schule aufzukommen haben.

Die persönlichen Schullasten sollen, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. April 1920 an vom Staate übernommen werden. Die Regelung ist aber nicht so gedacht, daß der Staat diese Lasten ohne weiteres übernimmt; das würde vollständig unmöglich sein. Es soll ein gewisser Ausgleich stattfinden, so daß Staat und Gemeinden je einen Teil der Lasten zu tragen haben. Die Art der Verteilung soll in einem besonderen Gesetz geregelt werden. Es wurde vorläufig eine Halbierung angenommen, damit die Gemeinden wenigstens die Möglichkeit haben, ihre Haushaltpläne aufzustellen.

Das ganze Gesetz ist nur ein Provisorium, dessen Durchführung bei der Finanzlage im Reich, Staat und Gemeinden, der Unübersichtlichkeit und der Ueberlastung der Finanzämter auf sehr starke Schwierigkeiten stoßen dürfte.

Der Autokrieg beendet.

Die zwischen der sächsischen Regierung und der Reichspostverwaltung gepflogenen Verhandlungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Reichspostverwaltung in Sachsen einige Kraftwagenlinien, bei denen überwiegend Postinteressen anzuerkennen waren, betreiben wird, darunter die Linien Olbernhau—Deutsch-Neudorf und Leipzig—Markranstädt—Lützen. Bei allen übrigen vom sächsischen Staat betriebenen Kraftwagenlinien wird die Reichspost dagegen dem sächsischen Staatsunternehmen keinerlei Wettbewerb mehr bereiten. Sie will die Linien, darunter auch die Linie Aue—Zschorlau, vielmehr zur Postbeförderung mit benutzen, soweit ein Bedürfnis hierzu vorliegt und über die Bedingungen eine Einigung zustande kommt. Sollte künftig die Einrichtung noch andrer als der gegenwärtig geplanten Kraftwagenlinien in Frage kommen, wird sich die Staatsregierung und die Reichspostverwaltung, bevor sie mit den Vorbereitungen der Einrichtung beginnen, von Fall zu Fall darüber verständigen, ob die Linie vom Staat oder von der Reichspost betrieben werden soll.

Bad Elster. In der vergangenen Nacht ist im Kurhause in den im Vorzimmer stehenden großen Ausstellungsschrank eingebrochen worden und daraus alle dort untergebrachten und von Tausenden bewunderten kostbaren Spitzen usw. gestohlen worden. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt viele Tausende von Mark. Ein großer Teil der Sachen ist, da es sich nur um Ausstellungsobjekte handelte, unersetzlich.

Zwickau. Im Vororte Brand wurde ein 18jähriges Mädchen mit aufgeschlitztem Halse und Unterleibe tot aufgefunden. Augenscheinlich liegt Lustmord vor. Der Täter ist unbekannt. Der Auffindungsort und die Leiche zeigen Spuren eines harten Kampfes.

Marienberg. Die Ortsgruppe Marienberg des Deutschen Beamtenbundes hat folgende Entschließung gefaßt: „Der Deutsche Beamtenbund wolle folgende Kundgebung erlassen: Der Deutsche Beamtenbund erkennt die Vorschrift in den §§ 45 und 45a—c des Reichseinkommensteuergesetzes über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug vom Arbeitslohn als eine nicht nur durchaus soziale, sondern vor allem vom Standpunkt der steuerlichen Gerechtigkeit aus zu begrüßende Sicherungsmaßnahme an und ersucht die maßgebenden Stellen an ihrer Durchführung unter Vermeidung von Härten unbedingt festzuhalten. Alles Einkommen gleichmäßig und gerecht, insbesondere auch die Wucher- und Schiebergewinne steuerlich restlos zu erfassen, ist ein Ideal, das der Deutsche Beamtenbund mit verwirklichen helfen wird. Bis zur Erreichung dieses Zieles fordert er, daß die steuerliche Erfassung des Einkommens an der Quelle durch Steuerabzug auch auf andre Arten von Einkommen (Fixum von Kassenärzten, Pauschgebühren von Rechtsanwälten und Notaren, Vergütungen von Sachverständigengutachten u. a., Lotteriegewinne) ausgedehnt wird."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200722/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Lichtspiele Alberthalle, Krystall-Palast

Ab 23.–29. Juli

2 Erst-Aufführungen — 10 Akte — Sensations-Detektiv-Doppel-Programm — 10 Akte — 2 Erst-Aufführungen

Der Meister-Detektiv **Harry Hill**

in:

Das unbewohnte Haus

Spannender Detektiv-Film in 5 atemberaubenden Akten.

Sensationen über Sensationen. Der Zusammenstoß zweier Automobile usw.

Außerdem:

MARY WOOD

Die Tochter des Sträflings

Ein Drama aus dem Verbrecherviertel Neuyorks in 5 fabelhaften Akten

Nur für Erwachsene

Anfang Sonntags 3 Uhr — Wochentags 4 Uhr

Neues Theater.

Augustusplatz. Fernruf 1415.

Donnerstag, den 22. Juli 1920

172. Anrechts-Vorstellung (4. Folge, braun)

Der Misanthrop.

Komödie in 5 Akten (ohne Zwischenspiel des Vorhangs) von Molière.
In deutschen Versen von Ludwig Fulda.
In Szene gesetzt von Dr. Alwin Kronacher.

Personen: Alceste (Fritz Reiff); Philint, sein Freund (Herb. Hübner); Oronte (Hans Felix-Göll); Celimene (M. Otto-Morgenstern); Eliante ihre Cousine (Margarete Anton); Arsinoë, ihre Freundin (Martha Arens); Acast, Clitander, Marquis (Eugen Alberer, Alfred Schlageter); Basque, Diener Celimenens (Hans Beßler); Ein Bote des Marschallamts (Friedrich Liebmann); Dubois, Diener Alcestes (Artur Allias).

Die Heirat wider Willen.

Posse in 1 Akt von Molière. Uebersetzt von Hugo Hofmannsthal.
In Szene gesetzt von Dr. Alwin Kronacher.

Personen: Sganarell (Karl Ebert); Geronimo (Gust. Colmar); Dorimene, mit Sganarell verlobt (M. Otto-Morgenstern); Alcantor, ihr Vater (Karl Huth); Alcidas, ihr Bruder (Eugen Alberer); Lukast, Dorimenens Verehrer (Hans Felix-Göll); Pancrazio, Marforio, zwei Philosophen (Alfred Schlageter, Wilhelm Engst); Zwei Klagemerinnen (Marianne Berger, Ch. Roslosky)

Schauspielpreise. Einlaß ½ Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10 Uhr

Freitag, den 23. Juli: 173. Anrechts-Vorstellung 5. Folge, blau: Judith. Anfang 7½ Uhr.

Sonnabend, den 24. Juli: 174. Anrechts-Vorstellung (6. Folge gelb) Seemensee. Anfang 7 Uhr.

Neues Operetten-Theater.

Poleistraße (Fernruf 2474.)

Donnerstag, den 22. Juli 1920

Die Faschingsfee.

Operette in 3 Akten von Dr. R. M. Bollner und Rudolf Oestreicher
Musik von Emmerich Kálmán.
(Ohne Ouvertüre.)

In Szene gesetzt von Joseph Gropp. Musikal. Leitung: Otto Findeisen.

Personen: Fürstin Alexandra Maria (Therese Wiel); Herzog Ottokar von Grevlingen (August Böhm); Hubert von Mittelburg (Rudi Gfaller); Graf Lothar Meredith (W. Burg); Herr von Dierks (Karl Eichler); Viktor Rosal, Maler (Ernst Gadelow); Andreas Lydischek, Tiermaler (Joh. Trautmann); Doktor Julius Happritz, Schriftsteller (Paul Schröder); Richard Goey, Sänger (Edmund Burkh) Gideon, Bildhauer (August Mohlwald); Meringer, Dichter (Georg Felsegger); Lori Aschenbrenner, Choristin (Lotte Ballauf); Liesel, Malerin (Anna Daniel); Adah, Kabarettsängerin (Erna Hansen); Franzi, Gusti, Poldi, Modelle (Martha Büttner, Ella Diedrichs, Frieda Polster); Mizzi, Kellnerin (Grete Puh); Ein Diener des Herzogs (Hugo Müller); Ein Leibjäger (Joh. Philipp).

Gewöhnl. Preise. Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende gegen 10¼ Uhr.
Kindermiete und Schülerkarten ungültig.

Freitag, den 23. Juli: Die Eselsbaronesse. Anfang 7½ Uhr.

Sonnabend, den 24. Juli: Schwarzwaldmädel. Anfang 7½ Uhr.

Marionettentheater Messplatz Hauptrestaurant

Direktion: Kollmann-Blick. — Spielleit.: Fam. A. Wünsch.

Täglich 4 Uhr Gr. Ferienvorstellung „Klein-Däumling".

Nachm. u. abds.: Theatrum mundi-Nachspiele!

Täglich 8 Uhr: **Kaspars Benefiz:**

Nun muß Kaspar heiraten! Posse mit Gesang. Urkomisch! Toller Humor! Vorverkauf: Warenhaus Althoff.

Gasthof Stünz

Straßenbahn Nr. 3 und 8

Morgen Freitag, ab ½7 Uhr

6. eleganter Damen-Ball.

Es engagieren nur Damen.

Tanz frei. Erstklass. Wiener Musik. Eintritt 2.-ℳ. Tanz frei.

Voranzeige.
Heute Einlaß 4 Uhr, Anfang 4½ Uhr, Ende 10½ Uhr

Astoria Windmühlenstraße 31 Fernruf 18195/96

Auf allgemeinen Wunsch und der großen Nachfrage wegen weiter auf dem Spielplan:

Die

Tänzerin Barberina

Der große historische Prunkfilm in 7 Akten aus der Zeit Friedrichs des Großen

---

Universum Roßplatz 6 (Café Bauer) Fernr. 18195/96

Morgen Erstaufführung

Große Original Wild-West-Sensation!

Die Eisenbahnräuber

5 Akte — 5 Akte

Falscher Start Ein Renn-Roman von schönen Pferden und Frauen mit **Georg Alexander, Marija Leika**

Heute letzter Tag: Der Leiermann.

Colosseum Roßplatz 12–13 Fernr. 18195/96

Morgen Erstaufführung

Des Lebens Rutschbahn

Drama aus des Lebens Höhen und Tiefen — 4 Akte

Ich lasse dich nicht Ein Lebensbild nach **Courths-Mahler.**

Heute letzter Tag:
Unter der Peitsche des Geschickes

Lindenfels Karl-Heine-Straße 50 Fernruf 18195/96

Morgen:

Der Kammersänger

Wintergarten Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195/96

Morgen:

Der Leiermann.

WESTEND-HALLEN. Morgen Freitag, ab 7 Uhr: **Großer Elite-Ball.**

Achtung! Gasthof Neustadt. Achtung!

Morgen Freitag von ½7 Uhr an **Groß. Strohwitwer-Ball.**

Abwechselnd Herren- u. Damenwahl. **Tanz frei.**

Gasthof zum Reiter Leipzig-Dölitz. Inh. **Kurt Ströter.**

Morgen Freitag von 6 Uhr an: Letzter groß. Damenball

mit Überraschungen. Eintritt für Herren 3 Mk., für Damen 2 Mk.

Albertgarten. L.-Anger Strassenbahn **20** und **21**

Morgen Freitag, ab 7 Uhr

Grosser Elite-Abend. Abwechselnd Damen- u. -Herren-Engagement.

10 Uhr: **Grosse Polonäse durch den bengalisch erleuchteten Konzertpark.** Schneidiges Ballorchester. Flotter Betrieb. **Tanz frei!**

Tanzpalast Papiermühle Morgen Freitag Großer Ball.

Nur noch 2 Tage!

Probe-waschen

mit dem Waschapparat

Die eiserne Waschfrau

Ausnahmepreis **27** Mk.

Donnerstag, den 22., Freitag, den 23. und Sonnabend, 24. Juli,

nachmittags ½4 und abends 6 Uhr

in

Lindenau

„Deutsches Haus"

in

Anger-Crottendorf

„Drei Mohren"

Schmutzige Wäsche bitte mitbringen!

Die Apparate sind im Saale zu haben.

Eintritt frei!

Grude

und alle übrigen Brennmaterialien ständig a. Lager **Louis Günther,** Markranstädt, Ziegelstr., hinterm Bahnhof.

Johann Gottfried Seume

Ein literarisches Porträt
Ausgewählte Werke Seumes
Herausgegeben u. eingeleitet von **Wilhelm Hausenstein.**
Preis geb. 7.00, brosch. 6.00.

Leipziger Buchdruckerei A. G.
Abteilung Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Str. 19/21.
Postscheckkonto Nr. 53477.
Die Austräger und Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Bruchkranke

können ohne Operation u. Berufsstörung geheilt werd. Sprechst. 10-1 Uhr in Leipzig, Hotel Fröhlich, Wintergartenstr. 14, am 24. Juli. **Dr. med. Knopf,** Spezialarzt f. Bruchleiden.

Wanzen

sicheres Mittel *
König Salomo-Apoth.

Haut-, Geschlechts-

u. Harnleid., verg. nerv. Schwäche behand. **Dr. med. Deri,** nicht approbiert, Mitgl. naturwiss. Gesellsch. **Leipzig, Kurprinzstr. 5,** Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr. *

Ball-Haus Goldner Helm Leipzig-Eutr.

Morgen Freitag, ab ½7 Uhr

Grosser Damen-Ball. Abwechselnd Herren- und Damenwahl

Ausschank der guten alten Gose.

Pantheon

Dresdner Str. 20 Fernspr. 15957

Freitag u. Sonntag **Grosse Ball-Feste.**

D. K. u. B. B.
Gau II, Leipzig.

Sonnabend, 24. Juli, Felsenkeller, Plagwitz
I. GAU-FEST
Einzel-, Vereins- und Gesamtaufführungen, **Groß. Festball** von 2 Kapellen.

Einlaß 5 Uhr. Anfang Punkt 6 Uhr. Der Gaufestausschuß.

Goldne Krone L.-Möckern Inh. Max Krüger Telephon 50 600.

Morgen Freitag ab 7 Uhr

Der beliebte Damen-Ball

Licht-U.T.-Spiele

! Heute letzter Tag !

Bruno Kastner in

Artistentreue

sowie

Tanz auf dem Vulkan

II. Teil

Morgen Freitag:

? Roman v. W. Heimburg ?

Beachten Sie, bitte das morgige Inserat!

Telef. 3187 Hainstr. 19. Mittelgang — Durchgang Riebeckbrau — Im Herzen der Stadt

---

Uebersee-Tabak

wolliger, langfaseriger Mittelschnitt ohne Rippenzusatz
Domingo-Java-Mischung guter Geschmack, würzig . . . 100 Gr. **5.50** 5 Pfd. **125.** ℳ
Desgleichen auch andere Prima-Marken: **Feinschnitt, Mittelschnitt, Grobschnitt** in 50- und 100-Gramm-Packung in verschiedenen Preislagen

Cigarren von 75, 85, 90, 100, 120 bis 200 Pfg.

Priem und alle andern Kau- und Tabakwaren kauft ihr gut und reell bei

Mehner, Leutzsch,

Hauptstr. 8 Zigarrengeschäft Hauptstr. 8

Altes Theater.

Bis einschließlich Freitag, den 23. Juli: Geschlossen.
Sonnabend, den 24. Juli: Candida. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, den 25. Juli: Der Liebestrank. Anfang 8 Uhr.

Leipziger Schauspielhaus.

Sophienstr. 17/19 Direktion: Fritz Wiehmann. Fernruf 1000

Donnerstag, den 22. Juli 1920

Gastspiel Anton Franck.

Zwangseinquartierung.

Schwank in 3 Akten von Franz Arnold und Ernst Bach.
In Szene gesetzt von Anton Franck.

Personen: Kommissionsrat Anton Schwalbe, Fabrikbesitzer (* . *); Gerhard, sein Neffe (Hans Merkel); Mathias Ellermann, sein Kompagnon (Kurt Neukircher); Helene, seine Tochter (Käthe Franck-Witt); Dr. Hans Hellwig (Wilhelm Berthold); Eteska Kereksbösch (Sally Illing-Merck); Wilhelm Lemke (R. Braunhof); Auguste Mlemchen (Olga Meckow); Anna, ihre Tochter, Köchin bei Schwalbe (Emilie Winterberg); Karl, Diener bei Schwalbe (Kurt Paulus); Frau Bollmann, Portiersfrau (Edith Gärtner).

Ort der Handlung: Eine große Provinzstadt.
* . * Kommissionsrat Anton Schwalbe . . . Anton Franck

Pause nach dem 2. Akt.

Gewöhnliche Preise.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr. Ende 9¼ Uhr.

Freitag, den 23. Juli: Gastspiel Anton Franck: Zwangseinquartierung. Anfang 7½ Uhr.

Sonnabend, den 24. Juli: Gastspiel Anton Franck: Zwangseinquartierung. Anfang 7½ Uhr.

Die Zeichnungen für die Theatergemeinde Schauspielhaus werden von jetzt ab täglich von vorm. 10 Uhr ununterbrochen bis abends 9 Uhr an der Theaterkasse und bei F. A. Copplus, Petersstraße, während der Geschäftsstunden angenommen.

Bayerische Straße 8/10. **Leipziger Volksbühne.** Fernruf 11 111.

Leitung: Robert Oberweg.

Freitag, den 23. Juli, abends 7½ Uhr

Serie 7

Das Dorf ohne Glocke.

Spielplan: Sonnabend: Serie 8, Sonntag: Serie 9: Das Dorf ohne Glocke.

Theater in der Elsterstraße (Kammerspiele). Fernr. 12 300.

7½ Uhr Täglich 7½ Uhr

An der Quelle saß der Knabe . . . .

mit **Hans Leibelt.**

Sommertheater „Felsenkeller" Plagwitz.

Gastspiel: Theater in der Elsterstraße.

7½ Uhr Freitag, den 23. Juli 7½ Uhr

Der Raub der Sabinerinnen.

Schwank in 4 Akten von Franz und Paul v. Schönthan.

Spielplan: Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch: Der Großstadt-Kavalier.

Krystall-Palast Theater Fernspr. 20071

Täglich abends ½8 Uhr

Gastspiel „Jean Blatzheim"

Die spanische Fliege.

Schwank in 3 Akten von Fr. Arnold u. E. Bach.

Vorher Auftreten erstklassiger Künstler.

Battenberg

Varieté. Abends 7.30 Uhr **Gastspiel** **Paul Beckers** mit **Fr. Silvarè** **„Die Erbtante".**

Theater. Abends 7.30 Uhr **Wan Eta, der Gipfel der Frechheit** Morgen: Wan-Eta, der Gipfel der Frechheit.

Vorverk.: Tagesk. 10-2 u. Zig.-Gesch. Katharinenstr. 6.

Drei Linden

Täglich abends ¼8 Uhr

Der glänzende Varieté-Spielplan

sowie die Neuheit

Der Einbruch

mit **Bernhard Wildenhain** in der Hauptrolle.

Ab 1. August: ? ? ? ?

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543), Th. Althoff, Petersstr., Konsumverein, K.-Heine-Str.

BERGIDYLL

Heute Donnerstag, ½8 Uhr

Ein Tänzchen.

SARRASANI

Auf dem Meßplatz. Telephon 1065.
Vorverkauf: Gebrüder Ury. Nur

kurze Zeit

noch das Rekord-Eröffnungs-Programm. Tägl. 7½ Uhr, Sonntags auch 3 Uhr. Tageskasse ab 10 Uhr ohne Unterbrechung geöffnet. Volkstümliche Preise auf allen Plätzen!

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id394414608-19200722/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG